

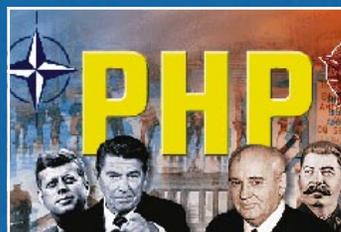
# NATO *Brief*

WINTER 2001/2002

## Bekämpfung neuer Sicherheitsgefahren



Interview  
mit  
Ted Whiteside  
Seite 22-23



Neubewertung der  
Bündnissysteme des  
Kalten Krieges  
Seite 31-33

# inhalt

**NATO**  
*Brief*

Der NATOBrief wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Fragen herausgegeben. Die im NATOBrief veröffentlichten Beiträge stellen daher nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

**CHEFREDAKTEUR:** Christopher Bennett  
**REDAKTION:** Vicki Nielsen  
**PRODUKTION:** Felicity Breeze  
**LAYOUT:** NATO Graphics Studio

Herausgeber: Direktor des Informations- und Pressedienstes  
NATO Office of Information and Press,  
B-1110 Brüssel, Belgien  
Fax: 00 32 27 07 45 79  
E-Mail: distribution@hq.nato.int

revieweditor@hq.nato.int  
publications@hq.nato.int

Gesamtherstellung: SZ Offsetdruck-Verlag  
Herbert W. Schallowetz GmbH  
D-53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V., Am Burgweiher 12, D-53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.

Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

Der NATOBrief erscheint auch in Dänisch – *NATO Nytt*; Englisch – *NATO Review*; Französisch – *Revue de l'OTAN*; Griechisch – *Deltio NATO*; Italienisch – *Rivista della NATO*; Niederländisch – *NAVO Kroniek*; Norwegisch – *NATO Nytt*; Polnisch – *Przegląd NATO*; Portugiesisch – *Noticias da OTAN*; Spanisch – *Revista de la OTAN*; Tschechisch; Türkisch – *NATO Dergisi*; Ungarisch – *NATO Tükör*. In isländischer Sprache (*NATO Fréttir*) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

NATOReview ist auch verfügbar über World Wide Web: [www.nato.int/docu/review.htm](http://www.nato.int/docu/review.htm)

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus. Die Publikationen sind vorrätig in den NATO-Amtssprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung.

Der NATOBrief wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das

Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung, Referat 301 S  
Dorotheenstr. 84, D-10117 Berlin  
an Multiplikatoren abgegeben.

Bei jeder Bezugnahme dieses Magazins auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wird durch (\*) auf folgende Fußnote verwiesen: Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

ISSN 0255-3813

## DIE NATO IM BLICKPUNKT

**4**  
Kurznachrichten

## BEKÄMPFUNG NEUER SICHERHEITSGEFAHREN

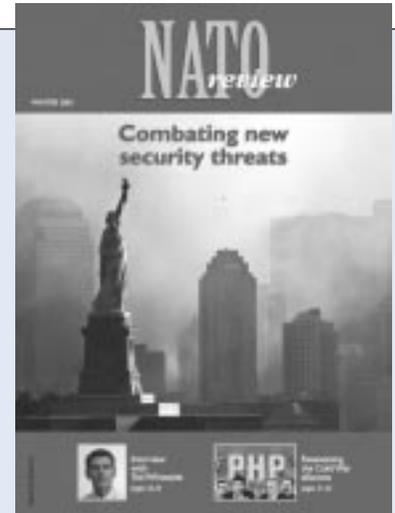
**6**  
**Amerika unterstützen**  
Christopher Bennett untersucht, wie die NATO den Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 geholfen hat.



**8**  
**Umdenken im Sicherheitsbereich**  
Robert Hall und Carl Fox vertreten die Ansicht, dass zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts neue Strategien erforderlich sind.

## 12 Der Kampf gegen den Terrorismus

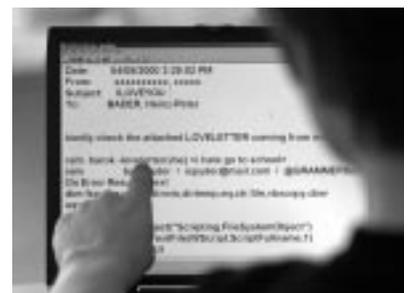
Frank J. Cilluffo und Daniel Rankin prädiieren nachdrücklich für eine flexible, umfassende und koordinierte Strategie.



## Titelbild

Manhattan am 12. September

**16**  
**Die Bekämpfung der virtuellen  
Kriegsführung**  
Timothy Shimeall, Phil Williams und Casey Dunlevy setzen sich dafür ein, die virtuelle Welt in die Verteidigungsplanung einzubeziehen.



## SONDERBEITRAG

**19**  
**Wie ein Phönix aus der Asche**  
Willem Matser befasst sich mit den Beziehungen zwischen der NATO und Russland nach dem 11. September

## INTERVIEW

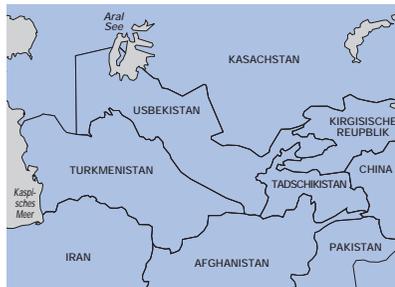
**22**  
Ted Whiteside:  
Leiter des MVW-Zentrums  
der NATO

KURZBEITRAG

24

### An vorderster Front

Osman Yavuzalp befasst sich mit den Beziehungen der NATO zu ihren zentralasiatischen Partnerstaaten.



DEBATTE

26

### An welcher Stelle sollte die Raketenabwehr nach dem 11. September auf der Liste vorrangiger Verteidigungsausgaben stehen?

KEITH PAYNE

VERSUS JOSEPH CIRINCIONE

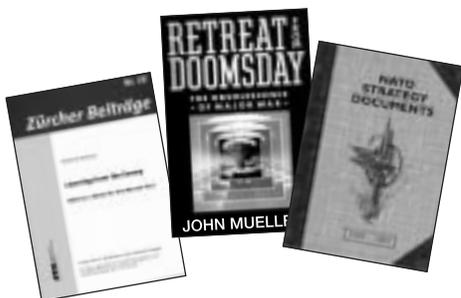
Worin bestehen die größten Sicherheitsgefahren? Welche Ressourcen sollten für die Raketenabwehr bereitgestellt werden?

REZENSION

31

### Neubewertung der Bündnisysteme des Kalten Krieges

Petr Lunak befasst sich mit neuen Ansichten zur NATO und zum Warschauer Pakt.



STATISTIK

34

### Internationaler Terrorismus

# VORWORT

Die Ereignisse des 11. Septembers 2001, als Terroristen die von ihnen entführten Flugzeuge ins Pentagon und ins World Trade Center steuerten, sind von so ungeheurer Tragweite, dass dieses Datum bereits im kollektiven Gedächtnis der Menschheit verankert ist. Von denen, die heute leben, wird kaum einer je vergessen können, wo er war oder was er gerade machte, als er davon hörte. Daher konzentriert sich die vorliegende Ausgabe des NATO BRIEFS auf neue Sicherheitsgefahren und mögliche Gegenmaßnahmen. Im ersten von vier Artikeln zu diesem Thema untersuche ich, auf welche Weise das Bündnis den Vereinigten Staaten nach dem 11. September Hilfe geleistet hat. Im darauf folgenden Beitrag vertreten Robert Hall und Carl Fox die Ansicht, dass zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts neue, umfassende und grenzüberschreitende Strategien erforderlich sind. Frank J. Cilluffo und Daniel Rankin vom Zentrum für strategische und internationale Studien plädieren ebenfalls nachdrücklich für eine flexible, umfassende und koordinierte Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus. Timothy Shimeall, Phil Williams und Casey Dunlevy vom CERT-Analysezentrum der Carnegie-Mellon-Universität in Pittsburgh (Pennsylvania) vertreten die Auffassung, die Verteidigungsplanung müsse die virtuelle Welt einbeziehen, um Schäden in der realen Welt in Grenzen halten zu können. In einem weiteren Beitrag befasst sich Willem Matser vom Büro des NATO-Sonderberaters für Mittel- und Osteuropa mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland nach dem 11. September, und Osman Yavuzalp von der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten untersucht die Beziehungen des Bündnisses zu seinen zentralasiatischen Partnerstaaten. Im Interview beschreibt dann der Leiter des NATO-Zentrums für Massenvernichtungswaffen, Ted Whiteside, die Arbeit seines Zentrums. Keith Payne (National Institute for Public Policy) und Joseph Cirincione (Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden) erörtern in der Debatte der vorliegenden Ausgabe, an welcher Stelle die Raketenabwehr nach dem 11. September auf der Liste vorrangiger Verteidigungsausgaben stehen sollte. Petr Lunak, Redakteur des Informations- und Pressedienstes der NATO (Arbeitsbereich: Öffnung der NATO), untersucht dagegen unter der Rubrik Rezension, inwiefern Dokumente aus den Archiven des Warschauer Paktes die bisher üblichen Auffassungen über die Bündnisse des Kalten Krieges beeinflussen und in Frage stellen. Eine Statistik zum internationalen Terrorismus und eine Karte, aus der die Nationalität der Opfer des 11. Septembers hervorgeht, bilden den Schluss dieser Ausgabe.

*Christopher Bennett*



## NATO-Personaldienst – Offene Stellen bei der NATO

Angehörige der NATO-Staaten können sich für alle Stellen des Internationalen Stabes der NATO bewerben. Einzelheiten zu offenen Stellen und Verfahren sowie Bewerbungsformulare siehe:

<http://www.nato.int/structur/recruit/index.htm>

# DIE NATO IM BLICKPUNKT

## Robertson in Russland



NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** kam während einer Russlandreise (21.-23. November 2001) in **Moskau** mit dem russischen Präsidenten **Wladimir Putin**, Außenminister **Igor Iwanow**, Verteidigungsminister **Sergej Iwanow** und dem Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrats, **Wladimir Ruschailo**, zusammen. Die Gespräche konzentrierten sich auf eine Reihe von Vorschlägen zur Vertiefung der Zusammenarbeit, insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus.

Am 20. und 21. November 2001 fand in der **NATO-Zentrale** ein Treffen der **NATO-Stabschefs** statt. Im Anschluss daran kamen die Stabschefs zu getrennten Gesprächen mit ihren Kollegen aus den EAPR-Staaten, aus Russland bzw. aus der Ukraine zusammen.

General **Harald Kujat** (deutsche Luftwaffe) wird im Juni 2002 für drei Jahre als Nachfolger von Admiral **Guido Venturoni** den Vorsitz des Militärausschusses übernehmen.

## Auf dem Weg zur Normalität

**Lord Robertson** begrüßte die friedliche Abhaltung der Wahlen für eine vorläufige Versammlung des **Kosovos** (17. November 2001) als „einen beachtlichen Schritt auf dem Weg zur Normalität“, der allen Gruppen der Bevölkerung die Chance gebe, „eine wirklich demokratische, multiethnische und prosperierende Gesellschaft aufzubauen“.

**Lord Robertson** würdigte die Initiative des Parlaments der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien**, das am 16. November 2001 fünfzehn Verfassungsänderungen verabschiedete, um Minderheiten mehr Gleichberechtigung zu gewähren.

Im Rahmen seiner Besuche in Staaten, die der NATO beitreten wollen, reiste **Lord Robertson** am 12. November 2001 nach **Laibach** (Slowenien), wo er mit dem slowenischen Präsidenten **Milan Kucan**, Mi-

nisterpräsident **Janez Drnovsek** und Verteidigungsminister **Anton Grizold** sowie mit einigen Parlamentsabgeordneten die Fortschritte des Landes bei der Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien erörterte.

## Balkanreise

Nach dem Wiederaufflackern der Unruhen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* kam **Lord Robertson** am 7. November 2001 in der Hauptstadt **Skopje** mit führenden Regierungsvertretern zusammen, um auf Fortschritte bei der Umsetzung der zugesagten innenpolitischen Reformen zu drängen. Am Tag darauf reiste er nach **Pristina** (Kosovo), wo er mit dem VN-Sonderbeauftragten **Hans Häckerup** und dem KFOR-Kommandeur General **Marcel Valentin** Gespräche über die Vorbereitung der für den 17. November geplanten Wahlen führte.

Am 5. und 6. November 2001 erörterte die **Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren** auf ihrer Tagung in der **NATO-Zentrale** den Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten der NATO, weitere Möglichkeiten der militärischen Zusammenarbeit mit Partnerstaaten sowie die Entwicklung des NATO-Programms zur taktischen Flugkörperabwehr und des Bodenüberwachungssystems des Bündnisses. Zum ersten Mal waren auch Partnerstaaten zu den Sitzungen eingeladen worden.

## Rundreise in die Hauptstädte

Am 5. November 2001 begann **Lord Robertson** mit einem Besuch in **Pressburg** (Slowakische Republik) seine Rundreise in die neun Partnerstaaten, die der NATO beitreten wollen. Er kam mit dem slowakischen Präsidenten **Rudolf Schuster**, Premierminister **Mikulas Dzurinda**, Außenminister **Eduard Kukan**, Verteidigungsminister **Jozef Stank** und slowakischen Parlamentsabgeordneten zusammen.

Vom 5.-20. November 2001 nahmen etwa 2 500 Angehörige von 14 NATO-Ländern und 13 Partnerstaaten in **Breslau** (Polen) an der Übung **Allied Effort 2001** teil. Die von den **Alliierten Streitkräften Europa Nord** veranstaltete Übung zielte darauf ab, den Führungsstab und die Stäbe der einzelnen Komponenten eines alliierten Streitkräftekommandos im Hinblick auf die Planung und Durchführung von Friedensoperationen auszubilden.

In **Han Pijesak**, einem von Serben kontrollierten Dorf in Bosnien und Herzegowina, das den bosnischen Serben während des Bosnienkriegs als Hauptquartier diente, entdeckten **SFOR**-Soldaten am 29. und 30. Oktober 2001 zwei **illegale Waffenlager**.

Am 29. Oktober 2001 gab der **Wissenschaftsausschuss** der NATO auf einer

Tagung in **Tiflis** (Georgien) grünes Licht für das **Projekt „Virtual Silk Highway“** (Virtuelle Seidenschnellstraße), mit dem Wissenschaftler in acht Staaten Zentralasiens und des südlichen Kaukasus über ein Satellitennetz Zugang zum Internet erhalten sollen.

Vom 5.-16. November 2001 nahmen in **Baku** (Aserbaidschan) neun NATO-Mitglieder und elf Partnerstaaten an der Übung **Cooperative Determination 2001** teil. Diese rechnergestützte Stabsrahmenübung, die von den **Alliierten Streitkräften Europa Süd** veranstaltet wurde, war auf die Verbesserung der militärischen Interoperabilität bei Krisenoperationen ausgerichtet.

Vom 25.-27. Oktober 2001 kamen Parlamentarier aus NATO-Ländern und Partnerstaaten in **Bukarest** (Rumänien) zu einem Seminar über *Die Bedeutung der NATO für die Sicherheit der Schwarzmeerregion* zusammen, das von der **Parlamentarischen Versammlung der NATO** gemeinsam mit dem rumänischen Abgeordnetenhaus ausgerichtet wurde.

Am 26. Oktober 2001 fand in der NATO-Zentrale anlässlich des zehnten Jahrestags der Gründung des **Nordatlantischen Kooperationsrats** eine internationale Konferenz zu dem Thema *Zehn Jahre Partnerschaft und Zusammenarbeit* statt.



## Neues zur Raketenabwehr

Am 25. Oktober wurden die **NATO-Botschafter von hochrangigen amerikanischen Diplomaten**, die auch von dem am Wochenende zuvor in Shanghai abgehaltenen Gesprächen über den ABM-Vertrag (1972) zwischen dem russischen und dem amerikanischen Präsidenten berichteten, über den neuesten Stand bezüglich der amerikanischen Raketenabwehrpläne unterrichtet.

Am 24. Oktober 2001 wurde der amerikanische Admiral **Gregory G. Johnson** als Nachfolger des amerikanischen Admirals

**James Ellis** neuer Befehlshaber der **Alliierten Streitkräfte Europa Süd**, des Re-



gionalkommandos in Neapel, das für die von der NATO geführten Friedensoperationen auf dem Balkan zuständig ist.

Am 24. und 25. Oktober 2001 besuchte **Lord Robertson** **Lissabon**, wo er mit dem portugiesischen Präsidenten **Jorge Sampaio**, Premierminister **Antonio Guterres**, Außenminister **Jaime Gama** und Verteidigungsminister **Rui Pena** zusammenkam sowie auf einer Konferenz über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen einen Vortrag hielt.

Die achte Tagung des **Nordatlantischen und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU**, die am 23. Oktober 2001 in der **NATO-Zentrale** stattfand, konzentrierte sich auf die Beiträge zum internationalen Antiterrorbündnis, den Friedensprozess in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* und die Fortschritte bei der Erarbeitung von Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO.

Am 22. Oktober 2001 kam der Premierminister und ehemalige König Bulgariens, **Simeon Saksoburgotski** in der **NATO-Zentrale** mit **Lord Robertson** zusammen.



Vom 17.-23. Oktober 2001 fand in **Borovets** (Bulgarien) die Übung **Cooperative Support 2001** statt, in deren Rahmen Streitkräfte aus NATO-Ländern und Partnerstaaten im Hinblick auf logistische Aspekte von Friedensoperationen ausge-

# DIE NATO IM BLICKPUNKT

bildet werden sollten; vertreten waren Angehörige der See-, Land- und Luftstreitkräfte sowie amphibische Truppen und Sanitätseinheiten.

Am 22. Oktober 2001 lief der **Ständige Flottenverband Atlantik** aus dem belgischen Marinestützpunkt **Zeebrugge** aus, um sich zur Unterstützung von Antiterroroperationen nach **Artikel 5** im östlichen Mittelmeer dem **Ständigen Flottenverband Mittelmeer** anzuschließen.

Am 18. Oktober 2001 forderten **Lord Robertson** und General **Joseph Ralston** (SACEUR) gemeinsam mit einer hochrangigen EU/OSZE- Delegation die Regierung und führende Vertreter der Opposition der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*** nachdrücklich dazu auf, den Prozess der innenpolitischen Reformen wieder fortzuführen.

## Dislozierung von NATO-Mitteln

Am 9. Oktober 2001 wurden zum ersten Mal in der Geschichte des Bündnisses NATO-Mittel zur Unterstützung von **Operationen** disloziert, die sich auf **Artikel 5** stützen. Fünf **AWACS**-Flugzeuge wurden in die Vereinigten Staaten verlegt, damit



amerikanische Flugzeuge für Operationen im afghanischen Luftraum verfügbar waren. Dem **Ständigen Flottenverband Mittelmeer** wurde zur Gewährleistung einer NATO-Präsenz im östlichen Mittelmeer ein neues Einsatzgebiet zugewiesen, so dass **Destined Glory 2001**, eine Übung für See-, Luft- und amphibische Streitkräfte, die eigentlich vom 5.-23. Oktober 2001 geplant war, vorzeitig beendet wurde.

Während eines Besuchs in **Nordamerika** (8.-10. Oktober 2001) kam **Lord Robertson** mit dem kanadischen Premierminister **Jean Chrétien**, dem amerikanischen Präsidenten **George W. Bush** und anderen führenden Persönlichkeiten zusammen. Die Gespräche konzentrierten sich auf Antiterrormaßnahmen und Beiträge zur **Operation Enduring Freedom**.

## Maßnahmen im Einklang mit Artikel 5

Am 4. Oktober 2001 vereinbarten die **NATO-Mitglieder** – auf Ersuchen der Vereinigten Staaten –, als einzelne Staaten und als Bündnis **acht Maßnahmen** zu

treffen, um das Spektrum der im Kampf gegen den Terrorismus verfügbaren Optionen zu erweitern. Dazu zählte die Verlegung von Schiffen der ständigen Flottenverbände des Bündnisses in das östliche Mittelmeer sowie die Entsendung von **AWACS**-Flugzeugen in die Vereinigten Staaten.

Am 4. und 5. Oktober 2001 kam **Lord Robertson** in **Sofia** (Bulgarien) mit den **Staatschefs** der „**Wilna-Gruppe**“ (Albanien, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*, Rumänien, die Slowakische Republik und Slowenien) zusammen; vor dem Hintergrund der Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten erörterten sie vor allem die neuen Gefahren für die internationale Sicherheit.

## Treffen mit Putin

Am 3. Oktober 2001 brachte der russische Präsident **Wladimir Putin** in **Brüssel** während eines Gesprächs mit **Lord Robertson** erneut den Wunsch seines Landes zum Ausdruck, einen Beitrag zum internationalen Kampf gegen den Terrorismus zu leisten. Sie sprachen auch über die Lage in Tschetschenien, die Raketenabwehr, die Aussichten für die Beziehungen zwischen der NATO und Russland sowie über die Frage, wie die derzeitige Zusammenarbeit auf neue Bereiche ausgedehnt werden kann.

Am 3. Oktober 2001 übernahm General **Marcel Valentin** (Frankreich) als Nachfolger von General **Thorstein Skiaker** (Norwegen) das **KFOR**-Kommando. Er wird



diesen Posten ein Jahr lang innehaben, da im Rahmen der KFOR-Umstrukturierung die frühere Einsatzdauer (Ablösung nach 6 Monaten) verlängert wurde.

Vom 3.-6. Oktober 2001 wurde auf der Jahresversammlung der **Vereinigung Atlantischer Gesellschaften**, die vom Atlantischen Rat Sloweniens in **Bled** ausgerichtet wurde, das Thema *Die neue NATO – Tendenzen, Herausforderungen, Hoffnungen und Chancen* erörtert.

## Inkraftsetzung von Artikel 5 bestätigt

Am 2. Oktober 2001 bestätigte **Lord Robertson** die Inkraftsetzung des **Artikels 5**, nachdem amerikanische Gesandte die **NATO-Botschafter** über die Ergebnisse der Ermittlungen im Zusammenhang mit den **Terroranschlägen** vom 11. September unterrichtet hatten. Die amerikanischen Gesandten bekräftigten, dass die Anschläge von der Al-Qaida-Terrororganisation mit Osama bin Laden an der Spitze aus dem Ausland gesteuert worden waren.

Am 2. Oktober 2001 kam der polnische Präsident **Alexander Kwasniewski** in der **NATO-Zentrale** mit **Lord Robertson** zusammen. Er brachte die Bereitschaft seines Landes zum Ausdruck, einen Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus zu leisten und die Präsenz Polens im Rahmen der Friedensoperationen auf dem Balkan zu verstärken. Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche war die Reform des Verteidigungssektors sowie der 1999 zur Modernisierung der polnischen Streitkräfte eingeleitete 6-Jahr-Plan.

Am 1. Oktober 2001 traf **Lord Robertson** in **Berlin** mit Verteidigungsminister **Rudolf Scharping**, Außenminister **Joschka Fischer** und der Vorsitzenden der CDU-Opposition, **Angela Merkel**, zusammen. Sie erörterten die deutsche Unterstützung für den Kampf gegen den Terrorismus sowie die führende Rolle Deutschlands im Zusammenhang mit der **Task Force Amber Fox** in der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\***, die für die Sicherheit der EU- und der OSZE-Beobachter zuständig ist.

Vom 1.-25. Oktober 2001 nahmen im **Nordwesten der Türkei** etwa 2 000 Soldaten aus 14 NATO-Staaten an der Übung **Exchange Adventure 2001** teil, einer Übung zur Ausbildung von Streitkräften mit hohem Bereitschaftsgrad im Hinblick auf Operationen, die aufgrund des Artikels 5 eingeleitet werden.

Am 28. September 2001 nahm **Lord Robertson** in der **NATO-Verteidigungsakademie** in **Rom** an den Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Akademie teil.

Am 28. und 29. September 2001 wurden auf dem ersten von der NATO unterstütz-



ten Seminar, das in der jugoslawischen Hauptstadt **Belgrad** veranstaltet wurde, die Aussichten für den Beitritt der **Bundesrepublik Jugoslawien** zur Partnerschaft für den Frieden und somit zur euroatlantischen Sicherheitsgemeinschaft erörtert.

## Treffen der Verteidigungsminister

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September kamen die **Verteidigungsminister der NATO-Staaten** am 26. September 2001 in der **NATO-Zentrale** zu informellen Gesprächen zusammen und brachten erneut ihre Solidarität mit den Vereinigten Staaten sowie ihr Bekenntnis zu dem in **Artikel 5** niedergelegten Grundsatz zum Ausdruck. Der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister **Paul Wolfowitz** unterrichtete die Minister über die langfristig angelegte umfassende Strategie, die zur Bekämpfung des Terrorismus erarbeitet wird. Erörtert wurden auch die Auswirkungen der Terroranschläge auf die künftigen Strukturen und Aufgaben der NATO, die Notwendigkeit flexiblerer Streitkräfte und einer besseren nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit sowie die Verpflichtungen der NATO auf dem Balkan.

Am 25. September, einen Tag vor Abschluss von **Essential Harvest**, der 30-tägigen Mission zur Entwaffnung von Re-



bellen albanischer Abstammung in der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*** besuchte **Lord Robertson Skopje**, wo er mit führenden Regierungsvertretern zu Gesprächen über Anschlussregelungen für eine weitere Mission zusammenkam, die internationalen Beobachtern mehr Sicherheit garantieren soll.



Weitere Informationen s. NATO Update: [www.nato.int/docu/update/index.htm](http://www.nato.int/docu/update/index.htm).

# Amerika unterstützen

*Christopher Bennett untersucht, wie das Bündnis den Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 geholfen hat und welchen Beitrag es zur Bekämpfung des Terrorismus leistet.*

In den Monaten nach den Terroranschlägen auf das Pentagon und das World Trade Center haben sich die NATO-Mitglieder und die Partnerstaaten wie nie zuvor hinter die Vereinigten Staaten gestellt und sie ihrer Unterstützung und Solidarität versichert. Von der Inkraftsetzung des Artikels 5 unmittelbar nach den Angriffen über die Bereitstellung von AWACS-Flugzeugen der NATO für die Vereinigten Staaten bis hin zur Vorbereitung einer eventuellen Teilnahme an humanitären Operationen in Afghanistan haben Taten noch deutlicher als Worte die Einheit Europas und Amerikas angesichts gemeinsamer Sicherheitsgefahren unter Beweis gestellt.

Der Beschluss vom 12. September 2001 zur Inkraftsetzung des Artikels 5 des Washingtoner Vertrags, der zentralen Bestimmung des NATO-Gründungsvertrags, in der festgehalten wird, dass ein bewaffneter Angriff auf einen Bündnispartner in Europa oder Nordamerika als Angriff auf alle angesehen wird, ist unverändert der nachdrücklichste Ausdruck der Bündnissolidarität. Er war zunächst unter dem Vorbehalt, dass die Angriffe auf die Vereinigten Staaten tatsächlich vom Ausland gesteuert waren, mit nur vorläufiger Wirkung gefasst worden, wurde jedoch am 2. Oktober von NATO-Generalsekretär Lord Robertson bestätigt, nachdem die Vereinigten Staaten den Nordatlantikrat über die Ergebnisse der Ermittlungen unterrichtet hatten.

Es hätte sich wohl kaum einer der Gründerväter der NATO vorstellen können, dass Artikel 5 nicht nach einem Angriff auf einen europäischen Bündnispartner, sondern aufgrund eines Angriffs auf die Vereinigten Staaten zum ersten Mal in Kraft gesetzt würde. Bestimmt wären jedoch alle von der Schnelligkeit der Reaktion und dem Grad der Geschlossenheit beeindruckt gewesen, der dadurch zum Ausdruck kam. Zudem war der historische Beschluss des Nordatlantikrats nur eine von zahlreichen Unterstützungsbekundungen gegenüber den Vereinigten Staaten und nur eine von vielen Erklärungen zur Verurteilung der Angriffe, die in der NATO-Zentrale in den Tagen nach dem 11. September abgegeben wurden.

Am 12. September 2001 verurteilten auch die 46 Mitglieder des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats – 19 NATO-Mitglieder und 27 Partnerstaaten – die Anschläge vorbehaltlos als brutale und sinnlose Greuelthaten sowie als einen Angriff auf ihre gemeinsamen Werte. Darüber hinaus kamen sie überein, diese Werte nicht durch diejenigen beeinträchtigen zu lassen, die den Weg der Gewalt gehen, und sie verpflichteten sich, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Geißel des Terrorismus zu bekämpfen. Am 13. September verurteilte der Ständige Gemeinsame NATO-Russland-Rat die Anschläge und erzielte Einvernehmen darüber, dass die NATO und Russland zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusammenarbeiten müssten. Am 14. September verurteilte schließlich die NATO-Ukraine-Kommission die Angriffe auf die Vereinigten Staaten, und in einer Erklärung im Anschluss an die Sitzung erklärte die Ukraine, sie sei

bereit, uneingeschränkt dazu beizutragen, dass die Verantwortlichen für die Anschläge zur Rechenschaft gezogen würden.

Nach der Inkraftsetzung von Artikel 5 vereinbarten die NATO-Mitglieder am 4. Oktober auf Ersuchen der Vereinigten Staaten, acht Maßnahmen zur Umsetzung dieses Beschlusses zu treffen und das Spektrum der im Kampf gegen den Terrorismus zur Verfügung stehenden Optionen zu erweitern. Insbesondere vereinbarten sie im Hinblick auf die Gefahren aufgrund des Terrorismus und die dagegen zu treffenden Maßnahmen eine bessere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und eine bessere Weiterleitung diesbezüglicher Erkenntnisse sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der zuständigen NATO-Gremien. Zudem beschlossen sie, nach Bedarf und im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Einzelstaaten oder als Bündnis NATO-Staaten und andere Staaten zu unterstützen, die infolge ihres Beitrags zum Kampf gegen den Terrorismus stärker durch Terroranschläge bedroht sind oder sein könnten. Schließlich vereinbarten sie auch, die nötigen Schritte zu unternehmen, um Einrichtungen der Vereinigten Staaten und anderer Bündnispartner in ihrem Hoheitsgebiet besser zu schützen.

Die Bündnisstaaten vereinbarten ferner, bestimmte NATO-Mittel, die für Unterstützungsoperationen gegen den Terrorismus erforderlich sind, zu ersetzen bzw. wieder aufzustocken, für militärische Flüge von amerikanischen Flugzeugen und von Flugzeugen anderer Bündnisstaaten bei Operationen gegen den Terrorismus uneingeschränkte Überflugrechte zu gewähren sowie den Vereinigten Staaten und anderen Bündnispartnern für Antiterroroperationen Zugang zu Häfen und Flugplätzen im Hoheitsgebiet der NATO-Staaten zu gewähren. Zudem vereinbarte der Nordatlantikrat, das Bündnis werde einen Teil seiner ständigen Flottenverbände in den östlichen Mittelmeerraum und fünf AWACS-Flugzeuge zur Unterstützung von Antiterroroperationen in die Vereinigten Staaten verlegen.

Am 8. Oktober 2001 flogen fünf AWACS-Flugzeuge der NATO einschließlich ihrer Besatzung, die sich aus Staatsangehörigen Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Griechenlands, Italiens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Portugals, Spaniens, der Türkei, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs zusammensetzte, zur Unterstützung der Antiterroroperationen in die Vereinigten Staaten. Der Einsatz ist für zunächst sechs Monate geplant, und die erste Ablösung erfolgte nach sechs Wochen. Während dieser sechs Monate haben französische AWACS-Flugzeuge die Verantwortung für diejenigen Aufgaben, die normalerweise (insbesondere im Luftraum über Bosnien und Herzegowina) von NATO-Flugzeugen wahrgenommen würden.

Der Ständige NATO-Flottenverband Mittelmeer, für den acht Staaten insgesamt acht Fregatten und ein Versorgungsschiff bereitstellen, startete am 9. Oktober 2001 in Richtung östliches Mittelmeer. Diese Streitkräfte unter britischem Kommando haben sich nicht an Kampfeinsätzen beteiligt, beweisen jedoch die Entschlossenheit und Solidarität des Bündnisses im Kampf gegen den Terrorismus. Zudem

---

*Christopher Bennett ist Chefredakteur des NATO BRIEFS.*

---

stehen sie für andere Aufgaben zur Verfügung, darunter die Teilnahme an diplomatischen Initiativen wie denen im Rahmen des Mittelmeerdialogs des Bündnisses, d.h. des Diskussions- und Kooperationsforums der NATO für den Mittelmeerraum. Zu diesem Verband stießen später die Schiffe des ständigen Flottenverbandes Atlantik.

Die militärischen Operationen gegen die Al-Qaida-Terrororganisation und das Talibanregime, das ihr in Afghanistan Zuflucht geboten hat, wurden bereits am 7. Oktober 2001 von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich eingeleitet. Obwohl es sich bei diesen Maßnahmen nicht um Operationen der NATO handelt, werden sie von allen Bündnismitgliedern unterstützt, von denen viele auch Bodentruppen und andere militärische Mittel zugesagt haben, um den Kampf gegen den Terrorismus sowie die humanitären Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung Afghanistans zu unterstützen. NATO-Truppen auf dem Balkan haben ebenfalls zum Kampf gegen den Terrorismus beigetragen. Sie haben mehrere mutmaßliche Terroristen mit Verbindungen zur Al-Qaida-Organisation festgenommen und setzen ihre Ermittlungen im Zusammenhang mit Ausländern fort, die während der Kampfhandlungen als Freiwillige in die Region kamen und danach dort geblieben sind.

Angesichts einer potentiell äußerst ernsten humanitären Notsituation beauftragte der Nordatlantikrat die militärischen Stellen der NATO am 13. November 2001 mit der Vorbereitung von Notfallplänen für eventuelle humanitäre Operationen in Afghanistan und seiner Umgebung. Das Bündnis verfügt auf diesem Gebiet sowohl über Sachkompetenz als auch über Erfahrung und kann sich zudem, wie 1999 während der Kosovokrise deutlich wurde, auf bedeutende logistische Fähigkeiten stützen. Im Zusammenhang mit der jetzigen Krise könnte die NATO möglicherweise auf Ersuchen der Vereinten Nationen sowie in enger Abstimmung mit VN-Stellen und anderen humanitären Organisationen einen Beitrag leisten. Die Zusammenarbeit der NATO-Streitkräfte, die in ihrer Einzigartigkeit sowohl vor zehn Jahren im Kampf gegen den Irak den Erfolg sicherte als auch den derzeitigen Friedensoperationen auf dem Balkan zugrunde liegt, könnte sich unter schwierigen Bedingungen als äußerst nützlich erweisen.

Nach dem 11. September 2001 hat das Bündnis seine Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen (MVW) in allen Bereichen einschließlich des politischen, militärischen und medizinischen Bereichs erheblich verstärkt. Die Bündnispartner tauschen nun umfassender und häufiger Informationen im Zusammenhang mit dem MVW-Terrorismus aus, und das MVW-Zentrum (s. das Interview mit dem Leiter des Zentrums, Ted Whitesi-

de, S. 22 u.23) trägt in der NATO-Zentrale zur besseren Koordinierung aller diesbezüglichen Aktivitäten bei.

Am 25. und 26. Oktober 2001 kamen die Leiter der Ämter für zivile Notfallplanung der einzelnen NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten in der NATO-Zentrale zu Gesprächen über die Auswirkungen der Anschläge des 11. Septembers zusammen. Um die Zivilbevölkerung ihrer Länder besser schützen zu können, vereinbarten sie, ein Verzeichnis der nationalen Fähigkeiten zu erstellen (einschließlich Mitteln auf den Gebieten Transport, medizinische Versorgung und Wissenschaft), die im Fall eines Angriffs mit biologischen oder chemischen Kampfstoffen oder mit Strahlenwaffen bereitgestellt werden können. Bei Bedarf könnte die Euro-Atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe, die ihren Sitz in der NATO-Zentrale hat und deren Personal sich aus Experten mehrerer NATO-Mitglieder und Partnerstaaten zusammensetzt, als Clearing-Stelle für internationale Hilfsmaßnahmen fungieren, wie sie dies in den letzten

Jahren schon nach mehreren Naturkatastrophen getan hat.

Seit dem 11. September hat die NATO im Hinblick auf die Bewältigung terroristischer Gefahren ihre Beziehungen zur Europäischen Union immer weiter ausgebaut. Als die Botschafter des Nordatlantikrats und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU am 24. September 2001 zu einer Tagung zusammenkamen, waren sie sich darin einig, dass engen Konsultationen und einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen größte Bedeutung zukommt. Am 12. Oktober unterrichtete Lord Robertson die EU-Verteidigungs-

minister über die Schritte, die das Bündnis auf Ersuchen der Vereinigten Staaten oder entsprechend Empfehlungen der militärischen Stellen der NATO unternommen hatte. Der Kampf gegen den Terrorismus war auch ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung einer gemeinsamen Außenministertagung der EU und der NATO, die am 6. Dezember in Brüssel stattfand.

Die Ereignisse des 11. Septembers haben auch den Beziehungen zwischen der NATO und Russland neue Dynamik verliehen (s. den Artikel S. 19-21). Gegenmaßnahmen gegen Terroranschläge stehen nun auf den Sitzungen des Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates regelmäßig auf der Tagesordnung. Zudem traf Lord Robertson sowohl am 3. Oktober in Brüssel als auch am 22. November 2001 in Moskau mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen, um zu erörtern, wie die NATO und Russland zur Bekämpfung des Terrorismus zusammenarbeiten und engere Beziehungen herstellen können, in denen die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wie auch in anderen Bereichen zum Ausdruck kommt. ■



Start: Fünf AWACS-Flugzeuge der NATO sollen in den Vereinigten Staaten die Antiterroroperationen unterstützen.

# Umdenken im Sicherheitsbereich

*Robert Hall und Carl Fox vertreten die Ansicht, dass zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts neue, umfassende und grenzüberschreitende Strategien erforderlich sind.*

Am gleichen Tag, an dem ein Terroranschlag ins Herz der Vereinigten Staaten traf, wurde im Vereinigten Königreich eine Ausstellung moderner Rüstungsgüter eröffnet. Das Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse war reiner Zufall, aber zusammen betrachtet symbolisieren sie einen grundlegenden Wandel im Bereich der internationalen Sicherheit. Die erste Änderung besteht darin, dass die heutigen Gefahren völlig anderer Art und von ganz anderem Ausmaß sind als bisher. Die zweite Änderung besteht darin, dass die derzeitigen Gegenmaßnahmen in zunehmendem Maße als unzureichend erscheinen. Waffen, die für Gefahren am Ende des letzten Jahrtausends konzipiert wurden, werden für die Probleme des nächsten nicht geeignet sein. Über bestimmte neue Technologien hinaus ist jedoch zur Bewältigung des neuen Umfelds ein regelrechtes Umdenken erforderlich.

Ein neuer Ansatz ist von entscheidender Bedeutung, weil der Terrorismus lediglich eine von zahlreichen neuen Sicherheitsgefahren darstellt. Dazu zählen auch ethnische und religiöse Konflikte, Drogenhandel, massive Migration, ökologische Instabilität, Korruption, Geldwäsche, militanter Aktivismus und Informationsdiebstahl. Solche Gefahren, in denen Konflikte und Kriminalität häufig Hand in Hand gehen, machen vor Landesgrenzen nicht Halt. Allzu oft gibt es keinerlei Führung und keine Truppen, auf die man sich mit gezielten Gegenmaßnahmen konzentrieren könnte. Zudem haben diese Aktivitäten sowohl im Hinblick auf die ungeheure Zahl der betroffenen Personen als auch im Hinblick auf die Höhe der abgezweigten Geldsummen ein so großes Ausmaß, dass die Volkswirtschaft vieler Länder im Vergleich dazu winzig erscheint. Diese Gefahren können somit nationale und internationale Institutionen untergraben sowie für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugleich den Ruin bedeuten.

Ebenso gewinnen auch legale Organisationen, die grenzüberschreitend arbeiten, zunehmend an Macht und Einfluss und sind daher im Grunde genommen in der Lage, auf das neue Umfeld angemessen zu reagieren. Währungsspekulanten, Börsenhändler, multinationale Unternehmen und Anbieter von Internetdiensten haben nun einen tief greifenden Einfluss auf unseren Alltag. Durch die Globalisierung in Verbindung mit der Revolution auf dem Gebiet der Informationstechnologien haben diese privaten Institutionen die Oberhand gewonnen. Kontrolle wird heute eher über Finanzmärkte als über bestimmte geopolitische Strukturen ausgeübt, und Chaos verbreitet sich auf die gleiche Weise. Daher überrascht es vielleicht niemanden, dass die auf Begriffen wie Landesgrenze und Ordnung beruhenden traditionellen staatlichen Institutionen – Monarchie, Polizei, Regierungsstrukturen – nun als bedroht erscheinen. Noch wichtiger ist jedoch, dass es ihnen anscheinend verfassungsrechtlich nicht möglich ist, die sich ändernden Sicherheitsgefahren in den Griff

zu bekommen. Je deutlicher diese Unfähigkeit erkennbar wird, desto mehr wächst jedoch die Unzufriedenheit mit dem alten System, und so ist man in einem Teufelskreis gefangen.

Bisher beruhte das angesichts dieser Herausforderungen allgemein verordnete Gegenmittel auf noch besserer nachrichtendienstlicher Arbeit bestimmter Organisationen und staatlicher Stellen in Verbindung mit verstärkter Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den Beteiligten. Die jüngsten Ereignisse haben diesem Ansatz zusätzliche Dynamik verliehen. Obwohl es in dieser Hinsicht positive Schritte gegeben hat, ist man nicht schnell und nicht weit genug vorangekommen, um den zunehmenden Herausforderungen nun gewachsen zu sein. Die Strafverfolgungsbehörden liegen z.B. bei der Anschaffung und Einführung moderner Technologien, die Kriminellen der neuen Ära zur Verfügung stehen, mindestens zehn Jahre zurück, während durch die auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen beruhende polizeiliche Tätigkeit anscheinend nicht mehr als zehn Prozent der illegalen Drogen oder auch der illegalen Einwanderer abgefangen werden können. Infolge dieser Mängel verlagert sich die eigentliche Macht und liegt nun jenseits der Grenzen von Nationalstaaten und Institutionen wie der G 8 (Gruppe der sieben großen Industriestaaten und Russlands) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Probleme haben ein solches Ausmaß angenommen, dass sich diese Organisationen zunehmend überfordert, wenn nicht sogar ohnmächtig fühlen.

## Ein strategischer Ansatz

Auch wenn kommunale Angelegenheiten wahrscheinlich weiterhin das Fundament der politischen Arbeit bilden werden und der Erfolg eines Wirtschaftsunternehmens immer von der Fähigkeit zur raschen Anpassung an veränderte Märkte abhängen wird, verliert man zu häufig die Bedeutung der übergreifenden strategischen Gesamtlage aus den Augen. Dies muss sich jedoch aus zwei wesentlichen Gründen ändern. Erstens haben die neuen Sicherheitsgefahren aufgrund ihres alles durchdringenden zerstörerischen Charakters weltweite Auswirkungen. Grenzüberschreitende Anschläge führen zu Opfern in vielen verschiedenen Ländern. Zweitens sind zahlreiche Probleme miteinander verknüpft. Es ist nicht mehr möglich, Terrorismus von Geldwäsche oder auch die organisierte Kriminalität vom Drogenhandel zu trennen. Ebenso unmöglich ist es daher, gegen ein bestimmtes Problem unter Ausschluss der anderen „Krieg zu führen“.

Die Migration ist ein weiteres Beispiel für die enge Verknüpfung mehrerer Problembereiche. Flüchtlinge und Asylbewerber führen nicht nur zu Problemen im Bereich der inneren Sicherheit, sondern können auch dem Fremdenhass und Konflikten Vorschub leisten, weil traditionelle Arbeitsplätze als bedroht erscheinen. Zugleich kann ein massiver Zustrom von Menschen mit der Verbreitung von Infektionskrankheiten einhergehen, die sowohl die Bevölkerung als auch den Viehbestand betreffen. Verschärft wird die Migrationsproblematik zudem durch ökologische Instabilität aufgrund des Klimawandels. Ein Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter – und der Anstieg

---

*Robert Hall leitet das Projekt LE&NS Global Forum und war früher Leiter der Analyseabteilung des National Criminal Intelligence Service (NCIS). Carl Fox war führender Mitarbeiter dieser Abteilung.*

---

betrug im letzten Jahrhundert fast ein Drittel dieses Wertes – wird weltweit 300 Millionen Menschen aus ihren Häusern vertreiben und die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Ländern wie Bangladesch mit Meerwasser bedecken. Paradoxerweise geben viele Staaten sehr viel mehr für physische Einwanderungsschranken aus als für Initiativen, mit denen die Ursachen der Migration oder die Umweltverschmutzung von vornherein bekämpft werden. Unsere Gegenmaßnahmen werden allerdings so lange nachträgliche Reaktionen sein und nicht vorbeugenden Charakter haben, wie wir unsere Kirchturmpolitik fortsetzen, Schranken errichten und den Problemen nur mit Scheinlösungen begegnen.

Die Elemente eines strategischen Konzepts für die erfolgreiche Bewältigung dieser miteinander verknüpften Sicherheitsgefahren müssen ebenso verknüpft und sehr viel pluralistischer sein. Dies beginnt mit einer stetigen Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und nationalen Sicherheitsstellen. Zudem erfordert dies die uneingeschränkte Unterstützung seitens einer Reihe anderer Regierungsstellen (einschließlich des Militärs), die Hand in Hand mit der Wirtschaft arbeiten müssen. Die Anschläge in den Vereinigten Staaten verstärken den Ruf nach einem integrierten Ansatz, der diplomatische, militärische und wirtschaftliche Komponenten miteinander verbindet. Dieser ganzheitliche Ansatz spiegelt den Charakter und die Komplexität des Problems wider, und bei anderen internationalen Sicherheitsfragen verhält es sich ähnlich. Auch wenn sich die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen in bestimmten Einzelfällen auszahlen wird, lässt sich damit allein nur ein begrenzter Erfolg erzielen. Dies liegt am Umfang und an der bürokratischen Verknöcherung der verschiedenen beteiligten Ämter und Institutionen, an ihren Traditionen und an ihren Eigeninteressen.

Versucht man, eine tragfähige Rahmenstrategie zu entwickeln, so muss die Frage einer umfassenderen globalen Führungsstruktur berücksichtigt werden. Das ist in vielen Kreisen wenig populär. Je länger unsere Politiker dieser Frage ausweichen, desto machtloser werden sie jedoch wahrscheinlich werden, desto mehr Instabilität wird sich daraus ergeben und desto schmerzhafter wird der Übergangsprozess letztlich sein. Obwohl man einem supranationalen Organ – insbesondere einem nicht gewählten – natürlich mit großem Misstrauen begegnet, geht kaum ein Weg daran vorbei, dass eine globale Strategie am Ende auch eine Form der globalen Überwachung braucht. Das ist nicht das gleiche wie eine Weltregierung. Es handelt sich ganz praktisch darum, dieser globalen Institution die Ressourcen, die Strukturen und vor allem die Befugnisse zu geben, die zur erfolgreichen Lösung des Problems erforderlich sind.

Welches Ausmaß an Befugnissen letztlich gewährt und welcher Grad an Autorität auch immer vereinbart werden mag, ein strategischer Ansatz verlangt einen stärker führungsbetonten Stil mit viel Akzeptanz und Unterordnung seitens der Mitarbeiter der unteren Stufen zugunsten des übergeordneten Allgemeinwohls. Ein solcher Ansatz erfordert eine echte Vision und einen einheitlichen Rahmenplan, mit dem sich das gemeinsame Ziel mit begrenzten Ressourcen erreichen lässt. Die genaue Durchführung eines solchen Planes kann den jeweiligen Umständen und Institutionen angepasst werden, aber nur innerhalb gemeinsamer Grenzen. Der Rahmenplan muss Autorität genießen, und seine Aufsichtsinstanzen müssen bei Bedarf hart durchgreifen können.

Ein führungsbetonter Ansatz bedeutet nicht, dass Anregungen von der Basis keine Rolle spielen. Im Gegenteil, Informationen der Basis sind von entscheidender Bedeutung, wenn man ein Planen im luftleeren Raum verhindern will. Mitarbeiter der unteren Ebenen können sich aber wegen ihres begrenzten Arbeitsumfelds keinen Überblick über die Gesamtlage verschaffen, und ihnen sind möglicherweise wichtigere Faktoren, die neu hinzukommen, nicht bewusst. Eine Strategie soll einen Leitfaden für das bieten, was sich gegenwärtig ereignet, und – was noch wichtiger ist – für das, was sich wahrscheinlich ereignen wird. Wegen der Begrenztheit der Ressourcen sollte ein Teil dieses Leitfadens zudem klare Angaben zu den Prioritäten enthalten, die jeder berücksichtigen muss. Leider findet man in strategischen Plänen häufig vereinfachende allgemeine Absichtserklärungen, bei denen aktuelle Entwicklungen für die nächsten 5, 10 oder 15

Jahre mit 10, 20 bzw. 30 % hochgerechnet werden. Diese Extrapolationen werden von den unteren Ebenen übernommen, ohne dass die übergeordnete Vision wirklich verstanden würde.

Eines der größten Probleme bei der effizienten Umsetzung einer Strategie besteht darin, den Schwerpunkt von kurzfristigem Krisenmanagement und jährlichen Qualitätszielen in Richtung auf längerfristige Perspektiven und übergeordnete Ziele zu verlagern. Es ist durchaus möglich, dass man kurzfristige Mängel hinnehmen muss, um langfristige Vorteile zu erreichen. Für Aktieninhaber ist das zwar kaum akzeptabel, aber für Regierungen ist ein solches Vorgehen, auch wenn das Mandat nur für fünf Jahre gilt, nicht unmöglich. Der Schlüssel liegt wie beim guten Autofahren darin, den Blick auf die Straße und nicht auf die Pedale zu lenken. Es geht auch darum, in weiser Voraussicht zu handeln und doch bei Überraschungen zu raschem Manövrieren in der Lage zu sein. In der Politik stützt sich die Fähigkeit zu vorbeugenden Maßnahmen auf strategisches Denken und Planen, und dies beruht wiederum auf



© Reuters



Gesichter des Terrorismus: Man kann nicht mehr zwischen Terrorismus und Geldwäsche oder zwischen organisierter Kriminalität und dem Drogenhandel unterscheiden.

besseren und weiter reichenden nachrichtendienstlichen Erkenntnissen.

### Nachrichtendienststrukturen

Der Erfolg ist auch davon abhängig, dass man über die richtigen nachrichtendienstlichen Strukturen verfügt. Bisher besteht die Tendenz, Nachrichtendiensteinrichtungen beizubehalten, die im Hinblick auf traditionelle Gegner konzipiert wurden. Formale Grenzen zwischen traditionellen Zuständigkeitsbereichen bleiben unangetastet. Der Zoll, die Polizei, die Nachrichtendienste selbst wie auch zentrale Regierungsstellen und das Militär haben alle ihre eigenen Nachrichtendienst- und Analyseabteilungen und sind bei der Weiterleitung bestimmter Informationen in hohem Maße von Vereinbarungen zwischen verschiedenen Dienststellen oder von bilateralen Absprachen sowie zum Nachweis ihrer Koordination und ihres Konsenses von zahllosen Sitzungen und Ausschüssen abhängig. Dieses Vorgehen funktioniert vielleicht in den meisten Fällen, aber es stellt keine angemessene Reaktion auf das heutige Sicherheitsumfeld dar.

Eine Lösung lässt sich am besten dadurch erreichen, dass man über den Koordinierungs- und Konsensbildungsprozess hinausgeht und die Beschlussfassung einem zentralen Aufsichtsorgan unterordnet. Mit anderen Worten, es könnte erforderlich sein, einer übergeordneten Behörde Exekutivbefugnisse zu geben, damit sie die Gesamtheit der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse prüfen, die gemeinsame Reaktion beschließen und dann die verschiedenen Stellen zu einem bestimmten, koordinierten Vorgehen anweisen kann. Wie die nachgeordneten Stellen vorgehen müssten, würde dann jeweils im Rahmen eines vereinbarten strategischen Rahmenkonzepts festgelegt. Zur Erleichterung dieses Prozesses sind verschiedene Modelle vorgeschlagen worden, aber sie hatten keine ausreichend breite Basis, um auf allgemeine Zustimmung zu stoßen, und waren auch nicht deutlich genug am Markt orientiert, um sich durchsetzen zu können.

Der Zentralismus ist kein Gedanke, mit dem traditionell geführte und hartnäckig auf ihrer Unabhängigkeit bestehende Institutionen gern arbeiten. Durch die Angst vor dem Zentralismus ist bereits ein Vorschlag der vorigen amerikanischen Regierung gescheitert, dem zufolge das FBI, die Drogenbehörde und das Amt für Alkohol, Tabak und Schusswaffen im Hinblick auf die Bewältigung ernster Kriminalitätsprobleme zu einer Behörde zusammengefasst werden sollten. Auch der 1999 von Frankreich und Deutschland unterbreitete Vorschlag, einen EU-Nachrichtendienst einzurichten, wurde rasch von anderen Mitgliedstaaten abgelehnt. Zugleich wird durchaus anerkannt, dass sowohl Europol als auch Interpol einen wertvollen Beitrag zur Verbrechensbekämpfung leisten, was auch die jüngsten Bemühungen erklärt, Europol im Hinblick auf Antiterrormaßnahmen zu stärken. Derzeit wird Europol in seiner Arbeit aber noch durch das Ausmaß und die Bedeutung nationaler Beiträge, durch rechtliche Rahmenbedingungen und durch die Ressourcenknappheit behindert. Trotz aller Bemühungen auf zahlreichen Gebieten hat man bei der Zentralisierung nachrichtendienstlicher Aktivitäten entweder nur langsame oder gar keine Fortschritte gemacht.

### Nachrichtendienstliche Erkenntnisse versus Beweise

Im dem Maße wie die Gefahren vielfältiger werden und einen immer globaleren Charakter annehmen, so dass einheitliche Gegenmaßnahmen aller Behörden erforderlich sind, wird das gravierende Dilemma zwischen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und Beweisen immer wieder in ungünstigen Augenblicken akut werden. Bei bestimmten Arten von Gefahren wird anscheinend die natürliche

Antipathie zwischen Strafverfolgungsbehörden und den mit der nationalen Sicherheit befassten Stellen ausgenutzt. Während die einen Beweise sammeln und sorgfältig aufbewahren, wollen die anderen nachrichtendienstliche Erkenntnisse sammeln und auswerten. Folglich arbeiten Strafverfolgungsbehörden in der Regel offener und sind mehr auf individuelle Freiheitsrechte bedacht als ihre für die nationale Sicherheit zuständigen Kollegen.

Alle diese juristischen Feinheiten und Gegensätze verhindern bei manchen Angriffen (insbesondere wenn der Täter unbekannt ist) geeignete Gegenmaßnahmen. Für einen Polizisten ist ein Straftäter, der einen Computervirus in fremde Systeme einschleust, eine zu verhaftende Person, und die sichergestellten Daten sind Beweismaterial zur Verwendung vor Gericht. Für einen Antiterrorexperten geht es jedoch in erster Linie darum, den Angriff zu stoppen oder dessen Auswirkungen zu mildern, während die Verhaftung eine nützliche Begleitmaßnahme darstellt. Leider weiß man beispielsweise in der virtuellen Welt erst nach Beginn der Ermittlungen, ob es sich um einen Terroranschlag oder um eine „normale“ Straftat handelt. Die Geschwindigkeit, mit der Gegenmaßnahmen getroffen werden, könnte jedoch von entscheidender Bedeutung sein, um eine Katastrophe zu verhindern. Dieses Problem der einander gelegentlich ausschließenden Prioritäten bei der Ermittlungstätigkeit lässt sich nur auf zwei Weisen lösen. Die erste Möglichkeit besteht in der Errichtung einer Organisation mit den Befugnissen einer Strafverfolgungsbehörde, aber mit den Fähigkeiten von Strafverfolgungsbehörden und nationalen Sicherheitsstellen zugleich. Die andere Möglichkeit besteht in einer klaren Neuverteilung von Zuständigkeiten, durch die funktionale Schranken beseitigt werden.

Das Versagen der Nachrichtendienste, durch das die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten möglich wurden, wird zweifellos zu einer bedeutenden Umstrukturierung sowohl der Strafverfolgungsbehörden als auch der nationalen Sicherheitsstellen Amerikas führen. Da der Jahreshaushalt für die Nachrichtendienste 30 Mrd. US-Dollar beträgt und sich die Kosten allein aufgrund der Fehler im Zusammenhang mit dem 11. September schon auf ein Vielfaches dieses Etats belaufen, besteht ein enorm großer Anreiz, es in Zukunft besser zu machen. Die Notwendigkeit einer besseren personellen Besetzung der Nachrichtendienste wird sicherlich ein zentrales Ergebnis jeder diesbezüglichen Untersuchung sein. Ein großes Reservoir an nachrichtendienstlichen Informationen findet sich jedoch auch in frei zugänglichen Veröffentlichungen und im privaten Sektor. Journalisten wie Geschäftsleute arbeiten in vielen der betroffenen Problembereiche und könnten unzählige Hintergrundinformationen beisteuern, da sie mit diesen Sicherheitsfragen täglich konfrontiert sind. Bei der Bewältigung eines globalen Problems ist die Lastenteilung im Bereich der Nachrichtendienste ebenso sinnvoll wie bei anderen legalen Tätigkeiten.

### Der private Sektor

Natürlich gelangen Regierungen bei der Bekämpfung der wachsenden Sicherheitsgefahren zu der Einsicht, dass die Einbeziehung des privaten Sektors unabdingbar ist. Auf der untersten Ebene kann man dies in Häfen beobachten, wo Transportfirmen Geldbußen zahlen müssen, wenn die Bewegungen Unbefugter nicht ausreichend kontrolliert werden. Ein anderes Beispiel bieten die Bemühungen darum, dass Anbieter von Internetdiensten verpflichtet sein sollen, historische Daten als Beweishilfe zu sammeln.

Diese Schritte in Richtung auf eine Partnerschaft zwischen dem staatlichen und dem privaten Bereich sind verständlich, aber bisher

lag der Schwerpunkt auf Erwartungen der Regierung gegenüber der Wirtschaft, die dies als Teil einer guten Unternehmensführung betrachten sollte. Man scheint die Erfordernisse der Wirtschaft bis jetzt kaum verstanden zu haben. Allerdings ändert sich dies nun allmählich durch die rasche Entwicklung des elektronischen Handels, durch die Notwendigkeit der Datensicherheit und – seit dem 11. September – auch durch die Erkenntnis, dass ein Scheitern für die Volkswirtschaft zahlreicher Staaten schwerwiegende Folgen haben wird.

Große Unternehmen können hier viel einbringen, denn sie arbeiten grenzüberschreitend, sind relativ gut zum Schutz ihres geistigen Eigentums in der Lage und verfügen in der Regel über die modernsten Technologien. Sie haben auch die nötigen Ressourcen. Sie müssen jedoch ein echter Teilhaber eines Informationsflusses in beide Richtungen sein und auch in die strategische Planung einbezogen werden. Automatische Nachfragen nach Informationen, von denen manche vielleicht Betriebsgeheimnisse sind, werden die Beteiligung der Wirtschaft nicht fördern. Soll man Informationen an Strafverfolgungsbehörden weiterleiten, die davon überzeugt sind, dass sie unter allen Umständen das Recht zur Strafverfolgung haben, so führt dies ebenfalls zu Misstrauen, das – wenn es darauf ankommt – alle Türen verschließt.

Wenn Vertreter großer Unternehmen und der Regierung zu Gesprächen über die nationale Sicherheit sowie über Recht und Ordnung zusammenkommen, kann es insbesondere bei Aktivisten zu Missverständnissen hinsichtlich des Zwecks der Zusammenkunft kommen. Daher ist es wichtig, die Ziele dieser Beziehungen ganz offen darzulegen und zu zeigen, dass dieser strategische Informationsaustausch durchaus der jeweiligen örtlichen Bevölkerung zugute kommt. Letztlich können Maßnahmen gegen den Drogenanbau in Kolumbien oder gegen die Schleuserkriminalität in Albanien wirkungsvoller sein als die Verstärkung der Polizeipräsenz auf den Straßen unserer Städte. Es ist zweifellos die Aufgabe der Politiker, dies immer wieder deutlich hervorzuheben.

Wollen wir der zunehmenden Zahl der Sicherheitsgefahren des neuen Jahrtausends gewachsen sein, so reicht es nicht, alte Strategien und Praktiken weiterzuverfolgen. Dazu sind die Probleme politisch einfach zu komplex, thematisch zu verwickelt und wirtschaftlich zu kostspielig. Insbesondere in ernststen Notsituationen werden gute Absichten in Verbindung mit einer besseren Zusammenarbeit und Informationsstrategie allein nicht reichen und auch langfristig nicht vertretbar sein. Erforderlich ist eine unbeschränkte, umfassende und grenzüberschreitende Strategie mit einer längerfristigen Perspektive. Zukunftsprognosen werden immer schwierig sein, aber das ist kein Grund, erkennbare Tendenzen und Entwicklungen in einer sich rasch ändernden Welt zu ignorieren oder lediglich isolierte Maßnahmen zu treffen und einfach zu hoffen, dass es schon nicht so schlimm kommen wird.

Es ist wirklich tragisch, dass die Anschläge vom 11. September nötig waren, um die internationale Staatengemeinschaft für die Lösung eines Problems zu mobilisieren, das nicht neu, aber für die Gefahren im Zusammenhang mit nichtstaatlichen Akteuren der neuen Zeit sowie für die Unfähigkeit von Nationalstaaten zur Gewährleistung einer angemessenen Selbstverteidigung symptomatisch ist. Die nötige Schwerpunktverlagerung weg von Panzern und Trompeten in Richtung auf Überwachung und lautlose Technologien wird bedeutende Auswirkungen haben, und zwar nicht nur für den traditionellen Rüstungssektor. Die internationale Sicherheit ist in eine neue Ära eingetreten. ■

## Globales Forum für Strafverfolgung und nationale Sicherheit



NATO-Generalsekretär Lord Robertson war Hauptredner der ersten Jahrestagung des Globalen Forums für Strafverfolgung und nationale Sicherheit (LE&NS – Law Enforcement and National Security), die im Juni 2001 anlässlich der Gründung des Forums in Edinburgh stattfand. In seiner im Voraus aufgezeichneten Videoansprache verwies Lord Robertson auf die zunehmend unklaren Grenzen zwischen militärischer Sicherheit und polizeilicher Arbeit und forderte sowohl die Annahme innovativer Strategien zur Bewältigung moderner Sicherheitsaufgaben als auch eine Erhöhung staatlicher Ausgaben in diesem Bereich.

Das Globale Forum wurde im Hinblick auf drei Ziele eingerichtet: Es soll ein Diskussions- und Analyseforum für zentrale Sicherheitsfragen der nächsten beiden Jahrzehnte sein; es soll weltweit als Bindeglied zwischen Strafverfolgungsstellen und nationalen Sicherheitsbehörden dienen, damit diese bei der Bekämpfung zunehmend transnationaler Gefahren gemeinsam vorgehen können, und es soll dem staatlichen und dem privaten Sektor die Möglichkeit zu einem Gedankenaustausch sowie zur Konzeption gemeinsamer Lösungen für die Bewältigung von Sicherheitsaufgaben bieten.

Auf der Gründungstagung des Forums wurden vier zentrale Empfehlungen ausgesprochen. Diese betrafen die Notwendigkeit, das Bewusstsein für die Gefahren der heutigen Zeit zu schärfen, die Relevanz des strategischen Ernstfalls hervorzuheben, in globale Institutionen zu investieren und insbesondere beim Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor auszubauen. Die zweite Tagung des Forums wird im Juni 2002 in London zu dem Thema *Sicherheitsregelungen zur Bewältigung neuer Herausforderungen – Partnerschaften aufbauen, Lösungen finden* abgehalten werden..



Weitere Einzelheiten s. [www.lensforum.com](http://www.lensforum.com).

# Der Kampf gegen den Terrorismus

*Frank J. Cilluffo und Daniel Rankin plädieren nachdrücklich für eine flexible, umfassende und koordinierte Strategie zur Terrorismusbekämpfung.*



© Reuters

Anthraxalarm: Die Ereignisse des 11. Septembers und die späteren Anthraxanschläge haben gezeigt, dass der Gefahr des Terrorismus mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Der 11. September 2001 veränderte Amerika, die Einstellung der Amerikaner und die Welt, in der wir leben. Die Vereinigten Staaten können sich nicht mehr auf den Schutz der beiden Weltmeere verlassen, die in der Geschichte ihr Land und ihre Bevölkerung vor Gefahren abschirmten. Die Terrorangriffe machten deutlich, dass die Amerika bedrohenden Gefahren seit dem Ende des Kalten Krieges komplexer geworden sind und weiter reichende Folgen haben. Wir sind nicht mehr mit einer einzigen, überwiegend militärischen Bedrohung, die das ganze Land (und die Welt insgesamt) auslöschen könnte, sondern mit einer Vielzahl von Gefahren konfrontiert, die von geringerem Ausmaß sind und sich weniger leicht erkennen und abwehren lassen. Da für diese neuen Gefahren Dynamik, Unübersichtlichkeit und Mobilität kennzeichnend

---

*Frank J. Cilluffo führte bis vor kurzem am Zentrum für strategische und internationale Studien (CSIS) den Vorsitz des Ausschusses für Heimatschutz und des Ausschusses für Terrorismusbekämpfung. Inzwischen ist er vom amerikanischen Präsidenten zum Sonderreferenten für Heimatschutz ernannt worden. Daniel Rankin ist als Experte für Verteidigung und nationale Sicherheit am CSIS tätig.*

---

sind, müssen zu ihrer Bekämpfung flexible, umfassende und koordinierte Bemühungen unternommen werden.

Der Terrorismus geht nicht von einem einzigen Land, von einer Religion oder gar von einer Gruppe aus, sondern von Terrornetzen, die den Erdball ungeachtet nationaler Grenzen von Ost nach West und von Nord nach Süd umspannen. Er stellt eine grenzüberschreitende Bedrohung dar, die grenzüberschreitende Gegenmaßnahmen verlangt. Die Angriffe auf das Pentagon und das World Trade Center mögen auf amerikanischem Boden durchgeführt worden sein, aber die Auswirkungen sind noch immer auf der ganzen Welt spürbar. Wie sollen wir nun reagieren? Wie sollten die Vereinigten Staaten vorgehen, um sich selbst, ihre Interessen und ihre Bündnispartner zu schützen? Welche Ziele sollten wir jetzt zunächst einmal verfolgen? Und welche Ziele sollten wir langfristig verfolgen?

Unsere Reaktion muss sich auf einen ganzheitlichen Ansatz stützen. Organisation, Zusammenarbeit und Koordination bieten den Schlüssel zu einer erfolgreichen Bewältigung dieses Problems. Zunächst müssen wir uns überlegen, wie unsere Gegenmaßnahmen aussehen sollen, und dann müssen wir uns bemühen, weltweit die nötigen Ressourcen für eine konzertierte globale Gegenstrategie zu mobilisieren. In viele unserer Bemühungen müssen sogar andere Staaten und Organisationen einbezogen werden, damit wir effizient

arbeiten können. Kontakte zu diesen anderen Staaten sind für Anti-terror- und Terrorbekämpfungsmaßnahmen, bei denen Zusammenarbeit und Verständigung den Schlüssel zum Erfolg bieten, von entscheidender Bedeutung. Ausschlaggebend ist hier, dass diese Zusammenarbeit wirklich funktioniert. Die jordanischen Behörden haben z.B. während der Silvesterfeiern 1999/2000 zahllosen Amerikanern das Leben gerettet, indem sie geplante Anschläge auf amerikanische und andere ausländische Touristen im Nahen Osten vereitelten.

Trotz der derzeitigen Betonung nichtstaatlicher Akteure, sollte man staatliche Akteure oder von Staaten unterstützte Akteure weiterhin im Auge behalten. Sie stellen nämlich unverändert eine Gefahr dar, und sie können nichtstaatlichen Akteuren Informationen, Technologien und Fähigkeiten zur Verfügung stellen. So hält der dem CIA unterstellte Nationale Rat für den Nachrichtendienst in einem kürzlich veröffentlichten Bericht über biologische Waffen fest, dass mehr als ein Dutzend Staaten erwiesenermaßen über offensive biologische Fähigkeiten verfügen oder sich aktiv darum bemühen. Es ist wohl keine Überraschung, dass die meisten der sogenannten Schurkenstaaten auf dieser Liste stehen.

Über die staatlichen Absichten bezüglich Massenvernichtungswaffen, deren Entwicklung oder deren möglichen Einsatz lässt sich wegen der Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten kaum etwas Allgemeines sagen. Staatlichen Akteuren stehen zwar für die Entwicklung solcher Waffen mehr Ressourcen zur Verfügung als nichtstaatlichen Akteuren, aber ihr Einsatz durch Staaten wird bis zu einem gewissen Grad unverändert durch die Möglichkeit von Vergeltungsmaßnahmen beschränkt. Dies gilt in der Regel nicht für nichtstaatliche Akteure.

Terrorismus ist traditionell eine politische Taktik, mit der sich Terroristen den Weg zum Verhandlungstisch frei kämpfen wollen. Es handelt sich um eine preiswerte und sehr wirkungsvolle Methode, mit deren Hilfe kleinere Staaten, innerstaatliche Gruppen und sogar Einzelpersonen die konventionelle staatliche Machtausübung umgehen können. Einige der heutigen Gruppen mit radikalen religiösen oder nationalistischen Motiven streben jedoch nicht mehr nach einem Platz am Verhandlungstisch, sondern würden ihn lieber in die Luft jagen und durch etwas anderes ersetzen. Das beste Beispiel hierfür ist Osama bin Laden und seine Al-Qaida-Organisation. Bin Laden ist im Prinzip der Hauptgeschäftsführer und Finanzchef einer lose verbundenen Gruppe radikaler Terroristen, die Ressourcen, Mittel und Erkenntnisse miteinander teilen und für eine bestimmte Operation zusammenkommen können, um sich danach wieder zu trennen. Al-Qaida ist einfach der sichtbarste Kopf einer Terrorhydra.

Im Laufe der Jahre haben Terroristen immer besser gelernt, konventionelle Waffen (z.B. Sprengstoffe und Schusswaffen) mit größtmöglicher Wirkung einzusetzen. Diese Waffen werden auch in Zukunft von ihnen bevorzugt werden. Sie sind billig, leicht zu beschaffen und einzusetzen, erfordern im Hinblick auf die Herstellung und Verwendung keine umfangreichen wissenschaftlichen Kenntnisse, sind unauffällig und lassen sich kaum durch Verteidigungsmaßnahmen ausschalten. Zudem werden Terroristen beim Einsatz dieser Waffen immer erfinderischer, und ihre innovativen Methoden haben eine immer tödlichere Wirkung.

Terroristen interessieren sich nun auch zunehmend dafür, Massenvernichtungswaffen zu erwerben und einzusetzen. Bin Laden hat sogar öffentlich erklärt, er halte deren Erwerb für seine religiöse Pflicht. Ein Einsatz chemischer Waffen wäre verheerend, aber ihm sind gewisse Grenzen gesetzt. Ein chemischer Kampfstoff wirkt so-

fort, aber es ist möglich, durch die rasche Verteilung geeigneter Gegenmittel aus Opfern Patienten zu machen. Dass Terroristen Strahlenwaffen oder nukleare Waffen einsetzen, ist weniger wahrscheinlich. Für nichtstaatliche Akteure ist der Forschungs- und Entwicklungsprozess im Zusammenhang mit diesen Waffen sowie deren Dislozierung äußerst komplex. Die erforderliche Infrastruktur lässt sich – insbesondere von nichtstaatlichen Akteuren – kaum verstecken oder an andere Orte verlegen, und es gibt zahlreiche Möglichkeiten, ihre Entwicklung mit Hilfe bereits bekannter Methoden oder Technologien aufzudecken. Hier besteht allerdings die Gefahr, dass Terroristen Material oder Waffen von einem ihnen freundlich gesinnten Staat bekommen, aus einer schlecht bewachten Einrichtung stehlen oder sogar einem frustrierten oder unterbezahlten Sicherheitsangestellten oder Wissenschaftler abkaufen könnten.

Biologische Waffen geben am meisten Anlass zur Sorge. Zwischen biologischen und anderen Gefahren besteht ein bedeutender Unterschied, weil man bei einem biologischen Angriff unter Umständen erst einige Zeit danach herausfinden kann, wann, wo und wie er durchgeführt wurde. Noch komplexer wird die Bedrohung durch biologische Waffen wegen des äußerst ansteckenden Charakters vieler biologischer Kampfstoffe (z.B. Pocken- oder Pesterreger), wodurch die anfängliche Wirkung exponential ansteigt, wenn man zulässt, dass die gesamte Bevölkerung eines Landes davon erfasst wird. Diese „stillen Mörder“ kann man nicht sehen, sie machen sich erst beim Auftreten der ersten Symptome bemerkbar, und diese Symptome zeigen sich häufig erst lange nach der Infektion. Im Gegensatz zu der sichtbaren und zeitlich begrenzten Explosion einer Bombe kann die Ungewissheit im Zusammenhang mit biologischen Kampfstoffen neben den Todesfällen beträchtliche Panik und paranoide Wahnvorstellungen verursachen. Diese Krankheitserreger sind der beste Beweis dafür, wie wichtig es ist, ein System zu entwickeln, das nicht nur Optionen für eine bestimmte Art von Gefahr, sondern ein Instrumentarium für ein ganzes Spektrum möglicher Gefahren bietet. Da die Bedrohung vielerlei Gestalt annehmen kann, muss auch die Verteidigung eine Vielfalt von Maßnahmen umfassen.

Als Alptrahmszenario gilt der Fall, dass eine Terrororganisation mehrere Angriffsoptionen miteinander verbindet oder dass ein staatlicher und ein nichtstaatlicher Akteur Hand in Hand arbeiten. Dabei könnte es sich um die Freisetzung eines Giftstoffes in einer Einkaufsstraße in Verbindung mit einer die Energieversorgung ausschaltenden Zerstörung eines Kraftwerks und einem gleichzeitigen Hackerangriff in das Telefonnetz handeln, der die Kommunikation behindert. Eine Verknüpfung von technisch einfachen mit hoch entwickelten Waffen ist eine gefährliche Möglichkeit, denn während Bin Laden seinen Finger am Abzug einer AK-47 hat, bedient sich sein Nefte vielleicht einer Computermaus. Dieses einfache, aber Furcht erregende Beispiel zeigt, dass man einen integrierten und umfassenden Ansatz verfolgen muss, statt lediglich zu versuchen, eine bestimmte Gefahr isoliert zu bekämpfen.

Der 11. September und die späteren Anthraxanschläge haben deutlich gemacht, dass man neben der Beibehaltung der Wachsamkeit an traditionellen Fronten auch der vom Terrorismus ausgehenden Gefahr mehr Aufmerksamkeit widmen und mehr Ressourcen für sie bereitstellen muss. Vor dem 11. September war man sich nicht einig, wodurch die Vereinigten Staaten in erster Linie bedroht wären. Manche dachten an Terroranschläge auf amerikanische Militäreinrichtungen im Ausland, andere dachten an die wachsende Bedeutung Chinas, manche befürchteten einen Angriff Nordkoreas auf Südkorea, und wieder andere dachten an einen Schurkenstaat, der

eine Rakete auf die Vereinigten Staaten abfeuert. Inzwischen ist man sich zwar darin einig, dass der Terrorismus die größte Gefahr darstellt, aber selbst jetzt besteht noch eine gewisse Uneinigkeit in der Frage, wie er sich wohl äußern könnte. Der Öffentlichkeit bereiten überwiegend Anschläge mit biologischen Kampfstoffen, insbesondere mit dem Anthraxerreger, die größte Sorge. Wegen dieser Besorgnis und aufgrund der Tatsache, dass seine eigenen Mitarbeiter Opfer von Anthraxanschlägen waren, hat sich der Kongress auf biologische Kampfstoffe konzentriert. Im Gegensatz dazu richtet das Pentagon seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf den Schutz seines Personals im Ausland sowie auf die Möglichkeit eines Angriffs mit Interkontinentalraketen. Trotz dieser unterschiedlichen Auffassungen darf man sich nicht auf ausschließlich einen Aspekt des Problems konzentrieren und Fähigkeiten in anderen Bereichen vernachlässigen, denn dann würden Terroristen geradezu zu Anschlägen in denjenigen Bereichen eingeladen, in denen wir am wenigsten dafür gewappnet sind.

Vor den nächsten Schritten kommt es darauf an, Antworten auf einige schwierige Fragen zu finden. Sind unsere bestehenden Strukturen, Strategien und Institutionen ausreichend? Was war richtig, und wo sind Verbesserungen erforderlich? Jetzt ist es an der Zeit, eine nüchterne Prüfung und Auswertung der bisherigen Ansätze vorzunehmen und dabei zu ermitteln, was funktionierte oder nicht funktionierte und was vernachlässigt wurde. Erst dann ist als nächste Stufe die Erarbeitung einer wirksamen Antiterrorstrategie möglich.

Während der Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen (MVW) ein horizontales Phänomen ist, hat der Staat eine vertikale Organisationsstruktur. Der Staatsapparat muss sich jetzt zweifellos anpassen, um der Vielzahl der multidimensionalen Probleme im Zusammenhang mit dieser Form des Terrorismus gewachsen zu sein. Ein Abwälzen der Verantwortung auf andere Regierungsebenen wird nicht zum Erfolg führen. Eine effiziente Organisation ist nicht nur der Dreh- und Angelpunkt einer umfassenden Antiterrorstrategie, sondern auch ihr Fundament – von der Startlinie (d.h. vorbeugende Maßnahmen sowie Präventivstrategien und Bereitschaftsregelungen) bis zur Ziellinie (d.h. Krisen- und Folgenbewältigung sowie Gegenmaßnahmen). Derzeit besteht eine künstliche Trennung zwischen Krisenbewältigung und Folgenbewältigung. Diese Unterscheidung hat sich in der Praxis als undurchführbar erwiesen. Krisenbewältigung (Sofortmaßnahmen und Festnahme der Täter) und Folgenbewältigung (Behandlung einer großen Zahl von Opfern und Wiederherstellung grundlegender Versorgungssysteme) treten parallel auf und müssen auch parallel bewältigt werden.

Unser Konzept der nationalen Sicherheitsplanung muss um Strategien gegen den MVW-Terrorismus sowie um Schutzmaßnahmen für entscheidend wichtige Infrastruktureinrichtungen (z.B. Telekommunikationsnetze, Stromversorgungssysteme, Öl- und Gasversorgung, Bank- und Finanzsystem, Transportwesen, Wasserversorgung, staatliche Einrichtungen und Notdienste) erweitert werden. Wir müssen uns darüber klar werden, dass diese strategisch wichtige Aufgabe nicht mehr die Domäne nur einer einzigen Behörde ist und dass die nationale Sicherheit nicht mehr ausschließlich in die Zuständigkeit derjenigen Stellen fällt, die traditionell damit befasst waren. Nun müssen neue Akteure auf den Plan treten, darunter Gesundheits- und Sozialdienste, Behörden auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten

und Kommunen sowie der private Sektor. Alle Mittel müssen integriert und konstruktiv genutzt werden. Zur Zeit arbeiten jedoch viele Behörden unabhängig voneinander. Dies führt zu Überschneidungen und unklarer Kompetenzverteilung, zu einer Verdopplung von Fähigkeiten, zu Systeminkompatibilität und Verschwendung, und so werden unnötigerweise die Risiken erhöht. Viele einzelstaatliche und kommunale Verwaltungsstellen sowie Bundesbehörden haben bei ihren Vorbereitungen für die Bewältigung von Terroranschlägen Fortschritte gemacht. Was ihnen fehlt, ist eine bessere Abstimmung untereinander. Wir müssen auf diesen bestehenden Expertenzentren aufbauen und sie in eine kohärente und umfassende gesamtstaatliche Strategie einbinden. Vorbildlich war hier noch vor dem 11. September die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten George Bush an Vizepräsident Dick Cheney, einen nationalen Plan zu erarbeiten und einen Nationalen Bereitschaftsdienst einzurichten. Dieser Gedanke konnte dann mit der Bildung des Heimatschutzamts unter dem früheren Gouverneur von Pennsylvania, Tom Ridge, weitergeführt werden.

Alle Fähigkeiten sind einzubeziehen. Die Vertreter der medizinischen Einrichtungen sowie der Gesundheits- und Sozialdienste richten ihre Aufmerksamkeit besonders auf Bereitschafts- und Gegenmaßnahmen bezüglich des Terrorismus mit biologischen Waffen. Es kann Tage oder sogar Wochen dauern, bis die Symptome aufgrund biologischer Kampfstoffe sichtbar werden. In diesem Fall ist der erste, der zu reagieren hat und sozusagen die Speerspitze bildet, wahrscheinlich ein Hausarzt, Pfleger, Veterinär, Agrarinspektor, Pathologe oder vielleicht sogar ein Entomologe. Hier steht die Notwendigkeit einer effizienten Organisation wiederum in scharfem Gegensatz zu den derzeitigen Regelungen. Trotzdem ist festzuhalten, dass auf die fortgesetzten Anthraxanschläge wirklich bewundernswert reagiert worden ist. Dies verdeutlichte die Notwendigkeit neuer Akteure und zeigte uns gerade zur rechten Zeit, wie wir unsere Gegenstrategien verbessern können.

Das wichtigste Instrumentarium für die Terrorismusbekämpfung bieten vielleicht die Nachrichtendienste. Genaue und rechtzeitige Informationen sind in Verbindung mit einer sachgemäßen Auswertung für Antiterrormaßnahmen von entscheidender Bedeutung. Jeder Aspekt der Terrorismusbekämpfung – von diplomatischen, militärischen, finanziellen und politischen Maßnahmen bis hin zur Warnung vor geplanten Anschlägen – ist weitgehend von unseren nachrichtendienstlichen Erkenntnissen abhängig. Konkreter gesagt verlangen der Umfang, das Ausmaß und die Ungewissheit im Zusammenhang mit der Gefahr des Terrorismus erhebliche Investitionen sowie die Koordinierung und Umstrukturierung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit bezüglich des gesamten Spektrums der Arbeitsphasen (vor Anschlägen – Warnung; im Laufe eines Anschlags – präventive Gegenmaßnahmen; nach einem Anschlag – Suche nach dem Täter/den Tätern). Die Verknüpfung der Erkenntnisse vieler verschiedener Disziplinen (einschließlich Informationen über die Kultur und das Weltbild terroristischer Organisationen) ist bei nachrichtendienstlichen Ermittlungen von größter Bedeutung, wenn man vor einem möglichen Angriff warnen oder Hinweise darauf geben sowie die wichtigsten Schwachpunkte aufzeigen will, die man sich zunutze machen kann, um Terroranschläge zu verhindern sowie ihnen vorzugreifen und entgegenzuwirken. Bisher hat die Fernmeldeaufklärung/elektronische Aufklärung den Entscheidungsträgern die meis-

---

„Während Bin Laden seinen Finger am Abzug einer AK-47 hat, bedient sich sein Neffe vielleicht einer Computermouse.“

---

ten praktisch nutzbaren Erkenntnisse zur Terrorabwehr bereitgestellt. Gute technische Voraussetzungen sind hier zwar wichtig, aber noch wichtiger ist es, den personellen Bereich der Nachrichtendienste zu stärken. Vor diesem Hintergrund müssen die Vereinigten Staaten ihre Kontakte zu ausländischen Nachrichtendiensten ausbauen.

Auch wenn direkte Verhandlungen mit Extremisten wie Bin Laden unmöglich sind, spielt die Diplomatie bei der Bekämpfung des Terrorismus eine bedeutende Rolle. Die Verlagerung vom politischen hin zum ideologisch motivierten Terrorismus hat dazu geführt, dass nun viel mehr Staaten als früher direkte Ziele für immer aggressive Terroranschläge darstellen. Folglich liegt es jetzt im Interesse zahlreicher Staaten, dass Untersuchungen zum Terrorismus durchgeführt werden. Viele Länder haben sich sogar schon einen hohen Kenntnisstand erarbeitet und zahlreiche Erfahrungen gesammelt, auf welche die Vereinigten Staaten zurückgreifen sollten. Die Zusammenarbeit bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen ist ein wichtiges Merkmal guter Diplomatie und führt häufig auch zur Zusammenarbeit in anderen Fragen.

Eine umfassende Antiterrorstrategie sollte ein breites Spektrum von Tätigkeitsbereichen umfassen – von Verhütung und Abschreckung über Vergeltung und Strafverfolgung bis hin zu innerstaatlichen Bereitschaftsvorkehrungen. Allzu oft werden diese Elemente isoliert bearbeitet. Eine derartige Strategie muss ferner sowohl die Mobilisierung nationaler Ressourcen als auch die Einbeziehung internationaler Bündnispartner und Mittel umfassen. Zudem verlangt sie eine Überwachung und Qualitätsprüfung der zahlreichen Programme zu ihrer Umsetzung, damit auf diese Weise gemeinsame Normen, Vorgehensweisen und Verfahren festgelegt werden können.

Eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des MVW-Terrorismus erfordert sowohl Maßnahmen zur Verhinderung eines Anschlags, einschließlich Abschreckung, Nichtverbreitung, Proliferationsabwehr und Prävention, als auch die Vorbereitung bundesstaatlicher, einzelstaatlicher, kommunaler, privater und nichtstaatlicher Einrichtungen auf die bei einem tatsächlichen Anschlag zu treffenden Gegenmaßnahmen. Kurz gesagt müssen unsere Terrorabwehrfähigkeiten und -einrichtungen gestärkt, gestrafft und dann synergetisch integriert werden, so dass wirksame Vorbeugungsmaßnahmen die nationale Bereitschaft stärken und umgekehrt.

Bei den diesbezüglichen Untersuchungen und Auswertungen wie auch bei der Erarbeitung einer nationalen Strategie sind alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Wir können uns nicht zu jedem Zeitpunkt an jedem Ort vor jeder Art von Angriff und vor jedem Gegner schützen. Wir müssen Prioritäten setzen und uns darüber im Klaren sein, dass einige Schwachstellen bestehen bleiben werden. Ferner müssen wir diese Schwachstellen akzeptieren und auf ein Minimum begrenzen, ohne dass sie uns in unseren Bemühungen hindern. Wir werden dann feststellen, dass diese Investition in unsere Sicherheit günstige sekundäre und tertiäre Effekte hat. Die meisten institutionellen Änderungen, die wir zur Verbesserung der Organisation, Kooperation und Koordination vornehmen, werden sich in allen Bereichen positiv auswirken, nicht nur im Hinblick auf MVW-Anschläge. Eine Stärkung der Fähigkeit zur Bewältigung außergewöhnlicher und insbesondere katastrophaler Ereignisse führt zu Instrumentarien und Fähigkeiten, die für die Bewältigung „normaler“ Situationen wie natürlich auftretender Epidemien ebenso wertvoll sind. Präventivmaßnahmen für Extremfallscenarien haben somit auch für ganz alltägliche Aufgaben einen durchaus praktischen Nutzen.

Innerhalb der Bundesregierung müssen wir im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung geeignete Kanäle für die Koordination und

Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Behörden und zwischen ihnen schaffen. Viele Behörden haben bisher wenig Kooperationserfahrung, darunter der Nachrichtendienst und das Verteidigungs-, Justiz-, Gesundheits- und Sozial-, Landwirtschafts- und Energieministerium sowie die Bundesbehörde für Krisenbewältigung und das Nationale Gesundheitsamt. Zweifellos müssen wir zwischen der Bundesbehörde für Krisenbewältigung und dem Gesundheits- und Sozialministerium auf eine bessere Partnerschaft hinarbeiten, damit der Gesundheitsbereich und der medizinische Sektor besser für die Bewältigung von Terroranschlägen mit biologischen Kampfstoffen gerüstet sind. Zudem muss insbesondere im Hinblick auf den privaten Sektor die Fachkompetenz der pharmazeutischen und der biotechnologischen Industrie angemessen integriert werden.

Die Vereinigten Staaten müssen ein integriertes Notfalldispositiv für das gesamte Gesundheitssystem entwickeln. Dabei müssen wir zunächst feststellen, welche Mittel bereits zur Verfügung stehen und wie sie mobilisiert werden können. Danach brauchen wir geeignete Strategien, mit denen sich die Kapazitäten im Gesundheitsbereich sowohl regional als auch landesweit rasch ausbauen lassen. Zusätzlich müssen wir Kontakte zum internationalen Gesundheitssektor herstellen, um die nötigen Maßnahmen zu koordinieren und eine globale Einrichtung zur epidemiologischen Überwachung und Beobachtung aufzubauen, die über die Ressourcen für sofortige Krisenmaßnahmen verfügt. Die weltweite Überwachung von Infektionskrankheiten führt zu einer Verbesserung unseres Kenntnisstands, stärkt den Forschungssektor und kann im Hinblick auf einen Anschlag mit biologischen Kampfstoffen eine Frühwarnfunktion haben. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass eine Aufstockung der Ressourcen, die direkt für die Gewährleistung der nationalen und internationalen Sicherheit bereitgestellt werden, auch sofort positive sekundäre und tertiäre Effekte hätte.

Biologische Kampfstoffe zeigen auch deutlicher, warum die Effizienz und Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen von größter Bedeutung ist. Viele biologische und chemische Kampfstoffe lassen sich geheim herstellen, wodurch die Aufdeckung von Programmen zur Entwicklung und/oder zum Erwerb biologischer/chemischer Fähigkeiten, wie man im Irak gesehen hat, so ungeheuer schwierig wird. Da die Forschung und Entwicklung im Biotechnologiebereich zum größten Teil sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden kann, ist es darüber hinaus möglich, Bemühungen um den Erwerb biologischer Angriffswaffen als legitime Forschung zu tarnen. Es besteht die große Gefahr, dass sich Russland nicht ausreichend vor Diebstählen schützen kann oder einige Staaten Informationen, Technologien oder Material an Terroristen weitergeben.

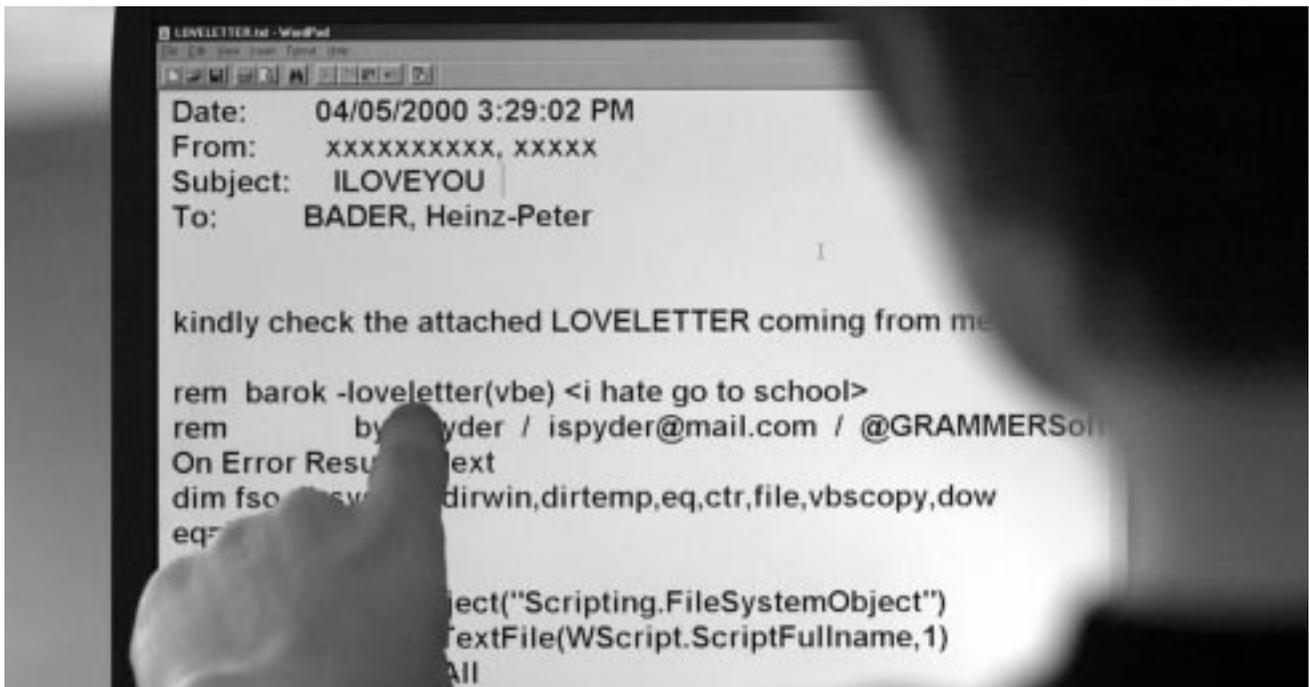
Wir stehen vor einer gewaltigen Aufgabe, die Anstrengungen an zahlreichen Fronten erfordert: Strafverfolgung, Militär, Nachrichtendienst, Finanzwesen, Diplomatie, Heimatschutz und Gesundheitswesen. Zur Bewältigung dieser Herausforderung müssen sich möglichst viele Staaten zu einem internationalen Bündnis zusammenschließen und alle verfügbaren Ressourcen mobilisieren. Das Problem ist so ungeheuer groß, dass wir nicht einfach die Augen davor verschließen können. Wir können und müssen hier den Sieg davontragen.



CSIS-Analysen zur Gefahr des Terrorismus sowie zu den Gegenmaßnahmen (einschließlich Einzelheiten einer Simulationsübung bezüglich der Auswirkungen eines gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Terroranschlags mit biologischen Kampfstoffen) sind zugänglich über: <http://www.csis.org>.

# Maßnahmen gegen die virtuelle Kriegführung

*Timothy Shimeall, Phil Williams und Casey Dunlevy plädieren dafür, die virtuelle Welt in die Verteidigungsplanung einzubeziehen, um Schäden in der realen Welt in Grenzen zu halten.*



Virusangriff: Die Zerstörung der Informationsinfrastruktur ist für diejenigen Staaten eine interessante Option, die auf dem traditionellen Gefechtsfeld nicht mithalten können.

Viele verbinden den Begriff „virtuelle Kriegführung“ mit tödlichen, heimtückischen Programmen, die Computer funktionsunfähig machen, Waffensysteme fehlerhaft machen und so die viel gepriesene technologische Schlagkraft für unblutige Eroberungen unwirksam machen. Die Vorstellung, dass die virtuelle Kriegführung von einem umfassenderen Konflikt isoliert ist, zu einer ganz anderen Welt gehört als die traditionelle Kriegführung und eine unblutige Alternative zu den Gefahren und Kosten eines modernen Krieges bietet, ist zwar verlockend, aber unrealistisch. Ein derartiges Szenario ist nicht völlig ausgeschlossen, doch es ist unwahrscheinlich. Die virtuelle Kriegführung wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sehr reale Auswirkungen haben.

In dem Maße wie die Computertechnologie immer stärker in moderne militärische Organisationen Einzug gehalten hat, ist sie von

---

*Timothy Shimeall ist als führender Mitarbeiter des Analysezen- trums CERT der Carnegie-Mellon-Universität in Pittsburgh, Pennsylvania, insbesondere mit virtueller Kriegführung und virtuellem Terrorismus befasst. Phil Williams, ein ehemaliger NATO-Stipendiat, ist Professor an der Universität Pittsburgh und Gastwissenschaftler des CERT-Analysezentrum. Casey Dunlevy leitet das CERT-Zentrum und war früher mit der Analyse nachrichtendienstlicher Erkenntnisse befasst.*

---

militärischen Planungsexperten genauso wie andere Komponenten und Truppenteile zunehmend sowohl als Ziel als auch als Waffe betrachtet werden. Wie andere Elemente moderner Streitkräfte werden virtuelle Streitkräfte am ehesten im Rahmen der multinationalen Kampfführung in eine militärische Gesamtstrategie einbezogen. Die Computertechnologie unterscheidet sich jedoch insofern von allen anderen militärischen Mitteln, als sie die eine entscheidende Komponente bildet, von der viele moderne Armeen abhängig sind – eine Abhängigkeit, die auch potentiellen Gegnern nicht entgangen ist.

Überall auf der Welt entwickeln und implementieren Staaten Strategien der virtuellen Kriegführung, um die Führungssysteme, die Logistik, die Transportmöglichkeiten, die Frühwarneinrichtungen und andere entscheidend wichtige militärische Funktionen eines Gegners beeinflussen zu können. Zudem wird immer deutlicher erkennbar, dass der Einsatz virtueller Strategien eine bedeutende verstärkende bzw. ausgleichende Wirkung haben kann. Kleinere Länder, die nach traditionellen militärischen Kriterien niemals mit ihren größeren Nachbarn Schritt halten könnten, sind nun zur Entwicklung von Fähigkeiten in der Lage, die ihnen einen strategischen Vorteil verschaffen, wenn sie richtig genutzt werden. So wies Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine RAND-Studie darauf hin, dass die Einstiegskosten für die virtuelle Kriegführung äußerst bescheiden sind. Staaten, deren Militär nicht so

sehr von hochmodernen Technologien abhängig ist, betrachten eine derartige Abhängigkeit daher verständlicherweise als potentielle Achillesferse ihrer Gegner.

Eine moderne postindustrielle Gesellschaft und Volkswirtschaft stützt sich wesentlich auf vernetzte Informations- und Kommunikationssysteme. Die Komplexität hoch entwickelter Systeme stellt nun schon an sich eine Verwundbarkeit dar, die von Gegnern ausgenutzt werden kann. Die Zerstörung ziviler Infrastruktureinrichtungen ist eine attraktive Option für Staaten und nichtstaatliche Akteure, die sich für eine asymmetrische Kriegführung entscheiden und auf dem traditionellen Gefechtsfeld nicht mithalten können. Die Informationsinfrastruktur ist sogar inzwischen so wichtig, dass immer mehr Staaten einen Angriff darauf mit einer strategischen Angriffshandlung gleichsetzen.

Die traditionellen Grenzen zwischen Krieg und Frieden werden immer unschärfer. Diese Entwicklung deutete sich im Kalten Krieg schon an, aber noch deutlicher trat sie im Kampf gegen den Terrorismus nach den Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September zutage. Daher können wir auch annehmen, dass die computergestützten Informationssysteme der NATO-Mitgliedstaaten wohl weiterhin ein Angriffsziel für einen nicht mit traditionellen Methoden arbeitenden Gegner bilden werden, der in erster Linie materielle Schäden und Störungen anstrebt und Schwächen wahrscheinlich ausnutzt, wo immer er sie entdeckt.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass die virtuelle Kriegführung nicht mit Eingriffen in die Website eines gegnerischen Staates, einer Organisation oder einer politischen Bewegung zu verwechseln ist. Selbst wenn solche Anschläge wie während der Kosovo-Luftangriffe der NATO (1999) in Verbindung mit anderen Spannungen oder Feindseligkeiten auftreten, sollten sie am ehesten als eine Form von Belästigung oder Graffiti, nicht aber als virtuelle Kriegführung an sich verstanden werden. Trotzdem kann man zwischen verschiedenen Stufen der virtuellen Kriegführung unterscheiden, von denen hier drei genannt werden sollen: virtuelle Kriegführung als Unterstützung militärischer Operationen, begrenzte virtuelle Kriegführung und unbegrenzte virtuelle Kriegführung.

Wenn moderne Armeen in militärische Auseinandersetzungen verwickelt sind, besteht ein zentrales Ziel darin, im Gefechtsraum bezüglich der Informationen eine überlegene oder dominierende Stellung zu erringen. Dies erfordert die Unterdrückung der gegnerischen Luftverteidigungssysteme, die Blockierung und/oder Zerstörung der Radarsysteme und ähnliche Maßnahmen. Man will im Sinne des Karl von Clausewitz die Unübersichtlichkeit des Kriegsgeschehens für den Gegner erhöhen und für seine eigenen Streitkräfte verringern. Dies lässt sich mit direkten militärischen Angriffen zur Schwächung der gegnerischen Informations- und Kommunikationssysteme oder dadurch erreichen, dass die Systeme intern angegriffen und nicht völlig außer Betrieb gesetzt werden, jedoch ihre militärische Einsatzfähigkeit verlieren. Diese Form der virtuellen Kriegführung konzentriert sich somit fast ausschließlich auf militärische virtuelle Ziele.

Bei der begrenzten virtuellen Kriegführung ist die Informationsinfrastruktur Angriffsmedium, -ziel und -waffe, und der Angriff wird in der realen Welt nur von wenigen oder gar keinen Maßnahmen begleitet. Als Angriffsmedium bildet die Informationsinfrastruktur den Vektor, mit dem der Angriff auf das Ziel vorgetragen wird – häufig durch Verbindungen zwischen dem Gegner und dessen Verbündeten, die eigene Verbindungen zur Weiterleitung von Ressourcen oder Daten nutzen, oder durch WAN-Verbindungen (WAN – wide-area network). Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass ein Agent

aggressive Software vor Ort direkt in die Netze des Gegners einschleust.

Als Angriffsziel bildet die Infrastruktur ein Mittel zur Schwächung der Leistungsfähigkeit des Gegners. Kommunikationsnetze erleichtern organisatorische Aufgaben. Schwächt man die Leistungsfähigkeit der Netze, so werden netzabhängige Operationen behindert oder verhindert. Eine Schwächung des Kommunikationsnetzes und seiner Dienste könnte einen Gegner bei manchen Operationen zu zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen zwingen, die vielleicht weitere Schwachpunkte zutage treten lassen. Eine Verringerung der Datenqualität eines Netzes könnte einen Gegner sogar dazu zwingen, die Qualität der für eine Entscheidung verfügbaren Daten in Frage zu stellen. Als Angriffswaffe könnte die Infrastruktur selbst zu Angriffen zweckentfremdet werden, und zwar entweder durch die Einschleusung mehrerer aggressiver Softwarekomponenten oder durch gezielte bestimmte Schwachpunkte ausgerichtete Maßnahmen. Eine begrenzte virtuelle Kriegführung dieser Art könnte darauf abzielen, die gegnerischen Vorbereitungen für militärische Interventionen zu verlangsamen, oder sie könnte als Teil eines Wirtschaftskriegs oder auch im Rahmen der taktischen Manöver konzipiert sein, die eine zwischenstaatliche Krise oder Auseinandersetzung normalerweise begleiten.

Gravierender und vielleicht auch wahrscheinlicher als eine begrenzte virtuelle Kriegführung ist, was man als unbegrenzte virtuelle Kriegführung bezeichnen könnte – eine Form der Kriegführung, die drei wesentliche Kennzeichen aufweist. Erstens ist sie im Hinblick auf ihr Ausmaß und ihre Ziele eine umfassende Kriegführung, die nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen oder zwischen der Heimatfront und der tatsächlichen Kampffront unterscheidet. Zweitens kennzeichnen den unbegrenzten virtuellen Krieg reale Auswirkungen und Opfer, von denen sich manche aus Angriffen ergeben, die bewusst auf Chaos und Zerstörung ausgerichtet sind, und manche aus der Untergrabung dessen, was als zivile Führungs- und Leitsysteme auf Gebieten wie Luftverkehrsregelung, Notfalldienste, Wasserversorgung und Stromerzeugung bezeichnet werden könnte. Drittens sind zusätzlich zu den Verlusten an Menschenleben tief greifende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen möglich.

Eine unbegrenzte virtuelle Kriegführung wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in erster Linie gegen die zentrale nationale Infrastruktur des gegnerischen Landes gerichtet: gegen die Energieversorgung, die Transportmöglichkeiten, das Finanzwesen, die Wasserversorgung, die Kommunikationssysteme, die Notfalldienste und die Informationsinfrastruktur selbst. Sie würde wahrscheinlich die Grenzen zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor überschreiten und hätte, wenn sie detailliert geplant und gut koordiniert wäre, sowohl unmittelbare als auch erst später eintretende Auswirkungen. Letztlich würde ein unbegrenzter virtueller Angriff wahrscheinlich zu erheblichen Verlusten an Menschenleben sowie zu einem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang führen.

Angriffe zur Ausschaltung verschiedener Dienste bekämen dann eine neue Bedeutung, wenn davon nicht lediglich der Internetzugang, sondern Systeme betroffen wären, die entscheidende nationale Infrastrukturelemente stützen und nicht im Hinblick auf längere Ausfälle konzipiert sind. Ein chronischer Stromausfall oder ein chronisches Versagen der Übertragungsnetze hätte z.B. bedeutende Auswirkungen auf medizinische und sonstige Notdienste, auf die Kommunikationsmöglichkeiten sowie auf Führungsfunktionen insgesamt. Ein Ausfall der Notdienste in Großstädten würde nicht nur zum Tod der von solchen Diensten abhängigen Personen, sondern auch dazu führen, dass die Bevölkerung jegliches Vertrauen in die Fähigkeit der

Regierung verliert, die grundlegende Versorgung und den Schutz des Landes zu gewährleisten. Würde dann klar, dass sich der Angriff auch auf andere Infrastrukturkomponenten wie Kommunikationssysteme, Transportmöglichkeiten und die Wasserversorgung auswirkt, so nähmen die Angst und der Vertrauensverlust ein solches Ausmaß an, dass die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert würde. Angriffe auf die finanzielle Infrastruktur würden die Fähigkeit der Wirtschaft zu einem normalen Funktionieren untergraben und die Öffentlichkeit an der Sicherheit der privaten Finanzen einschließlich Rentenrücklagen, Investmentanlagen und Sparguthaben zweifeln lassen. Militärische Netze, die ausnahmslos auch kommerzielle Verbindungskanäle benutzen, wären ebenfalls beeinträchtigt, was wiederum die Führungs- und Leitsysteme, die Logistik und sowohl den Bereitschaftsgrad als auch die operative Leistungsfähigkeit untergraben würde. Bei der unbegrenzten virtuellen Kriegführung können also virtuelle Angriffe sehr reale, tief greifende und weit reichende Konsequenzen haben.

Paradoxiere sind diejenigen Länder, die wie beispielsweise die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Partner über hervorragende Fähigkeiten zur virtuellen Kriegführung als Unterstützung militärischer Operationen verfügen und auf dem Gefechtsfeld bezüglich der Informationen eine dominierende Stellung erringen können, auch genau diejenigen, die für einen unbegrenzten virtuellen Krieg am anfälligsten wären. Es gibt jedoch Maßnahmen, mit denen man diese Anfälligkeit verringern kann.

Die virtuelle Kriegführung unterscheidet sich nicht grundlegend von der konventionellen Kriegführung in der realen Welt. Wenn ein Nationalstaat sie einsetzt, so wird sie in eine klar definierte Strategie und Doktrin integriert, als Teil der militärischen Planung betrachtet und im Rahmen bestimmter Parameter implementiert. Folglich ist sie nahezu genauso wie andere militärische Operationen Gegenstand der Analyse- und Frühwarnaktivitäten. Es gibt sogar mehrere Möglichkeiten, die Anfälligkeit für die virtuelle Kriegführung zu verringern. Dazu zählen Maßnahmen im Vorgriff auf eine derartige Kriegführung und zu deren Einschätzung, vorbeugende oder abschreckende Maßnahmen, Verteidigungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und Neuinstallation.

Clausewitz bietet mit seiner Überzeugung, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, die Grundlage für die Entwicklung und praktische Umsetzung eines zuverlässigen Frühwarnsystems für virtuelle Gefahren. Vor einem Angriff, sei er konventionell oder virtuell, ist üblicherweise eine Form der politischen Konfrontation festzustellen. Ist man sich der Eskalation eines politischen Konflikts bewusst, erkennt und analysiert man alle sich abzeichnenden Fähigkeiten zur virtuellen Kriegführung, bemerkt und untersucht man alle Hinweise auf einen Angriff, so ist man auf vielerlei Weise vor bevorstehenden virtuellen Angriffen gewarnt. Frühwarnmethodologien können, auch wenn sie noch in der Entwicklungsphase sind, mit koordinierten, sorgfältig konzipierten Überlebensstrategien verbunden werden, damit die Wahrscheinlichkeit dafür steigt, dass ein konzertierter virtueller Angriff erkannt sowie durch Gegenmaßnahmen bekämpft werden kann und Neuinstallationen möglich sind.

Frühwarnmethodologien sind um so wichtiger, als die Aufdeckung und Auswertung geschickt konzipierter virtueller Angriffe sehr schwierig ist. Der Unterschied zwischen einem virtuellen Angriff und zufälligen Faktoren (z.B. ein plötzlicher Anstieg der Nachfrage nach bestimmten Informationen) oder Softwarefehlern (z.B. Fehler in demjenigen Teil des Betriebssystems eines Servers, der den Netzbetrieb steuert) lässt sich weder schnell noch problemlos feststellen. Darüber hinaus muss ein Verteidiger, selbst wenn klar ist, dass ein

Angriff im Gange ist, zahlreiche Informationsmosaiksteinchen (jedes von zweifelhafter Qualität) zusammensetzen, damit er die beteiligten Faktoren besser versteht und dann entscheiden kann, wie er am besten reagiert. Die Beeinträchtigung der Netzdienste, der Datenqualität oder der Leistungsfähigkeit erschwert diese Entscheidung, insbesondere wenn die Daten im Netz nicht sicher sind.

Vorbeugende oder abschreckende Maßnahmen sind in der virtuellen Welt schwierig, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass die Angreifer ihre Anonymität wahren können. Eine Offensive im Rahmen eines unbegrenzten virtuellen Krieges würde jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einige Hinweise auf die Identität der Angreifer bieten. In Zukunft werden sich die Entscheidungsträger in den NATO-Staaten also u.a. mit der Frage befassen müssen, ob solche Angriffe lediglich zu virtueller Vergeltung oder zu Vergeltungsschlägen in der realen Welt oder auch zu beidem führen sollen. Die Begriffe „Linkage“, Eskalation und Abschreckung, die während des Kalten Krieges gängig waren, müssen im Hinblick auf neue Notsituationen überprüft werden. Es könnte durchaus sein, dass sich Abschreckungsstrategien auf die virtuelle Kriegführung auswirken – zumindest zur Abwehr unbegrenzter Offensiven.

Mit einiger Aussicht auf Erfolg können auch gezielt einsetzbare Verteidigungssysteme entwickelt werden. Vorerst wird ein moderner Netzangriff fast immer den Angreifer begünstigen. Langfristig verlagert sich dieser Vorteil aber vielleicht in dem Maße in Richtung auf die Verteidiger, wie diese die Angriffsmittel identifizieren und dadurch unwirksam machen können, dass sie Schwachpunkte beseitigen und Netzverbindungen durch Isolation schützen. Überdies lassen sich Informationsnetze auch robuster gestalten. Entscheidende Netzdienste können isoliert werden, damit sich die Einsatzfähigkeit aufrechterhalten lässt. Durch physische Sicherheitsmaßnahmen und die Ausbildung des Personals kann man die Gefahr aggressiver Insideraktivität auf ein Minimum begrenzen. Zudem können Firewall-Systeme und Systeme zur Aufdeckung unbefugter Zugriffe so konfiguriert werden, dass sie Frühwarn- und Gegenmaßnahmen sowohl für die öffentliche als auch für die private Infrastruktur ermöglichen.

Schließlich muss eine Fähigkeit zur Schadensbegrenzung und Neuinstallation entwickelt werden. In die Netzkonzeption sollten Begriffe wie Widerstandsfähigkeit und Überlebensfähigkeit integriert werden (zum Teil durch die Bereitstellung anderer Mittel für die Wahrnehmung entscheidend wichtiger Aufgaben), und zugleich sind Notfallpläne für die kontinuierliche Wahrnehmung zentraler Funktionen und Aufgaben mit sehr viel weniger Netzverbindungen unerlässlich. Isolierte Intranetze, die ohne ein breiteres Verbindungnetz effizient und sicher arbeiten können, haben in dieser Hinsicht gute Erfolgsaussichten.

All dies ist natürlich leichter gesagt als getan. Es gibt eine breite Palette von Hindernissen auf dem Weg zu einer höheren Überlebensfähigkeit von Netzsystemen. Sicherheit spielt häufig nur am Rande eine Rolle, statt als integraler Bestandteil der Netzentwicklung zu gelten. Staat und Wirtschaft verfolgen bezüglich der Sicherheit und deren Gewährleistung unterschiedliche Ansätze. Die Abhängigkeit von Computernetzen wird oft als Selbstverständlichkeit betrachtet, und wer in einem bestimmten Fall auf staatlicher Ebene verantwortlich ist, lässt sich häufig wegen einander überschneidender und miteinander konkurrierender Zuständigkeiten kaum feststellen. Alle diese Schwierigkeiten kann man jedoch überwinden, wenn man den nötigen politischen Willen mit organisatorischem Engagement, sorgfältiger Planung und einer systematischen Implementierung verbindet. Die Verteidigungsplanung muss die virtuelle Welt einbeziehen, wenn es möglich sein soll, die Schäden in der realen Welt in Grenzen zu halten. ■

# Wie ein Phönix aus der Asche

*Willem Matser befasst sich mit den Beziehungen zwischen der NATO und Russland nach dem 11. September sowie mit den Aussichten für eine bessere Zusammenarbeit.*



© NATO

Treffen in Moskau: Durch die Annäherung der letzten Monate sind weit reichende Vorschläge möglich geworden.

**K**aum etwas verbindet Menschen stärker als eine Tragödie, und kaum eine Tragödie war schlimmer und hatte weitreichende Konsequenzen als die des 11. Septembers. Neben den mehreren Tausend Amerikanern, die ums Leben kamen, starben nahezu 800 Angehörige anderer NATO-Staaten und fast 100 Russen, als die beiden Türme des World Trade Centers einstürzten, was am Fernsehen live von Millionen von Zuschauern in der ganzen Welt mitverfolgt wurde. Nach dieser gemeinsam erlittenen Katastrophe hat sich die Geschlossenheit der NATO-Staaten und Russlands angesichts einer gemeinsamen Bedrohung als zentrales Kennzeichen des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus erwiesen. Zudem haben sich durch die Shuttle-Diplomatie, die Gipfeltreffen und die zahlreichen neuen Vorschläge der letzten Monate zweifellos bedeutende Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit und vertiefte Beziehungen zwischen der NATO und Russland ergeben.

Es ist natürlich nicht das erste Mal, dass die Erwartungen im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der NATO und Russland so hoch waren. Als 1997 die Grundakte über Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und Russland unterzeichnet wurde, bekannten sich die Staats- und Regierungschefs

der NATO-Mitglieder und Russlands zu dem „Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zu stärken.“ Dies war der „Beginn grundlegend neuer Beziehungen zwischen der NATO und Russland“, die beabsichtigten, „eine starke, stabile und dauerhafte Partnerschaft zu entwickeln.“ Zudem wurde mit dem Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rat „ein Mechanismus für Konsultation, Koordination und, im größtmöglichen Umfang, wo dies angebracht ist, für gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln....geschaffen.“

Seither haben die Beziehungen zwischen der NATO und Russland sozusagen die höchsten Gipfel erklommen und die tiefsten Täler durchschritten. Dabei haben natürlich die zahlreichen beteiligten Persönlichkeiten ebenso eine Rolle gespielt wie politische Paradigmenwechsel und äußere Einflüsse, einschließlich der Balkankonflikte, des ersten Tschetschenienkrieges, der Kosovo-Operationen der NATO, des zweiten Tschetschenienkrieges und des jetzigen internationalen Kampfes gegen den Terrorismus.

Da auf eine Zeit des Optimismus bezüglich der Beziehungen zwischen der NATO und Russland regelmäßig eine Zeit des Pessimismus folgte, ist klar, dass sich diese entscheidend wichtigen Beziehungen häufig verschlechtert haben. Versucht man, sie auf eine solide Grundlage zu stellen, so ist zu prüfen, wann und wie bisher Verschlechterungen eingetreten sind und ob daraus bestimmte Lehren für die Zukunft gezogen werden können. Eine

---

*Willem Matser ist Mitarbeiter des Büros des NATO-Sonderberaters für Mittel- und Osteuropa.*

---

solche Untersuchung hätte man vielleicht schon früher anstellen sollen, aber bis vor kurzem war dies wegen des politischen Ballastes, der die Beziehungen zwischen der NATO und Russland im Allgemeinen und die Arbeit des Ständigen Gemeinsamen Rates im Besonderen belastete, überhaupt nicht möglich.

Will man die jetzige Situation und die Art der zu überwindenden Schwierigkeiten wirklich verstehen, so muss man die Beziehungen zwischen der NATO und Russland in ihrem historischen Zusammenhang sehen. Der Kalte Krieg liegt schließlich nur etwas mehr als zehn Jahre hinter uns, und die Haltungen dieser Ära haben weiterhin Einfluss auf unser Denken. Obschon sich einzelne Persönlichkeiten an der Spitze der russischen Gesellschaft Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts entschlossen für einen prowestlichen Kurs einsetzten, konnten sich viele hochrangige Regierungsvertreter mit dem Ende des Warschauer Paktes und der Sowjetunion sowie mit dem damit verbundenen Verlust des Supermachtstatus nur schwer abfinden. Häufig empfanden sie es sogar als demütigend, weiterhin mit der NATO, dem in ihren Augen „siegreichen Gegner des Kalten Krieges“, zu tun haben zu müssen. Viele Russen betrachteten den Fortbestand der NATO an sich schon als Verrat. Wenn die Sowjetunion und der Warschauer Pakt (die „Bedrohungen“, zu deren Bekämpfung die NATO gegründet worden war) nicht mehr existierten, warum war dann, so fragten sie sich, noch immer ein westliches Militärbündnis nötig?

Als sich Russland um die Integration in westliche Institutionen bemühte und wirtschaftliche Schwierigkeiten für den Durchschnittsrussen den Traum vom kapitalistischen Wohlstand zunichte machten, begann die Zeit der Desillusionierung. Zugleich scheiterte der Versuch der NATO, für die Entwicklung der Beziehungen zu Russland den richtigen Ton zu finden, und so konnte das Bündnis die russische Bürokratie nicht von seinen positiven Absichten überzeugen. Vertreter des russischen Außen- und Verteidigungsministeriums waren enttäuscht, dass sie im Nordatlantischen Kooperationsrat, dem Vorläufer des jetzigen Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR), nicht anders behandelt wurden als ihre Kollegen aus den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und aus anderen ehemaligen sowjetischen Republiken. 1995 verstärkte dann die Ankündigung der Bündnisstudie zur Erweiterung der NATO das russische Misstrauen. Aus russischer Sicht hatte die NATO nicht nur die für ihre Gründung ausschlaggebenden Bedrohungen überwunden, sondern dehnte ihren militärischen und politischen Einfluss immer stärker in Richtung auf die Grenzen Russlands aus.

Die Ernennung von Jewgeni Primakow zum Außenminister (1996) war ein Wendepunkt und führte innerhalb eines Jahres zur Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte. Sobald Primakow das Außenministerium übernommen hatte, wurde die russische Außen- und Sicherheitspolitik kohärenter und selbstbewusster. Schließlich zählte es zu den Zielen der Grundakte, Russland die Gewissheit zu geben, dass es in den zentralen euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen mitreden und auf den Beschlussfassungen-

prozess Einfluss nehmen könne. Da der Ständige Gemeinsame Rat sowohl Mechanismen für gemeinsame Beschlüsse als auch für gemeinsame Maßnahmen bieten sollte, wurde er als das geeignete Instrumentarium für diese Einflussnahme betrachtet.

Trotz des anfänglichen Optimismus wurde jedoch schnell klar, dass der Ständige Gemeinsame Rat nicht so funktionierte wie geplant. Manche Probleme des Rates ließen sich auf kulturelle Unterschiede zurückführen. Die NATO arbeitet auf der Grundlage des Konsenses und hat sich daher immer von der Basis her um Zusammenarbeit bemüht. Dieser Ansatz setzt einen kontinuierlichen Prozess informeller Konsultationen unter den Ständigen Vertretern der Bündnispartner in der NATO-Zentrale voraus, damit der Weg zu einer Einigung geebnet werden kann; in manchen Fällen schließt dies auch eine Einigung darauf ein, bestimmte Streitfragen gar nicht erst aufzugreifen. Obwohl Primakow die Arbeit des Ständigen Gemeinsamen Rates förderte, entschloss er sich gegen die Einrichtung einer ständigen Vertretung in der NATO-Zentrale. Dieser Beschluss war in Verbindung mit dem von oben gelenkten Kooperationsansatz Moskaus von entscheidender Bedeutung, denn er führte zu einer gravierenden Einschränkung der potentiellen russischen Beteiligung an diesem Prozess der Konsensarbeit.

---

### „Die Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten haben den Beziehungen zwischen der NATO und Russland neue Dynamik verliehen, aber die Ursachen für die Verbesserung der Beziehungen gehen auf die Zeit vor dem 11. September zurück.“

---

Ein noch größeres Hindernis war jedoch, dass beide Seiten zögerten, die stereotypen Vorstellungen des Kalten Krieges hinter sich zu lassen. Unter dem Einfluss von Primakows Bemühungen um die Wiederherstellung des Großmachtstatus seines Landes in einer „multipolaren“ Welt weigerte sich Russland, seinen wenig konstruktiven Ansatz, der auf die Zerschlagung der Bündnissolidarität abzielte, aufzugeben. Die NATO-Staaten reagierten darauf mit dem Beschluss, dass eine Diskussion mit Russland nicht ohne eine förmlich vereinbarte NATO-Position geführt werden dürfe. In den Augen Russ-

lands, dem somit die Möglichkeit einer Einflussnahme auf die Bündnispolitik vor der Fassung von Beschlüssen genommen war, wurde aus dem Format „19 plus 1“ das Format „19 versus 1“, und der Meinungsaustausch zwischen der NATO und Russland war häufig kaum mehr als eine Wiederholung bekannter Positionen. Der Ständige Gemeinsame Rat stellte Anfang 1999 seine Sitzungen ein, als Russland ihn aus Protest gegen den Beschluss der NATO verließ, zur Beendigung der ethnischen Säuberungen im Kosovo Luftoperationen einzuleiten. Dieses Einfrieren der Beziehungen zwischen der NATO und Russland war jedoch in erster Linie Ausdruck schon länger bestehender Schwierigkeiten und der unterschiedlichen Ansätze gegenüber der Arbeit im Ständigen Gemeinsamen Rat.

Obwohl die Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten und der Aufbau eines internationalen Antiterrorbündnisses den Beziehungen zwischen der NATO und Russland zweifellos neue Dynamik und ihren Gesprächen ein Element der Dringlichkeit verliehen haben, gehen die Ursachen für die Verbesserung der Beziehungen auf die Zeit vor dem 11. September zurück. Schon zu Beginn des Jahres 2000 ebnete die Ernennung Wladimir Putins zum Präsi-

ten Russlands den Weg zu neuen, konstruktiveren Beziehungen, und im Mai des gleichen Jahres nahm der Ständige Gemeinsame Rat seine Arbeit wieder auf. Seitdem haben die NATO und Russland trotz westlicher Bedenken wegen der Antiterroroperationen Russlands in Tschetschenien das Spektrum und die Zahl ihrer gemeinsamen Aktivitäten stetig ausbauen können.

Im Frühjahr 2001 erstreckte sich das Arbeitsprogramm des Ständigen Gemeinsamen Rates bereits auf eine große Vielfalt von Themen von gemeinsamem Interesse, darunter die fortgesetzte Zusammenarbeit sowie Konsultationen bezüglich friedenserhaltender Maßnahmen auf dem Balkan, Gespräche über Fragen der Strategie und der Doktrinen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Rüstungskontrolle, Proliferation, militärische Infrastruktur, nukleare Fragen und taktische Raketenabwehr wie auch die Umschulung entlassenen militärischen Personals und Such- und Rettungseinsätze. Das Arbeitsprogramm war wirklich fast so umfassend wie das von Ende 1998, und nach einer Verhandlungsdauer von einem Jahr konnte NATO-Generalsekretär Lord Robertson dann im Februar 2001 in Moskau ein Informationsbüro der NATO eröffnen. In dieser etwas harmonischeren Atmosphäre wurde daher für Oktober 2001 ein Treffen zwischen Lord Robertson und dem russischen Präsidenten Putin in Brüssel geplant.

Die Treffen zwischen Putin und Robertson in Brüssel (Oktober) und Moskau (November) sowie der russisch-amerikanische Gipfel in Crawford (Texas) im November 2001 haben eindeutig sowohl die Beziehungen zwischen der NATO und Russland als auch die Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten auf eine neue Grundlage gestellt. In ihrer gemeinsamen Erklärung haben sich Präsident Putin und Präsident Bush sogar dazu verpflichtet, „gemeinsam mit der NATO und anderen NATO-Mitgliedern auf eine Verbesserung, Stärkung und Vertiefung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland hinzuarbeiten, um so neue wirksame Mechanismen für Konsultationen, Zusammenarbeit, gemeinsame Beschlüsse und koordinierte/gemeinsame Maßnahmen zu entwickeln“. Zudem haben sich die NATO und Russland nach dem im Dezember in der NATO-Zentrale abgehaltenen Außenministertreffen des Ständigen Gemeinsamen Rates zu dem Ziel bekannt, „neue Beziehungen aufzubauen“, sowie die Botschafter angewiesen, „wirksame Mechanismen für Konsultationen, Zusammenarbeit, gemeinsame Beschlüsse und koordinierte/gemeinsame Maßnahmen“ zu prüfen.

Durch die Annäherung der letzten Monate ist es möglich geworden, weit reichende Vorschläge einzubringen, einschließlich der Institutionalisierung der NATO-Russland-Treffen in einem „20er“-Format. Dadurch sind auch hohe Erwartungen geweckt worden. Trotzdem gibt es weiterhin Bereiche, in denen offensichtlich Probleme auftreten können oder erwartet werden sollten, und daher sind geeignete Gegenstrategien zu erarbeiten. Die Einführung von Mechanismen für „20er“-Treffen mit Russland ohne vorherige Abstimmung der Bündnispositionen bedeutet nicht, dass Russland ein Vetorecht bezüglich NATO-Beschlüssen erhält. Das Bündnis wird weiterhin als „19er“-Gruppe arbeiten sowie seine Entscheidungs- und Handlungsfreiheit bei jeder Frage aufrechterhalten, die mit seinen Verpflichtungen aus dem Washingtoner Vertrag im Zusammenhang steht. Wo Gemeinsamkeiten festgestellt und die NATO und Russland zusammenarbeiten können, kommt es jedoch darauf an, die nötigen Mechanismen dafür zu schaffen.

Viele westliche Beobachter glauben, dass Präsident Putin anderen Vertretern des russischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors zur Zeit weit voraus ist. Manche glauben sogar, dass er zu weit geht und daher verwundbar wird. In welcher Lage er auch sein mag, der Erfolgsdruck ist sowohl für Präsident Putin als auch für die NATO hoch, und greifbare Resultate werden immer wichtiger werden, je näher der Prager Gipfel heranrückt und je mehr die Frage der NATO-Erweiterung in den Vordergrund tritt. Ein sorgfältig durchdachtes und koordiniertes Paket konkreter Maßnahmen könnte Präsident Putin helfen, die Kluft zwischen sich und den eher konservativen Elementen seiner Sicherheitselite zu überbrücken. Darüber hinaus ist auch eine sorgfältige Informationspolitik erforderlich, denn Erwartungen und/oder Spekulationen der Medien könnten einen unweigerlich komplexen politischen Prozess einem gefährlich hohen Druck aussetzen.

Die grundlegenden Ansichten zahlreicher institutioneller Akteure auf der Bühne der Beziehungen zwischen der NATO und Russland haben sich nicht geändert. Folglich werden „Durchbrüche“ auf höchster politischer Ebene und/oder konstruktive Ansätze in informellen Gesprächen nicht automatisch zu praktischen Ergebnissen führen. Konkrete Vorschläge und Programme werden unverändert über die gleichen bürokratischen Kanäle und manchmal gegen sie umgesetzt werden müssen. Auch wenn die jetzigen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit Fortschritten förderlich zu sein scheinen, ist der Erfolg nicht sicher, und bedeutende Initiativen tragen vielleicht keine Früchte. Realistischer wäre daher vielleicht der zeitraubende Prozess, kleinere formelle oder auch informelle, aber auf jeden Fall substantielle Programme voranzutreiben.

Das wichtigste Ziel Russlands hat sich nicht geändert. Russland will weiterhin vor allem als ebenbürtiger einflussreicher Partner behandelt werden und in den zentralen euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen sowie bei verteidigungs- und sicherheitsrelevanten Beschlüssen mitreden können. Sind die Bündnispartner nicht dazu bereit oder in der Lage, diesem Ziel mit praktischen Maßnahmen Rechnung zu tragen, so könnte es zu einem nachhaltigen ernstlichen Rückschlag kommen. Obschon symbolische Fortschritte wertvoll sein können, braucht der Prozess auch konkrete Erfolge. Neue Mechanismen der Zusammenarbeit können zur Überwindung des früheren Misstrauens und zur Stärkung unserer Fähigkeit beitragen, gegebenenfalls gemeinsame Maßnahmen zu treffen. Neue Mechanismen allein können allerdings nicht das Fundament einer starken, dauerhaften Partnerschaft zwischen der NATO und Russland bilden. Hier ist, insbesondere auf russischer Seite, eine ganz neue Grundhaltung erforderlich.

In einer Zeit, in der Entscheidungsträger und führende Politiker versuchen, eine historische Chance zu nutzen, sollten sie auch verstehen, was eigentlich auf dem Spiel steht. Einerseits könnten die richtigen Schritte zu einer Stärkung und grundlegenden Änderung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland beitragen, aber andererseits könnten die falschen Schritte den guten Willen zunichte machen, der sich in den letzten Monaten entwickelt hat. Können sich die NATO und Russland jedoch trotz des komplexen und heiklen Charakters dieser Frage einigen und eine neue strategische Partnerschaft aufbauen, so ist dies eine angemessene Ehrung der Opfer aller Nationalitäten, die am 11. September ums Leben kamen. ■

# Ted Whiteside: Leiter des MVW-Zentrums der NATO

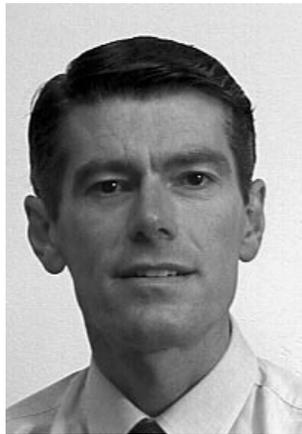
*Ted Whiteside hat das NATO-Zentrum für Massenvernichtungswaffen (MVW) geleitet, seit es im Herbst 2000 eingerichtet wurde. Bis dahin war er ab September 1999 in der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten Leiter des Referats für Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit. Zuvor war er in der NATO-Vertretung Kanadas sowie in der kanadischen Botschaft in Bonn tätig gewesen.*

**NATO BRIEF:** Was ist das MVW-Zentrum, und warum wurde es eingerichtet?

**Ted Whiteside:** Das MVW-Zentrum ist ein interdisziplinärer Arbeitsstab in der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten. Es wurde zur Unterstützung der mit Proliferationsfragen befassten Ausschüsse und Arbeitsgruppen eingerichtet. Das Mandat des Zentrums ergibt sich direkt aus dem Washingtoner Gipfeltreffen von 1999 und der MVW-Initiative. Im Wesentlichen verfolgt das Zentrum sechs allgemeine Ziele: Gewährleistung intensiverer NATO-Diskussionen zur Stärkung des Konsenses unter den Bündnispartnern in MVW-Angelegenheiten sowie in der Frage, wie darauf zu reagieren ist; quantitative und qualitative Verbesserung der Weiterleitung von Proliferationsfragen betreffenden nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und sonstigen Informationen unter den Bündnispartnern; Unterstützung der Entwicklung einer Öffentlichkeitsstrategie der Bündnispartner mit dem Ziel, das Bewusstsein für Proliferationsfragen und für die Bemühungen der NATO-Staaten um die Nichtverbreitung zu stärken; Erhöhung des militärischen Bereitschaftsgrads für Operationen in einem MVW-Umfeld sowie für MVW-Abwehrmaßnahmen; Austausch von Informationen über nationale Programme der bilateralen MVW-Vernichtung und der diesbezüglichen Unterstützung (hier geht es insbesondere um die Frage, wie man Russland bei der Vernichtung seiner C-Waffen-Arsenale helfen kann); sowie Stärkung der Fähigkeit der Bündnispartner, einander beim Schutz ihrer jeweiligen Zivilbevölkerung vor MVW-Gefahren zu unterstützen. Wie aus diesen Zielen hervorgeht, hat das Bündnis im Hinblick auf MVW-Gefahren ein sehr intensives Arbeitsprogramm, und unser Zentrum steht im Mittelpunkt der Bemühungen um die Unterstützung dieser Arbeit.

**NB:** Wie arbeitet das MVW-Zentrum? Wie viele NATO-Bedienstete und wie viele nationale Experten beschäftigt es?

**TW:** Wir haben drei internationale Mitarbeiter und sieben nationale Experten. Die sieben nationalen Experten bringen ein breites Spektrum von Erfahrungen ein. Wir haben Experten für chemische Waffen, biologische Kampfstoffe, ballistische Flugkörper, Truppenschutz sowie für die Bereiche Nachrichtendienst und politische Aspekte der Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsregelungen. Wir arbeiten einer Reihe von NATO-Ausschüssen zu. Die beiden wichtigsten davon sind die Hochrangige Politisch-Militärische Gruppe für Proliferation und die Hochrangige Verteidigungspolitische



Gruppe für Proliferation. Zudem unterstützt das Zentrum aktiv die Arbeit des Hochrangigen Politischen Ausschusses auf den Gebieten Gefechtsfeld-Flugkörperabwehr, Zusammenarbeit mit Russland sowie Bündnismaßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die nach den Angriffen auf die Vereinigten Staaten vom 11. September 2001 eingeleitet worden sind.

**NB:** Inwiefern hat der 11. September die Tagesordnung des MVW-Zentrums verändert?

**TW:** Nach dem 11. September ist man sich zweifellos stärker der Gefahr bewusst, dass Massenvernichtungswaffen von nichtstaatlichen Akteuren eingesetzt werden könnten. Infolgedessen hat das Zentrum sein Arbeitsprogramm dem veränderten Bedarf der von ihm unterstützten Ausschüsse angepasst. Allerdings zeichnet sich die Arbeit eines Ausschusses wie die der Hochrangigen Verteidigungspolitischen Gruppe für Proliferation durch ein hohes Maß an Kontinuität aus, wenn man betrachtet, was die Gruppe in den letzten Jahren zur Steigerung des militärischen Bereitschaftsgrads bezüglich Operationen in einem MVW-Umfeld unternommen hat. Viele der praktischen Maßnahmen, die von den Bündnispartnern auf den Gebieten Truppenschutz, Aufdeckung, Identifizierung und medizinische Gegenmaßnahmen getroffen wurden, lassen sich den Gefahren im Zusammenhang mit dem potentiellen Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch nichtstaatliche Akteure anpassen. Daher sind wir bestrebt, auf bisherigen Arbeitsergebnissen und Initiativen aufzubauen. Auch wenn sich unsere Tagesordnung nicht erheblich verändert hat, wird den Gefahren aufgrund biologischer Kampfstoffe nun eindeutig mehr Bedeutung beigemessen. So müssen wir mehr über den potentiellen Einsatz von biologischen und chemischen Kampfstoffen sowie von Strahlenwaffen durch nichtstaatliche Akteure in Erfahrung bringen und dieses Wissen als wichtiges Element in unsere Überlegungen einbeziehen. Darüber hinaus müssen wir prüfen, wie man am besten zusammenarbeiten kann, um den Schutz der Zivilbevölkerung vor diesen Gefahren zu gewährleisten.

**NB:** Die Medien scheinen infolge der Welle von Anthraxbriefen in den Vereinigten Staaten völlig auf den Terrorismus mit biologischen Kampfstoffen fixiert zu sein. Wie groß ist die Gefahr dieser Art von Kriegführung?

**TW:** Der potentielle Einsatz biologischer Kampfstoffe durch nichtstaatliche Akteure ist ein bedeutendes Problem. Nichtstaatliche Akteure haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, einige dieser Waffen

herzustellen und einzusetzen. Eines der wesentlichen Kennzeichen biologischer Kampfstoffe, wodurch wohl auch ihr Einsatz für nicht-staatliche Akteure so interessant wird, ist ihre hohe Toxizität. Der Einsatz solcher Kampfstoffe durch Terroristen oder Kriminelle wäre extrem schädlich. Diese Kampfstoffe sind sowohl bezüglich medizinischer Gegenmaßnahmen als auch im Hinblick auf die Strafverfolgung eine heimtückische Waffe, denn sie lassen sich nur schwer zurückverfolgen und nur mit extrem hohem Aufwand bekämpfen. Zivil und zugleich militärisch nutzbare Technologien wie auch die Verbreitung von Expertenwissen, die mit modernen biotechnologischen Industriebetrieben verbunden ist, verschärfen die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung dieser Art von Proliferation. Obwohl der Einsatz und Besitz biologischer Waffen seit dem Übereinkommen von 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen verboten ist, erweist es sich unverändert als äußerst schwierig, geeignete Verifikationsmaßnahmen durchzuführen. Im Gegensatz zu Rüstungskontrollregelungen für konventionelle Waffen, wo man bestimmte Objekte wie Panzer und Artilleriegeschütze zählen sowie Verifikationskriterien festlegen kann, ist dies bei biologischen Kampfstoffen nicht ohne weiteres möglich. Es ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, darauf hinzuwirken, dass das Übereinkommen von 1972 ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der wachsenden Gefahr wird, die von biologischen Waffen ausgeht.

**NB:** Welche anderen Gefahren stellen Ihrer Meinung nach derzeit eine besonders große Bedrohung dar?

**TW:** Gefahren ergeben sich aus biologischen und chemischen Kampfstoffen, giftigen Industriechemikalien und aus Strahlenwaffen. Darüber hinaus gibt die Verbreitung ballistischer Flugkörper dem Bündnis nach wie vor Anlass zu großer Sorge. In diesem Bereich bekennt sich das Bündnis weiterhin nachdrücklich zum Trägertechnologieregime, zur Australien-Gruppe, zur Zangger-Gruppe und zur Gruppe der Nuklearlieferländer, denen wir bei unseren Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägermitteln große Bedeutung beimessen.

**NB:** Arbeitet man an einer einheitlichen Bündnisposition zu Proliferationsfragen? Zur Flugkörperabwehr?

**TW:** Das Bündnis ist sich schon seit Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts darüber im Klaren gewesen, dass es wichtig ist, den Kampf gegen die Proliferation zu intensivieren. Das wichtigste Ziel besteht unverändert darin, die Proliferation ganz zu verhindern und sie, falls dies nicht möglich sein sollte, durch diplomatische Mittel wieder rückgängig zu machen. Eng verknüpft mit diesem Ansatz ist die Auffassung, dass es darauf ankommt, ein geeignetes Verteidigungsdispositiv gegen den möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu gewährleisten. Das Verteidigungsdispositiv des

Bündnisses muss die Fähigkeit umfassen, den möglichen Gefahren im Zusammenhang mit der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägermitteln angemessen und wirksam entgegenzutreten. Es ist von größter Bedeutung, trotz der Präsenz nuklearer, biologischer und chemischer Waffen und trotz eines angedrohten oder tatsächlichen Einsatzes dieser Waffen die Flexibilität und Effizienz der Bündnisstreitkräfte aufrechtzuerhalten. Hier stützt sich das Bündnis auf eine Vielzahl von Instrumenten zur Bewältigung der Proliferationsproblematik, darunter Abschreckung sowie offensive und defensive Mittel, die Verbesserung der Wirksamkeit von Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregelungen sowie diplomatische Maßnahmen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Proliferation.

**NB:** Russland hat sich im Hinblick auf die taktische Flugkörperabwehr an einer Zusammenarbeit mit der NATO interessiert gezeigt. In welche Richtung wird sie sich wohl entwickeln?

**TW:** Über Fragen der Flugkörperabwehr sind mit Russland einige sehr intensive Konsultationen geführt worden. Diese Konsultationen werden auch in Zukunft stattfinden, und sie werden sich wahrscheinlich auf zwei oder drei Hauptbereiche konzentrieren. Erstens können wir erörtern, was die Entwicklung ballistischer Flugkörper weltweit kennzeichnet und wie wir das Problem, sein Ausmaß und das Spektrum der Gegenmaßnahmen einschätzen. Zweitens können wir über Konzepte sprechen, z.B. über eine gemeinsame Begriffsbestimmung bezüglich der Flugkörperabwehr sowie darüber, wie sie in das Gesamtkonzept der erweiterten Luftverteidigung integriert werden kann, welchen Platz sie im Rahmen der Kommunikations- und Führungssysteme einnimmt und was sie im Ausbildungsbereich voraussetzt. Und schließlich können wir auch die Möglichkeit einer industriellen Zusammenarbeit bei derzeit in der Entwicklung befindlichen Systemen prüfen, die zwischen der NATO und Russland stattfinden könnte.

**NB:** Gibt es Pläne, in die Aktivitäten des MVW-Zentrums auch Partnerstaaten einzubeziehen?

**TW:** Die Partnerstaaten haben mit dem Bündnis schon einige Konsultationen zu Proliferationsfragen geführt. Mit Russland und der Ukraine haben zu bestimmten Fragen eingehende bilaterale Gespräche stattgefunden. Im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat werden diese Angelegenheiten in allgemeinen Gesprächen erörtert, und mit den Partnerstaaten werden weiterhin Treffen der Abrüstungsexperten veranstaltet. Wir hoffen, dass dies auch auf die Ausschussarbeit übertragen wird, so dass wir die Proliferationsproblematik allmählich mit allen Partnerstaaten erörtern können. Kontakte und Konsultationen sind auch mit den Staaten des Mittelmeerdialogs in die Wege geleitet worden. Man arbeitet darauf hin, die Konsultationen in allen diesen Foren auszubauen und zu vertiefen. ■



## Das Wissenschaftsprogramm der NATO

„Wissenschaftler für Fortschritt und Frieden“



Das Wissenschaftsprogramm der NATO unterstützt Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern aus NATO-Staaten und Partnerstaaten. Das Programm, das nicht dem Verteidigungsbereich zuzurechnen ist, soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern verschiedener Staaten im Hinblick auf die Herstellung dauerhafter Kontakte fördern und dazu beitragen, Wissenschaftlergruppen in den Partnerstaaten zu unterstützen.

Ausführliche Informationen:

<http://www.nato.int/science>

# An vorderster Front

*Osman Yavuzalp befasst sich mit den Beziehungen des Bündnisses zu den zentralasiatischen Partnerstaaten der NATO, die nun bei den internationalen Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus an vorderster Front stehen.*

Als klar wurde, dass die gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Terroranschläge vom 11. September von der Al-Qaida-Organisation Osama bin Ladens in Afghanistan geplant worden waren, bedeuteten ihre Brutalität und Tollkühnheit für die Staaten Zentralasiens kaum eine Überraschung. Die internationale Staatengemeinschaft war sich natürlich der Verschlechterung der Lage in Afghanistan bewusst gewesen und hatte ihrer Besorgnis über die Menschenrechtsverletzungen, die willkürliche Zerstörung von Buddhastatuen und die Verhaftung internationaler Entwicklungshelfer wegen angeblicher christlicher Missionstätigkeit Ausdruck verliehen, aber die Kirgisische Republik, Tadschikistan, Usbekistan und in geringerem Ausmaß auch Kasachstan hatten direkt die Gefahren zu spüren bekommen, die vom afghanischen Talibanregime ausgingen; sie hatten schon lange unter den Folgen des Drogenhandels gelitten und waren seit 1998 immer wieder Opfer von Übergriffen geworden, für die Terroristen mit Verbindungen zur Al-Qaida-Organisation verantwortlich waren.

Die Staaten Zentralasiens haben sogar als einige der ersten Staaten die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Verschlechterung der Lage in Afghanistan und die potentiellen Gefahren für die internationale Sicherheit gelenkt. Schon am 8. September 2000 – ein Jahr vor den Anschlägen auf die Vereinigten Staaten – warnte der usbekische Präsident Islam Karimow die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit den Worten: „Afghanistan hat sich zu einem Ausbildungszentrum und zu einer Brutstätte des internationalen Terrorismus entwickelt.“ Ferner sagte er: „Der anhaltende Krieg in Afghanistan bedroht nicht nur die Sicherheit Zentralasiens, sondern der Welt insgesamt.“

Angesichts der Notwendigkeit, Recht und Ordnung wiederherzustellen und der Not des afghanischen Volkes ein Ende zu bereiten, haben Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan seit 1997 mit Unterstützung sowohl Russlands als auch der Vereinigten Staaten in der sogenannten „6+2“-Gruppe, zu der auch China, Iran und Pakistan zählen, auf eine friedliche Lösung der Krise in Afghanistan hingearbeitet. Am 12. November 2001 kam diese Gruppe in New York am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem VN-Sonderbeauftragten für diese Region, Lakdar Brahimi, zu Gesprächen über eine Afghanistanlösung nach dem Ende des Talibanregimes zusammen, in deren Verlauf sich die Vertreter der sechs Nachbarstaaten für die Bildung einer multiethnischen Regierung einsetzten, die eine breite Basis haben müsse und aus freien Wahlen hervorgehen solle.

---

*Osman Yavuzalp ist als Mitarbeiter der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten mit der Erweiterung der NATO und den Beziehungen zu den zentralasiatischen Partnern des Bündnisses befasst.*

---

Unmittelbar nach dem 11. September 2001 schlossen sich die Staaten Zentralasiens anderen Mitgliedern des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) an, indem sie die Anschläge vorbehaltlos verurteilten und sich dazu verpflichteten, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Geißel des Terrorismus zu bekämpfen. Inzwischen haben sie ihre Zusage dadurch wahr gemacht, dass sie den Staaten des internationalen Antiterrorbündnisses ihr Hoheitsgebiet und bestimmte Mittel zur Verfügung gestellt haben. So erklärte sich Kasachstan am 24. September 2001 dazu bereit, das Antiterrorbündnis unter der Leitung der Vereinigten Staaten mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Ebenso haben auch die Kirgisische Republik, Tadschikistan und Turkmenistan ihre Unterstützung für den Kampf gegen den Terrorismus deutlich zum Ausdruck gebracht. Ferner wurde Usbekistan ein entscheidendes Element im Kampf gegen die Taliban, da es 5. Oktober 2001 ankündigte, dass es seinen Luftraum für amerikanische Flugzeuge öffnen und in seinem Hoheitsgebiet Landrechte für Such- und Rettungseinsätze sowie für humanitäre Missionen gewähren würde. Da alle diese Staaten eine überwiegend muslimische Bevölkerung haben, beweist ihre Unterstützung, dass der internationale Kampf gegen den Terror entgegen den Behauptungen Bin Ladens weder einen Kreuzzug gegen den Islam noch einen „Kampf der Kulturen“ darstellt.

Die Anschläge vom 11. September haben die Unteilbarkeit der Sicherheit des euro-atlantischen Raumes deutlich gemacht. Alle Staaten sind nun mit den gleichen Gefahren konfrontiert, gleich ob sie in Nordamerika, Europa oder Zentralasien liegen. Überdies haben die Angriffe und die darauf folgenden Antiterrormaßnahmen auch die Bedeutung Zentralasiens für die euro-atlantische Sicherheit sowie die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der NATO und ihren zentralasiatischen Partnern – nicht nur im Rahmen der jetzigen Krise, sondern auch darüber hinaus – deutlich werden lassen.

Zentralasien und Europa verbindet eine lange Geschichte enger Kontakte. Während des 19. Jahrhunderts weckte die Region das Interesse sowohl des britischen Empires als auch des russischen Zarenreiches, weil die Seidenstraße, die Haupthandelsverbindung zwischen Europa und dem Fernen Osten, durch sie hindurchführte. Heute eröffnen die zentralasiatischen Energieressourcen die Möglichkeit großen Reichtums, der zur Förderung der regionalen Entwicklung genutzt werden kann. Das in den letzten zehn Jahren von der NATO bezeugte Interesse an der Region ist jedoch weder auf die Geschichte Zentralasiens noch auf dessen Wirtschaftspotential zurückzuführen. Das Bündnis wollte die Sicherheit Zentralasiens vielmehr im Rahmen des strategischen Ziels fördern, partnerschaftliche Beziehungen zu neuen Demokratien zu entwickeln, sich den neuen Sicherheitsaufgaben zu stellen und die Stabilität des gesamten euro-atlantischen Raumes zu stärken. Die Bemühungen um eine engere Partnerschaft und Zusammenarbeit, die sowohl

mittels des Programms der Partnerschaft für den Frieden (PfP) als auch mittels des EAPR unternommen worden sind, haben sich für alle Seiten als vorteilhaft erwiesen.

Die PfP bietet ein umfangreiches Spektrum sicherheitsrelevanter Aktivitäten auf Gebieten wie zivile Notfallplanung, Krisenbewältigung, Fremdsprachenunterricht, wissenschaftliche Zusammenarbeit und Interoperabilität der Streitkräfte. Aus diesem Angebot kann sich jeder Partnerstaat aussuchen, was seinen individuellen Erfordernissen und Prioritäten am besten gerecht wird. Darüber hinaus führen die NATO-Mitglieder mit jedem Partnerstaat auf dessen Ersuchen Konsultationen, wenn dieser Partnerstaat seine territoriale Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit oder Sicherheit für direkt bedroht hält.

Zwei zentrale Prinzipien bilden das Fundament der PfP. Erstens richtet sie sich nicht gegen die Interessen eines Dritten. Neutrale Staaten wie Irland, die Republik Moldau, Österreich und die Schweiz können auch von dem breiten Spektrum der angebotenen Aktivitäten profitieren. Zweitens ist sie nicht darauf ausgerichtet, andere Kooperationsinitiativen zu ersetzen oder nachzuahmen,



sondern zielt eher darauf ab, diese zu ergänzen; die NATO hat nämlich immer den spezifischen Interessen und regionalen Erwägungen ihrer Partnerstaaten Rechnung getragen. Die Staaten Südosteuropas beteiligen sich z.B. an zahlreichen multinationalen Initiativen und pflegen untereinander besondere bilaterale Beziehungen, arbeiten aber parallel dazu auch mit der NATO zusammen. Ebenso ist das Bündnis bestrebt, die verschiedenen Kooperationsaktivitäten zu unterstützen, an denen einige zentralasiatische Partnerstaaten beteiligt sind, wie z.B. die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder die Konferenz über Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien, und die NATO respektiert auch die Beziehungen, die aus historischen, geopolitischen und sozioökonomischen Gründen zu Russland bestehen.

Auf dieser Grundlage konnten die NATO und ihre zentralasiatischen Partnerstaaten in verschiedenen Bereichen Kooperationsprogramme einleiten. Der EAPR bietet die Rahmenstruktur für einen Dialog zwischen den Bündnismitgliedern und ihren 27 Partnerstaaten über praktisch alle Fragen von gemeinsamem Interesse. Mit Hilfe dieses multilateralen Forums konnten die zentralasiatischen Partnerstaaten die Bündnismitglieder und andere Partnerländer seit den Anfängen des von den Taliban geförderten Terrorismus über die Entwicklungen in ihrer Region auf dem Laufenden

halten. Zudem sind unter der Ägide des EAPR mehrere regionale Seminare zur Sicherheitszusammenarbeit veranstaltet worden, die sich mit zentralasiatischen Sicherheitsfragen befassten. Diese Seminare wurden in der Region selbst ausgerichtet, damit sich die NATO-Mitglieder und andere Partnerstaaten besser ein Bild von der Lage vor Ort machen konnten. Das erste fand im Oktober 1999 in Taschkent (Usbekistan) statt, und der Erfolg dieser Initiative führte dann im November 2000 zu einem zweiten Seminar in Bischkek (Kirgisische Republik) und im September 2001 – nur wenige Tage nach den Terroranschlägen auf die Vereinigten Staaten – zu einem dritten in Alma Ata (Kasachstan).

Die zivile Notfallplanung ist ein weiterer zentraler Bereich der Zusammenarbeit. Die zentralasiatischen Staaten werden häufig Opfer von Naturkatastrophen wie Erdbeben und Überschwemmungen und sind daher sehr an Möglichkeiten zum Schutz von Städten und Siedlungen in besonders gefährdeten Zonen interessiert. Die Planung im Hinblick auf solche zivilen Notfälle und auch die Vorbereitung der zivil-militärischen Zusammenarbeit bei Katastropheneinsätzen wird durch die Teilnahme an Arbeitstagen und Aktivitäten im Rahmen der PfP erleichtert. Daher wurden

1996 in der Kirgisischen Republik, 1999 in Usbekistan und 2001 in Kasachstan entsprechende Lehrgänge veranstaltet.

Auch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technologischen Forschung profitieren die NATO und ihre zentralasiatischen Partnerstaaten von der Möglichkeit der Zusammenarbeit. In den acht Jahren seit der Öffnung des NATO-Wissenschaftsprogramms für die Partnerstaaten sind den fünf zentralasiatischen Partnern Mittel für etwa 120 Wissenschafts- und Technologieprojekte bereitgestellt worden. Im Oktober 2001 startete das Wissenschaftsprogramm ein bedeutendes Projekt (die „Virtuelle Seidenschnellstraße“) um Wissenschaftlern in acht Staaten Zentralasiens und des

südlichen Kaukasus mit Hilfe von Satelliten Zugang zum Internet zu verschaffen. Zu den sonstigen von der NATO geförderten Wissenschaftsprojekten in Zentralasien zählt eine Leitstudie zur ökologisch vertretbaren Beschlussfassung im Hinblick auf eine umweltverträgliche Entwicklung, die im Februar 2001 eingeleitet wurde; an ihr sind Kasachstan, die Kirgisische Republik, Tadschikistan und Usbekistan beteiligt. Ferner zählen dazu Projekte im Zusammenhang mit der radioaktiven Verseuchung des ehemaligen Atomtestgeländes bei Semipalatinsk (Sarshal, Kasachstan) sowie Initiativen gegen die Verschmutzung des Aralsees.

Zentralasien, einst „Schauplatz der großen Konfrontation“, ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts unverändert eine Region von entscheidender strategischer Bedeutung. Die Nullsummenspiele der Vergangenheit sind jedoch ad acta gelegt worden. Die jüngsten Ereignisse haben erneut gezeigt, wie ratsam es ist, die Zusammenarbeit, Stabilität und Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raumes zu fördern. Das Bündnis behauptet zwar nicht, es habe eine Lösung für alle Probleme dieser Region oder auch anderer Regionen, aber es wird immer deutlicher erkennbar, dass langfristige Investitionen in den Aufbau von Beziehungen, in die Verbesserung der internationalen Verständigung sowie in die Stärkung der Zusammenarbeit die Sicherheit aller Staaten erhöhen. ■

# Debatte

## An welcher Stelle sollte die Raketenabwehr nach dem 11. September auf der Liste vorrangiger Verteidigungsausgaben stehen?

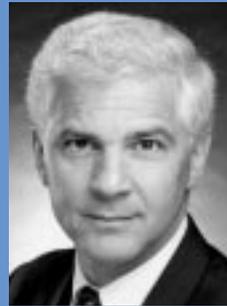
### Oben:

*Keith B. Payne ist Vorsitzender des National Institute for Public Policy, Vorsitzender der Beratergruppe für Abschreckungskonzepte im Büro des amerikanischen Verteidigungsministers sowie außerordentlicher Professor an der Georgetown-Universität.*



### Unten:

*Joseph Cirincione leitet das Nichtverbreitungsprojekt der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden.*



### Lieber Joseph,

in Washington herrscht zwischen den beiden Parteien Einvernehmen darüber, dass der Raketenabwehr bei den amerikanischen Verteidigungsausgaben Priorität zukommen sollte, und die amerikanische Öffentlichkeit befürwortet wie schon seit vielen Jahren nachdrücklich den Aufbau eines Raketenabwehrsystems. Etwa zwei Drittel der amerikanischen Bevölkerung glauben sogar, dass ihnen die Raketenabwehr schon jetzt Schutz bietet. Wenn dann die Wahrheit gesagt wird, sind die meisten gar nicht begeistert.

Der einfachste Grund dafür, der Raketenabwehr Priorität einzuräumen, besteht in der Bedrohung durch ballistische Flugkörper, die sich in vielen Ländern abzeichnet. Im September 1999 wurde in einem öffentlichen Bericht (*Foreign Missile Developments and the Ballistic Missile Threat to the United States Through 2015*) des Nationalen Rates für den Nachrichtendienst prognostiziert, dass „die Vereinigten Staaten in den nächsten 15 Jahren höchstwahrscheinlich durch Interkontinentalraketen aus Russland, China und Nordkorea und wohl auch aus Iran sowie möglicherweise aus Irak bedroht sein werden.“ Ferner wird in dem Bericht festgehalten, dass die Verbrei-

terung von Flugkörpern mittlerer Reichweite „für die Streitkräfte, Interessen und Bündnispartner der Vereinigten Staaten eine direkte, ernste und zunehmende Bedrohung darstellt und das strategische Gleichgewicht im Nahen Osten und in Asien erheblich verändert hat“. Wird berücksichtigt, dass einige der an Raketenprogrammen arbeitenden Staaten auch atomare, biologische und chemische (ABC) Waffen herstellen sowie Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht bieten, so sieht man diese neue Bedrohung gleich im richtigen Zusammenhang.

Derzeit geht es bei Proliferationsgefahren im Allgemeinen um Flugkörper mit geringerer als mittlerer Reichweite. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Abwehr von Flugkörpern größerer Reichweite als weniger wichtig zu betrachten wäre. Im Gegenteil, die mit Vertretern beider Parteien besetzte Rumsfeld-Kommission kam im August 1998 zu dem Schluss, dass die neuen Raketenmächte innerhalb von ca. fünf Jahren nach einem Beschluss zum Erwerb eines interkontinentalen Raketendispositivs tatsächlich über solche Raketen verfügen könnten und wir möglicherweise während mehrerer dieser fünf Jahre von einem solchen Beschluss nichts erfahren würden. Wir sind also gebührend davor gewarnt, dass rasch zusätzliche Interkontinentalgefahren

entstehen könnten. In manchen Fällen (wie z.B. in Nordkorea) scheint der Countdown bereits zu laufen, und es wäre unklug, diese Gefahr nicht ernst zu nehmen.

Selbst wenn eine umfassendere Bedrohung durch Flugkörper erst nach fünf bis fünfzehn Jahren Realität wird, verfügen wir wahrscheinlich, wenn diese Gefahr deutlich und unmittelbar erkennbar ist, nicht über ein tragfähiges Verteidigungssystem, sofern wir nicht jetzt schon ein entsprechendes Programm verfolgen. Würde man abwarten, bis wir ganz eindeutig durch Interkontinentalraketen mit ABC-Gefechtsköpfen bedroht sind, bevor der Raketenabwehr wirklich Priorität eingeräumt wird, so bestünde die Gefahr einer längerfristigen Verwundbarkeit von beispiellosem Ausmaß.

Zudem hat Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nun öffentlich erklärt, dass ein „Schurkenstaat“ von einem Schiff aus einen Versuch mit einem ballistischen Flugkörper von geringerer als interkontinentaler Reichweite durchgeführt hat. Folglich kann man nicht sagen, die von Raketen ausgehende Bedrohung der Vereinigten Staaten beschränke sich auf Interkontinentalraketen.

Die Tatsache, dass die Flugkörper von Schurkenstaaten unter Umständen ziemlich

primitiv sind, bietet auch keinen Trost. Genauigkeit ist nicht nötig, um Städte zu bedrohen oder anzugreifen. Ebenso unglaublich ist die häufig und auch voller Überzeugung geäußerte Behauptung, die Gefahr eines ABC-Raketenangriffs durch einen Schurkenstaat sei gering. Niemand weiß, wie hoch die Wahrscheinlichkeit für einen derartigen Angriff ist. Wir wissen aber, dass durch einen Raketenangriff Hunderttausende, ja sogar Millionen von Amerikanern und Einwohnern anderer Bündnisstaaten auf einmal ums Leben kommen könnten. Die Wahrscheinlichkeit ist also unbekannt, aber die Folgen wären katastrophal. Dieser neuen Bedrohung rechtzeitig entgegenzutreten muss hohe Priorität haben.

Ein Raketenabwehrsystem ist natürlich nicht die ganze Antwort auf diese Gefahr, aber sie bildet einen wesentlichen Bestandteil jeder Art von Antwort. Die Terroranschläge vom 11. September beweisen die Dummheit bequemer und selbstsicherer Behauptungen, denen zufolge unsere Gegner extrem riskante Terrorakte „nicht wagen“ würden. Die Geschichte ist voll von Beispielen für ein Versagen von Abschreckungsstrategien, weil die maßgeblichen Personen eben doch gelegentlich zu Wagnissen bereit sind. Selbst während des Kalten Krieges überlebten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, weil sie bei gewagten Unternehmen, wie der frühere amerikanische Verteidigungsminister Robert S. McNamara es ausdrückte, einfach „Schwein hatten.“ Nach dem Ende des Kalten Krieges ist es nun sogar noch unwahrscheinlicher, dass die Bedingungen für ein zuverlässiges Funktionieren der Abschreckung erfüllt sind. Dies liegt *nicht* daran, dass das Verhalten der Machthaber in „Schurkenstaaten“ als irrational bezeichnet werden muss, sondern daran, dass die für ein berechenbares Funktionieren der Abschreckung erforderlichen Bedingungen, die im Kalten Krieg galten, jetzt nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden können.

Die Bedrohung durch Flugkörper und Massenvernichtungswaffen (MVW) ist real, und sie nimmt weiter zu. Die Abschreckung ist unzureichend, und falls ein Raketenabwehrsystem in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen soll, dann muss ihm Priorität eingeräumt werden. Glücklicherweise haben der Präsident, der Kongress und die Öffentlichkeit dies schon erkannt.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Keith

## Lieber Keith,

Die heftigen parteipolitischen Konflikte, die seit der Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts für die Washingtoner Politik kennzeichnend waren, haben sich nun zum Glück gelegt. Wir hoffen alle, dass der neue Geist auch noch nach der jetzigen Krise herrschen wird. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in zentralen Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Raketenabwehr, bleiben jedoch bestehen. Dort herrscht kein parteiübergreifender Konsens.

John Spratt, im amerikanischen Repräsentantenhaus ein führender Demokrat des gemäßigten Flügels, erklärte uns Mitarbeitern der Carnegie-Stiftung, dass sich die Demokraten in Fragen der Raketenabwehr nach dem 11. September zurückgehalten hätten, „weil wir in dieser kritischen Zeit nicht auf die Regierung losschlagen wollten“. Ferner schreibt Carl Levin, der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des Senats: „Wer von uns die Ansicht vertrat, die Vereinigten Staaten würden ihre Sicherheit durch die einseitige Stationierung eines Raketenabwehrsystems verringern und nicht erhöhen, sieht sich nun durch die beeindruckend multilateral abgestimmte Reaktion der Regierung auf die jüngsten Terroranschläge erneut bestätigt.“

Nach wie vor gehen im Hinblick auf die Stationierung eines Raketenabwehrsystems die Meinungen über das Ausmaß der Bedrohung, die technische Durchführbarkeit, den Zeitplan, die Kosten und die strategischen Konsequenzen weit auseinander. Wie Sie wissen, ist man sich weitgehend darin einig, dass der Aufbau eines Abwehrsystems für Raketen kurzer Reichweite durchaus vorangetrieben werden muss. Hier besteht nachweislich eine Bedrohung, und man hat eine größere Chance, am Ende über ein System zu verfügen, das zumindest einen gewissen Schutz vor Scud-Raketen (Flugkörper mit einer Reichweite von etwa 180 km) und vor ähnlichen Flugkörpern mit geringfügig größerer Reichweite bieten wird. Die Patriotrakete funktionierte im Golfkrieg nicht (trotz erster Fehleinschätzungen und noch hartnäckigerer Falschmeldungen), aber 2002 wird endlich eine verbesserte Version eingeführt, die sich wohl bei Gefahren aufgrund einfach konstruierter Flugkörper kurzer Reichweite besser bewähren dürfte. Die Meinungsverschiedenheiten bezüglich eines Abwehrsystems für Raketen großer Reichweite beste-

hen jedoch weiter, und zwar nicht nur zwischen den Parteien. Auch im Außen- und Verteidigungsministerium vertreten viele Beamte sehr unterschiedliche Ansichten bezüglich des Raketenabwehrprogramms und der Zweckmäßigkeit eines weiteren Festhaltens am ABM-Vertrag. Indessen streiten sich verteidigungspolitische Falken und haushaltspolitische Falken im republikanisch kontrollierten Repräsentantenhaus weiter über die Kosten.

Ein Beispiel für diese Meinungsverschiedenheiten und auch für die gravierenden technologischen Probleme im Zusammenhang mit dem Programm ist der im November 2001 vom Mittelbewilligungsausschuss des Repräsentantenhauses gefasste Beschluss, das Satellitensystem, das im Hinblick auf Abwehrsysteme für Flugkörper großer Reichweite von entscheidender Bedeutung ist, nicht mehr zu fördern. Das weltraumgestützte Infrarotsystem (Low) liegt Jahre hinter dem ursprünglichen Zeitplan zurück, und die für das Programm veranschlagten Kosten sind laut Aussagen des Ausschusses allein im letzten Jahr von 10 Milliarden Dollar auf 23 Milliarden Dollar angestiegen. Das Pentagon sagt nun, dass die Raketenabwehr ohne die Satelliten nicht funktionieren kann. Die im Ausschuss vertretenen führenden Republikaner sagen dagegen, das Programm leide unter technischen und konzeptionellen Problemen und sei einfach zu kostspielig geworden.

Dies ist nur eines der zahlreichen Probleme, die von engagierten Befürwortern der Raketenabwehr mit Standardfloskeln über die technische Leistungsfähigkeit Amerikas beiseite geschoben werden. Es wird jedoch noch Jahre dauern, bis wir wissen, ob irgendein System tatsächlich funktioniert. Wie Verteidigungsminister Rumsfeld im Juli 2001 sagte: „Wir haben kein System. Wir haben keine Architektur. Wir haben auch keinen Entwurf für eine Architektur. Alles, was wir haben, ist eine Reihe sehr interessanter FuE- und Versuchsprogramme.“

Auch wenn der 11. September offenbar nichts an der Meinung der Befürworter bzw. Gegner geändert hat (und Sie und ich sind zwei hervorragende Beispiele dafür), so hat er doch das diplomatische, politische und finanzielle Umfeld tief greifend verändert. In dieser neuen Welt werden Raketenabwehrprogramme wahrscheinlich Kürzungen hinnehmen müssen. „Nie mehr werden Anhänger des nationalen Raketenabwehrsystems wie Präsident Bush noch im Mai

**Neue Raketenmächte könnten innerhalb von fünf Jahren nach einem diesbezüglichen Beschluss ein interkontinentales Raketendispositiv erwerben.**

**KEITH B. PAYNE**

behaupten können, ballistische Flugkörper in der Hand von Schurkenstaaten stellen „heutzutage die größte Bedrohung dar“, stellt Senator Levin fest. „Ballistische Flugkörper zählen nicht zum Instrumentarium von Terroristen...und Terroristen werden sich wahrscheinlich auch für künftige Anschläge keine ballistischen Flugkörper beschaffen. Wenn die Debatte über die Raketenabwehr wieder aufgenommen wird, müssen wir uns erneut klarmachen, dass jeder Dollar, den wir zur Abwehr der am wenigsten wahrscheinlichen Bedrohung – d.h. ballistischer Flugkörper – ausgeben, für den Kampf gegen die *wahrscheinlichste* Bedrohung, nämlich den Terrorismus, ein verlorener Dollar ist.“

Die Kosten des neuen Krieges gegen den Terrorismus steigen immer weiter an. Die Post braucht Milliarden, um ihre Einrichtungen zu desinfizieren; die Abwehr von Terroranschlägen mit biologischen Kampfstoffen wird zig Milliarden kosten; die Sicherheit der Flughäfen weitere Milliarden, und die militärischen Operationen allein werden schon die Hälfte der im September 2001 vom Kongress bewilligten Sofortgelder in Höhe von 40 Milliarden Dollar verschlingen. Die Raketenabwehr wird nun mit neuen Verteidigungserfordernissen konkurrieren müssen, von denen die Amerikaner die meisten als dringendere Aufgaben betrachten. Hier handelt es sich nicht um hypothetische „Was wäre wenn“ – Gefahren, sondern um reale Bedrohungen, die bereits eingetreten sind und sich wiederholen könnten.

Heimatschutz bedeutet eine bessere Sicherung entscheidender Infrastruktureinrichtungen, einschließlich Dämmen, Atomreaktoren, chemischer Fabriken, Brücken, Tunnel und Stadien. Dabei geht es nicht nur um das Anlegen von Impfstofflagern, wie der Präsident sie haben will, sondern um die Bereitstellung von Geldern für Notdienst-einrichtungen und Krankenhäuser (mehr Personal, Ausbildung und Spirausrüstung), wie der Kongress es wünscht. Der Heimatschutz hat bereits dazu geführt, dass die Vereinigten Staaten derzeit einen Krieg an zwei Fronten führen – in Afghanistan sowie in den

Flughäfen und Postämtern Amerikas. Die Raketenabwehr ist für beide Fronten irrelevant. Hier geht es um etwas ganz Neues.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Joseph

**Lieber Joseph,**

Sie bestreiten meine Aussage, dass es einen politischen Konsens dafür gibt, der Raketenabwehr im Verteidigungshaushalt Priorität einzuräumen, und zitieren dabei den Abgeordneten des Repräsentantenhauses, John Spratt, sowie Senator Carl Levin. Selektive Zitate vermitteln in der Regel einen begrenzten Einblick, aber wenn Sie diese Art von Beweisführung schätzen, sollte ich wohl folgende Kommentare gerade dieser beiden führenden Kongressmitglieder zitieren.

Im Gegensatz zu Ihrem Hinweis, dass es keine „nachweisbare“ Bedrohung durch Raketen großer Reichweite gibt, hat John Spratt erklärt: „Meiner Meinung nach besteht und wächst die Gefahr eines versehentlich oder von Unbefugten oder von Schurkenstaaten ausgelösten Raketenangriffs, und ich würde es für vernünftig halten, zum Schutz vor dieser Gefahr über ein Raketenabwehrsystem zu verfügen.“ Und trotz Ihrer Behauptung, es gebe nur für ein System zur Abwehr von Flugkörpern kurzer Reichweite allgemeine Unterstützung, befürwortet John Spratt die Raketenabwehr generell: „Ich meine schon lange, dass ein bodengestütztes Abwehrsystem mit zwei Standorten vorerst die beste Maßnahme ist, die wir treffen können.“

Gleichermaßen hat Senator Carl Levin erklärt: „Auch ich verfolge das Ziel, die Bevölkerung Amerikas wirksam vor der zunehmenden Gefahr eines von Schurkenstaaten ausgehenden Angriffs mit Flugkörpern großer Reichweite zu schützen.“ Und zur weiteren Abstützung meiner Argumentation möchte ich darauf hinweisen, dass Senator Joseph Lieberman, der demokratische Vizepräsidentenskandidat bei den letzten Wahlen, einmal festgehalten hat: „Wir brauchen das nationale Raketenabwehrsystem. Wir sind mit einer realen, wachsenden Gefahr konfrontiert, der wir mit unseren konventionellen Streitkräften nicht gewachsen sind und die wir nicht unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen durch Abschreckung abwehren können.“

Ferner führen Sie an, die Terroranschläge vom 11. September hätten in politischen

Kreisen die Unterstützung für die Raketenabwehr geschwächt. Der jüngste und deutlichste Beweis für das Gegenteil besteht in der Bilanz der tatsächlich verabschiedeten Gesetze. Im Bericht des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses, der kurz vor dem 11. September 2001 veröffentlicht wurde, hieß es: „Der Ausschuss billigt den Ansatz des Präsidenten für die Abwehr ballistischer Flugkörper und begrüßt, dass das vorgeschlagene Raketenabwehrprogramm Pläne für ein abgestuftes Verteidigungssystem und realistische Versuchsreihen umfasst sowie ein breites Spektrum von Technologien in die Überlegungen einbezieht. Daher unterstützt der Ausschuss das Raketenabwehrprogramm der Regierung mit leichten Änderungen und empfiehlt die Bereitstellung von 8,2 Milliarden Dollar, d.h. 2,9 Milliarden Dollar mehr als im Haushaltsjahr 2001, für die weitere Entwicklung von Abwehrsystemen für ballistische Flugkörper.“ Am 25. September 2001 verabschiedete dann schließlich das Plenum des Repräsentantenhauses mit der überwältigenden Mehrheit von 398 zu 17 Stimmen das Gesetz für den Verteidigungsetat 2002. Darin sind 7,9 Milliarden Dollar für die Raketenabwehr vorgesehen, mehr als 2,5 Milliarden Dollar mehr als 2001 und fast eine Milliarde mehr als im Haushaltsentwurf der Regierung für 2002. Der endgültige Etat für die Raketenabwehr wird natürlich vom Ergebnis der Beratungen zwischen dem Senat und dem Repräsentantenhaus abhängig sein, und der Senat hat geringere Ausgaben vorgeschlagen. Es ist aber schon klar, dass der Etat für die Raketenabwehr gegenüber 2001 deutlich steigen wird.

Der von mir beschriebene Konsens hat gehalten, und das aus gutem Grund. Der 11. September hat die Öffentlichkeit und die Politiker eben nicht von ihrer einvernehmlichen Unterstützung der Ausgaben für die Raketenabwehr abbringen können. Stattdessen hat er gezeigt, wie arrogant und dumm die Haltung ist, der zufolge „sie einen Angriff auf uns nicht wagen würden“, und wie ernst daher die Bedrohung durch ballistische Flugkörper zu nehmen ist. Die Vereinigten Staaten brauchen nicht zugunsten der Finanzierung anderer Programme auf die Raketenabwehr zu verzichten. Hier geht es nicht um eine Entweder-Oder-Entscheidung, wie Sie es darstellen wollen. Wie der zu erwartende Raketenabwehretat und die jüngste Bewilligung von 40 Milliarden Dollar für Sofortmaßnahmen zur Terrorismusbekämpfung zeigen, werden die Vereinigten Staaten die erforderlichen Ver-

teidigungsfähigkeiten im Hinblick auf ein breites Spektrum von Gefahren einschließlich Raketenangriffen finanzieren.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Keith

### Lieber Keith,

der amerikanische Kongress, die NATO, Russland, Sie und ich – wir alle befürworten Raketenabwehrsysteme. Dieser scheinbare Konsens wird jedoch von großen Risiken durchzogen. Es hängt nämlich alles davon ab, wie man „Raketenabwehr“ definiert. Die meisten unterstützen diesbezügliche Forschungsprojekte, Abwehrsysteme für Flugkörper kurzer Reichweite und die Auslotung aller Optionen der Landesverteidigung. Weite Kreise wenden sich jedoch dagegen, den ABM-Vertrag zu kündigen und im Hauruckverfahren irgendwelche unwirksamen Abfangsysteme zu stationieren.

Der Etat für die Raketenabwehr ist in diesem Jahr wirklich sehr angeschwollen, aber jetzt hat er vielleicht auch seinen Höchststand erreicht. Überall in den Vereinigten Staaten und in Europa sprechen sich Politiker und die Medien mit überwältigender Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Vertragswerks aus, das mehr als 50 Jahre lang dazu beigetragen hat, die Sicherheit unserer Staaten mit vertretbaren Haushalten zu gewährleisten. *USA Today*, die Zeitung mit der höchsten Auflage in den Vereinigten Staaten, meinte beispielsweise in einem Leitartikel vom 22. Oktober 2001: „Das Raketenabwehrprogramm ist ein peinlicher Beweis dafür, dass die Vereinigten Staaten in den letzten zehn Jahren viel Zeit und Geld auf die von allen Bedrohungen am wenigsten wahrscheinliche Gefahr verwendet haben, nämlich die Gefahr, dass ein Schurkenstaat zum nationalen Selbstmord bereit ist und eine Rakete mit nuklearem Gefechtskopf abschießt. Vernachlässigt wurde die dringendere Gefahr, die von Terroristen mit bescheidenen finanziellen Mitteln, aber reicher Phantasie ausgeht.“

Im Rahmen eines Etats von 9,7 Milliarden Dollar für Antiterrormaßnahmen insgesamt hat die amerikanische Bundesregierung im Haushaltsjahr 2002 1,7 Milliarden Dollar zur Bekämpfung des Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen angesetzt. Wir werden jedoch, wie Sie gesagt haben, 7,9 Milliarden Dollar für die Raketenabwehr ausgeben. Hier müssen wir für ein besseres Gleichgewicht sorgen.

Kaum jemand zweifelt daran, dass Osama bin Laden, hätte er eine Nuklearwaffe, diese auch einsetzen würde. Aber woher sollte er eine bekommen? Am ehesten aus den riesigen, schlecht gesicherten Material- und Waffenlagern sowie Wissensvorräten in Russland und anderen ehemaligen sowjetischen Republiken, von denen manche weniger als 800 km von Afghanistan entfernt sind. Deshalb ist es so wichtig, die 20 000 russischen Nuklearwaffen und 1 100 Tonnen spaltbaren Materials sicherzustellen und zu beseitigen sowie Arbeitsplätze für Tausende von arbeitslosen Kernphysikern und Spezialisten für biologische Kampfstoffe zu finden. Die Summe von jährlich 700 Millionen Dollar, die zur Verringerung der militärischen Bedrohung von der amerikanischen Regierung für Kooperationsprogramme mit Russland ausgegeben wird, sollten wir verdreifachen (und die EU dazu bewegen, allmählich einen ernsthafteren finanziellen Beitrag zu leisten.). In diesem Fall könnten wir innerhalb von acht Jahren einen Großteil der militärischen Bedrohung beseitigen.

Deshalb ist es auch so tragisch, dass das Treffen zwischen Bush und Putin in Crawford scheiterte. Trotz aller guten Laune und aller erlesenen Speisen blieb die neue strategische Rahmenvereinbarung eine leere Worthülse. Die Chance, verbindliche Abrüstungsregelungen unter Dach und Fach zu bringen und die russischen Arsenale vor terroristisch motivierten Diebstählen zu schützen, wurde wegen der von Ihnen und anderen vertretenen Positionen verpasst. Meinungsverschiedenheiten über ein Raketenabwehrsystem, das nur auf dem Papier besteht, verhinderten Fortschritte bei der Verringerung echter nuklearer Gefahren.

Auch wenn das internationale Antiterrorbündnis die Al-Qaida-Organisation sowie ihre amerikanischen und europäischen Zellen zerschlägt, wird die Gefahr von Terroranschlägen nicht völlig beseitigt sein. Terroristen werden immer versuchen, sich Massenvernichtungswaffen zu beschaffen. Die beste Verteidigung dagegen besteht darin, dass wir das Angebot verringern. Dies ist letztlich der Punkt, an dem unsere Ansichten auseinander gehen. Die Raketenabwehr spielt eine bestimmte Rolle im Rahmen einer umfassenden Verteidigungsstrategie. Für Sie spielt sie die Hauptrolle, während sie für mich eine Nebenrolle in einem größeren und dringlicheren Drama spielt.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Joseph

### Lieber Joseph,

Ihre Befürwortung der Raketenabwehr und ihre Zustimmung zu meinem ersten Argument, dem zufolge in Amerika ein politischer Konsens bezüglich der vorrangigen Behandlung von Ausgaben für die Raketenabwehr besteht, begrüße ich. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass dieser politische Konsens abbröckelt. Jüngste Meinungsumfragen des Forschungszentrums Pew zeigen z.B., dass die ohnehin stark ausgeprägte öffentliche Unterstützung für Verteidigungsausgaben und ein Raketenabwehrsystem nach dem 11. September sogar noch zugenommen hat.

Wir sind uns darin einig, dass die Raketenabwehr nur ein Element einer Vielzahl von Sicherheitserfordernissen der Vereinigten Staaten und ihrer Bündnispartner darstellt. Das Raketenabwehrsystem ist jedoch von zentraler Bedeutung, und man muss sich weder in finanzieller noch in operativer Hinsicht unbedingt zwischen diesem System und anderen Sicherheitserfordernissen entscheiden. Der Kongress wird natürlich und ganz richtig die Raketenabwehr und zugleich auch andere Erfordernisse finanzieren. Das jüngste Antiterrorpaket in Höhe von 40 Milliarden Dollar wird beispielsweise auf bestehenden zivilen und militärischen Gegenmaßnahmen aufbauen.

Wir stimmen auch im Hinblick darauf überein, dass wir ein besseres Gleichgewicht brauchen. Das jetzige „Ungleichgewicht“ besteht jedoch im totalen Fehlen einer Raketenabwehr, in der totalen Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten und ihrer Bündnispartner bei Raketenangriffen. Keine andere Art der Verwundbarkeit ist mit soviel Gleichmut hingenommen worden. Wir werden versuchen, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen, so dass ein künftiger Flugkörper mit biologischem oder atomarem Gefechtskopf Amerika nicht so unvorbereitet treffen kann wie die Anschläge des 11. Septembers. Die Raketenabwehr jetzt angesichts einer sich klar abzeichnenden Bedrohung durch Flugkörper nicht voranzutreiben wäre ein ebenso großes Ver-

**Die Raketenabwehr wird nun mit neuen Verteidigungserfordernissen konkurrieren müssen, von denen die Amerikaner die meisten als dringendere Aufgaben betrachten.**

**JOSEPH CIRINCIONE**

**Das Raketenabwehrsystem ist von zentraler Bedeutung, und man muss sich nicht unbedingt zwischen ihm und anderen Sicherheitserfordernissen entscheiden.**

**KEITH B. PAYNE**

säumnis wie die Einstellung der von Ihnen zu Recht befürworteten Nichtverbreitungs- und Antiterrormaßnahmen.

Ihre Beschreibung des Gipfeltreffens in Crawford finde ich seltsam. In einer völlig kongenialen Atmosphäre wurden offensichtlich alte Feindschaften überwunden. Unter Beibehaltung aller gültigen START-Obergrenzen und Verifikationsmaßnahmen kündigte Präsident Bush einen beispiellosen Abbau der amerikanischen nuklearen Streitkräfte an, und der russische Präsident Wladimir Putin folgte seinem Beispiel. Dieser Durchbruch wurde nur dadurch möglich, dass man den archaischen Verhandlungsstil des Kalten Krieges hinter sich ließ. Manch einer beklagte das Ende der für den Kalten Krieg typischen Verhandlungsstrategie, aber sie war ein Hindernis für freundschaftlichere politische Beziehungen und entsprechende nukleare Abrüstungsschritte geworden. Zudem bemühte sich Präsident Bush in Crawford und auch schon vorher eindeutig um eine einvernehmliche Lösung der Probleme im Zusammenhang mit dem ABM-Vertrag, und Präsident Putin bewies hier erhebliche Flexibilität. Diese einvernehmliche Lösung scheint zum Bedauern einiger Kritiker der Raketenabwehr bereits in Aussicht zu sein. Das Treffen in Crawford leitete ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland ein, und das ist nur gut so.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Keith

**Lieber Keith,**

nicht der „archaische“ Rüstungskontrollprozess hat die nukleare Abrüstung verhindert, sondern die republikanische Mehrheit im Kongress. Die Republikaner verabschiedeten Gesetze, die Präsident Clinton an Schritten hinderten, die Präsident Bush nun doch unternommen hat. Die Republikaner blockierten die Bemühungen Präsident Clintons und Präsident Boris Jelzins um eine beiderseitige Reduzierung auf 2 000 bis 2 500 Gefechtsköpfe. Die Vereinigten

Staaten und Russland waren sich einig, aber sie bekamen nicht die Zustimmung des Kongresses.

Präsident Bush hat sich im Wesentlichen an das 1997 von Clinton und Jelzin vereinbarte Ziel gehalten; es fehlt lediglich die Verifikation, die ein Vertrag gewährleisten würde. Seine Zahl (1 700-2 200) ist nur niedriger, weil er Gefechtsköpfe an Bord von U-Booten und Bombern während der Wartungszeiten nicht mehr als „disloziert“ zählt. Da immer ein bis zwei U-Boote mit jeweils 192 Gefechtsköpfen gewartet werden und nicht im Einsatz sind, reduziert sich auf wunderbare Weise die Zahl, ohne dass sich die Streitkräftestärke ändert. Dieser „Durchbruch“ ist somit weniger bedeutend, als es den Anschein hat.

Das Gleiche gilt für die Raketenabwehr. Sie wollen dieses Programm unbedingt mit der Aura eines großartigen Konsenses, eines nachdrücklichen Wunsches der Öffentlichkeit umgeben. Aber nichts davon ist wirklich vorhanden. Wir sollten diese jahrzehntealte Debatte hinter uns lassen. Stattdessen können Sie und ich und die übrigen NATO-Staaten uns auf Folgendes einigen. Wir sollten ein rigoroses Versuchsprogramm für die Raketenabwehr verfolgen, das über simple Demonstrationsversuche hinausgeht und echte Kampfbedingungen mit mehreren Zielen sowie mit realistischen Attrappen und realistischen Wiedereintrittsgeschwindigkeiten schafft. Wenn ein derartiges Abwehrsystem funktioniert, können wir kooperative Stationierungspläne erarbeiten, mit denen die Sicherheit der Vereinigten Staaten erhöht und nicht durch die Auslösung neuer Konflikte verringert wird.

Was wir brauchen, sind lediglich leichte Änderungen des ABM-Vertrags. Die Russen sind bereit, ein neues Testgelände in Alaska und die Erprobung von Radarsystemen an Bord von Schiffen der Ägäis-Klasse zuzulassen – die beiden Bereiche, in denen die derzeitigen Versuche den Vertrag verletzen. Wie der amerikanische Außenminister Colin Powell gegenüber dem Nachrichtenmagazin *The New York Times* erklärte: „Wir können dies nicht auf der Grundlage persönlicher Beziehungen tun. Unsere langfristigen nationalen Interessen müssen die Grundlage bilden.“ Und dies bedeutet laut Powell, dass man die Regelung „irgendwie vertraglich festschreibt“.

Nach Beendigung des Streits über den ABM-Vertrag wird aus der Raketenabwehr lediglich ein weiteres Programm, das um

Finanzmittel konkurriert und nur aufgrund seiner eigenen Pluspunkte überleben kann. Wir werden das internationale Antiterrorbündnis aufrechterhalten und die nationale Geschlossenheit wahren, die wir derzeit erleben. Dann können wir zusammenarbeiten, um die Gefahren zu verringern, denen wir übereinstimmend höchste internationale Priorität beimessen.

*Mit freundlichen Grüßen*  
Joseph

**Zusammenfassung:** Die beiden Diskussionspartner sind sich darin einig, dass die Ereignisse des 11. Septembers die Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten und ihrer Bündnispartner im Zusammenhang mit einem breiten Spektrum von Sicherheitsgefahren, die dringende Aufmerksamkeit und eine Erhöhung der Ausgaben erfordern, deutlich hervortreten lassen haben. Sie begrüßen auch, dass der Kongress im September 2001 ein Antiterrorpaket in Höhe von 40 Milliarden Dollar bewilligt hat und dass bei der Bewältigung der derzeitigen Krise ein parteiübergreifender Ansatz verfolgt wird. Unterschiedliche Ansichten vertreten sie jedoch in der Frage, ob die 7,9 Milliarden Dollar, die im Haushaltsjahr 2002 für die Raketenabwehr eingeplant sind, auf diese Weise optimal genutzt werden. Aus der Sicht Keith B. Paynes ist es von entscheidender Bedeutung, jetzt zu investieren und so ein ungeheuer großes Sicherheitsdefizit zu beseitigen, nämlich die Bedrohung durch Interkontinentalraketen, auf die 1998 die Rumsfeld-Kommission schon hinwies. Zudem gebe es keinen Konflikt zwischen Ausgaben für die Raketenabwehr und Ausgaben für andere vorrangige Bereiche. Aus der Sicht Joseph Cirinciones hat die Raketenabwehr aufgrund der Kosten, der technischen Durchführbarkeit, des Ausmaßes der Bedrohung und der strategischen Konsequenzen geringere Bedeutung als Bereiche wie die Abwehr von Terroranschlägen mit biologischen Kampfstoffen, Sicherheit der Flughäfen, Abschreckung und Kooperationsprogramme zur Verringerung der militärischen Bedrohung – Bereiche, in denen sofort etwas unternommen werden müsse.

**Die Raketenabwehr spielt eine Nebenrolle in einem größeren Drama.**

**JOSEPH CIRINCIONE**

# Neubewertung der Bündnis-systeme des Kalten Krieges

*Petr Lunak prüft, inwiefern Akten aus Archiven des Warschauer Paktes die bisherigen Auffassungen von den Bündnissystemen des Kalten Krieges beeinflussen und in Frage stellen.*

Die Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges ist für die damit befassten Historiker besonders aufschlussreich gewesen. Während Forscher normalerweise mehrere Jahrzehnte warten müssen, bevor geheime Akten öffentlich zugänglich gemacht werden, folgte dem Ende des Ostblocks die Öffnung von Archiven einiger ehemaliger Staaten des Warschauer Paktes, wodurch sich bisher ungeahnte Forschungsmöglichkeiten ergeben haben. 1999 wurde ein internationales Projekt mit dem Titel „Parallel History of NATO and the Warsaw Pact“ eingeleitet, in dessen Rahmen Wissenschaftler aus Ost und West eine Bilanz der Politik der beiden Bündnissysteme während des Kalten Krieges aufstellen sollen. Dabei werden zentrale Streitpunkte – wie die Art der Bedrohung durch den Warschauer Pakt, die relative Bedeutung der atomaren Abschreckung und die Gründe für den Zusammenbruch des Ostblocks erneut geprüft sowie neues Material analysiert, das die bisher üblichen Auffassungen in Frage stellt.

Traditionell ist die Ansicht vertreten worden, die Gefahr des Übergangs von einem kalten zu einem heißen Krieg sei Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts nach der Invasion Nordkoreas in Südkorea am größten gewesen. So schrieb Konrad Adenauer in seinen Memoiren, Stalin habe für Westdeutschland die gleiche Vorgehensweise geplant wie in Korea. Die Auffassung, ein sowjetischer Einmarsch in Westeuropa stehe kurz bevor, wurde in den 50er Jahren wirklich von vielen Historikern vertreten, u.a. in *Dans les Archives du Comité Central: Trente ans de secrets du Bloc Soviétique* (Michel, 1978) von Karel Kaplan, der damals aus der Tschechoslowakei emigriert war. Kaplan stützte seine These auf ein Interview mit dem einstigen tschechoslowakischen Verteidigungsminister Alexej Cepicka und schrieb, Stalin habe die kommunistischen Regierungschefs Osteuropas im Januar 1951 auf einer Tagung in Moskau aufgefordert, eine Invasion Westeuropas vorzubereiten.

Diese Deutung der Ereignisse ist später von zahlreichen Forschern in Frage gestellt worden. In der Überzeugung, dass die Sowjetunion nie ein wirklich gefährlicher Gegner gewesen sei, gelangte beispiels-



Kalte Krieger: Das Projekt *Parallel History of NATO and the Warsaw Pact* hat Wissenschaftler aus Ost und West zusammengeführt.

weise der aus der Tschechoslowakei stammende amerikanische Historiker Vojtech Mastny in *The Cold War and Soviet Insecurity: The Stalin Years* (Cambridge University Press, 1996) zu dem Schluss, Stalin habe als Reaktion auf eine Reihe westlicher Niederlagen in Korea einen Angriff des Westens in Europa befürchtet. Mastny meinte daher, was andere als Aufforderung zur Vorbereitung eines Angriffs auf

den Westen verstanden hatten, müsse in Wirklichkeit als Aufruf zur Verteidigung des Ostens betrachtet werden.

Neues Material, das in den Archiven des ehemaligen Ostblocks gefunden wurde, scheint die Argumentation Vojtech Mastnys zu stützen. Insbesondere scheinen die Aufzeichnungen zur Moskauer Tagung vom Januar 1951, die vom rumänischen Verteidigungsminister Emil Bodnaras gemacht und vor kurzem in Bukarest entdeckt wurden, den defensiven Charakter der Absichten Stalins zu bestätigen. Diese Deutung wird auch dadurch untermauert, dass damals keinerlei Vorbereitungen für eine Invasion Westeuropas getroffen wurden. So konzentrierten sich die Streitkräfte aller kommunistischen Staaten Europas bis weit in die 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts auf die Landesverteidigung. Aus den tschechoslowakischen Archiven geht z.B. hervor, dass militärische Übungen zwar gelegentlich offensive Operationen umfassten, aber diese fast nie außerhalb der Tschechoslowakei stattfanden. In den wenigen Fällen, in denen Vorstöße auf fremdes Gebiet ins Auge gefasst wurden, geschah dies höchstens im Rahmen eines erfolgreichen Gegenangriffs.

Die tschechoslowakischen Archive mögen vielleicht nur Indizien liefern, doch die vor kurzem in Polen gefundenen Dokumente bieten einen überzeugenderen Beweis für den defensiven Kurs des damaligen Ostblocks. Der polnische Kriegsplan von 1951, der erarbeitet wurde, als der sowjetische Marschall Konstantin Rokossowskij Verteidigungsminister Polens war, beruhte eindeutig auf der Annahme, dass eine militärische Invasion des Westens unvermeidbar sei, und konzentrierte sich daher auf defensive Maßnahmen im polnischen Hoheitsgebiet. Da östliche Militärstrategen stets von der Erinnerung an den Überraschungsangriff der deutschen Nationalsozialisten von 1941 verfolgt wurden, konnten sie sich den nächsten Krieg nur als Resultat eines westlichen Angriffs vorstellen. In einer Zeit, in der die westlichen Entscheidungsträger unablässig vor der sowjetischen Bedrohung warnten, war es also paradoxerweise das wichtigste Ziel der militärischen Planungsexperten des Ostens, die vermeintlich kurz bevorstehende Invasion des Westens abzuwenden.

---

*Petr Lunak ist Redakteur des Informations- und Pressedienstes der NATO (Arbeitsschwerpunkt: Öffnung der NATO) und nimmt als tschechischer Forscher an dem Projekt „Parallel History of NATO and the Warsaw Pact“ teil.*

---

Wenn die sowjetischen Absichten Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts nun als weniger ehrgeizig erscheinen, als man früher annahm, sind dann diejenigen gerechtfertigt, die damals in Frage stellten, dass sich der Westen bemühen müsse, mit Hilfe der NATO den vermeintlich kurz bevorstehenden sowjetischen Angriff zu verhindern? Will man dies entscheiden, so sind zunächst mehrere weitere Faktoren in Betracht zu ziehen. Erstens wussten die damaligen westlichen Regierungschefs nicht, was wir heute wissen. Zweitens wissen wir zwar, dass Stalin in Europa nicht noch einmal die Koreastrategie anwenden wollte, aber es ist nicht klar, ob er diese Haltung auch vertreten hätte, wenn es die NATO nicht gegeben hätte. Im Sommer 1950 beruhte seine Entscheidung zugunsten des Angriffs auf Südkorea, nachdem der damalige amerikanische Außenminister Dean Acheson die koreanische Halbinsel öffentlich aus der Sicherheitssphäre der Vereinigten Staaten ausgeschlossen hatte, sogar wahrscheinlich auf einer Fehleinschätzung der zu erwartenden amerikanischen Reaktion. Als die Vereinigten Staaten dann in Korea intervenierten, konnte Stalin fast sicher sein, dass sie auch ihren Verpflichtungen aus dem Washingtoner Vertrag in Europa nachkommen würden. Selbst wenn die Existenz der NATO den kommunistischen Angriff auf Korea nicht verhindern konnte, so war das Bündnis doch nach der Koreakrise eine für den Westen unerlässliche Versicherungspolice.

Die Verlagerung von einer defensiven zu einer offensiven Denkweise scheint im Warschauer Pakt paradoxerweise genau in der Zeit nach dem Tod Stalins stattgefunden zu haben, die traditionell als eine Periode verbesserter Ost-West-Beziehungen betrachtet worden ist.

Diese Kursänderung war eng mit einer Neubewertung der Rolle von Atomwaffen verbunden. Stalin war zwar sehr am Erwerb von Atomwaffen interessiert gewesen, aber er hatte sie u.a. wegen ihrer geringen Anzahl nicht als entscheidenden strategischen Faktor betrachtet. Erst nach Stalins Tod begannen sowjetische Strategen allmählich, die Auswirkungen eines Atomkriegs zu erörtern, obwohl Nuklearwaffen schon damals den Eckstein der NATO-Doktrin der massiven Vergeltung bildeten. So wurden Atomwaffen erst Mitte der 50er Jahre etwas verspätet in die strategische Planung der osteuropäischen Armeen einbezogen. Eine hervorragende Darstellung der diesbezüglichen Diskussion und ihrer Ergebnisse findet sich in *War and the Soviet Union: Nuclear Weapons and the Revolution in Soviet Military and Political Thinking* (Praeger, 1959) von Herbert Dinerstein und in *Soviet Strategy in the Nuclear Age* (Praeger, 1958) von Raymond Garthoff.

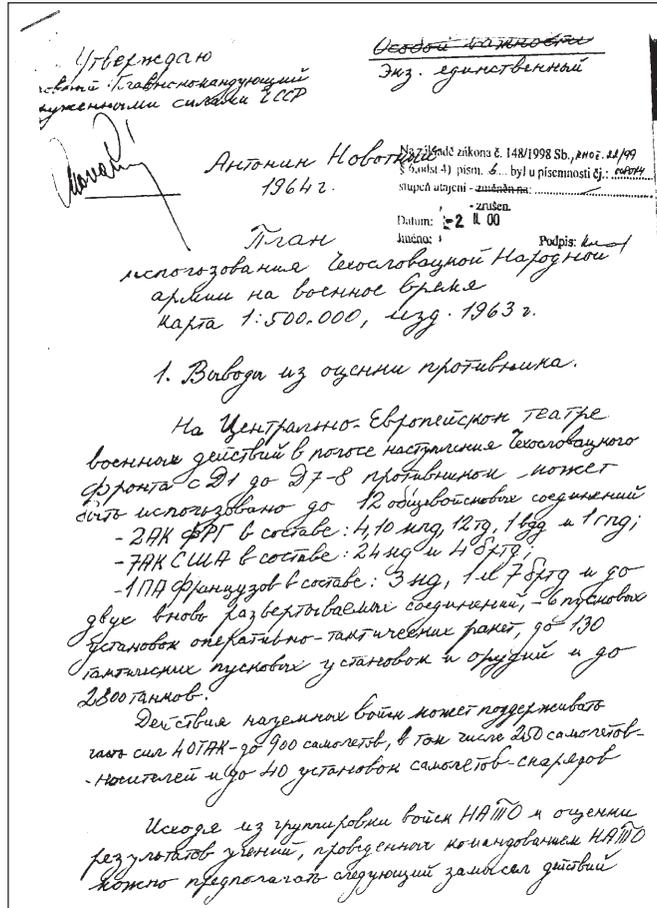
Wie diese und andere Autoren dargelegt haben, bestanden zwischen Ost und West grundlegende Unterschiede bezüglich der Ansichten zu einem atomaren Konflikt und dessen potentiellen Folgen. In den Augen damaliger sowjetischer Militärexperten bestimmten Atomwaffen die Geschwindigkeit eines Krieges, aber nicht dessen Charakter insgesamt. Da Atomwaffen die verschiedenen Kriegphasen erheblich verkürzten, war es laut der Argumentation sowjetischer Strategen erforderlich, durch einen massiven atomaren und konventionellen Präventivschlag die Initiative an sich zu reißen. Während westliche Planungsexperten über einen ersten massiven nuklearen Schlag hinaus nie weitere Schritte ins Auge fassten (wie dies aus den von Gregory Pedlow redigierten *NATO Strategy Documents: 1949-1969* (NATO, 1997) hervorgeht), meinten sowjetische Strategen, ihr

massiver Präventivschlag werde den Weg für eine Bodenoffensive frei machen. In der Überzeugung, einen Atomkrieg gewinnen zu können, betrachtete der Ostblock einen derartigen Konflikt in seinen Operationsplänen als realistisches Szenario, wodurch die Wirksamkeit der westlichen Abschreckungsstrategie verringert und ein Krieg auf gefährliche Weise wahrscheinlicher gemacht wurde.

Diese militärische Skrupellosigkeit wird auch in einem Plan deutlich, den ich in den Prager Militärarchiven entdeckt habe und dessen Einzelheiten auf der Website der *Parallel History of NATO and the Warsaw Pact* zu finden sind; sie werden in einer der nächsten Ausgaben des *International Cold War History Bulletin* untersucht werden. Laut diesem Dokument von 1964 sahen die damaligen tschechoslowakischen und sowjetischen Militärplaner vor, innerhalb von wenigen Tagen nach dem Ausbruch eines Krieges nach Frankreich vorzustoßen.

Ben, am neunten Tag Lyon einzunehmen und Westeuropa in ein nukleares Inferno zu verwandeln.

In diesem tschechoslowakischen Plan von 1964 wurde die Möglichkeit eines nichtatomaren Krieges in Europa nicht berücksichtigt, und man nahm an, der Krieg würde mit einem massiven atomaren Angriff des Westens beginnen. Der Plan, der in der Zeit der Entspannungspolitik nach dem Abschluss der ersten Rüstungskontrollübereinkunft (Vertrag von 1963 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen) abgefasst worden war, machte deutlich, dass die damalige sowjetische Führung weiterhin an leninistischen Vorstellungen über einen aggressiven Westen festhielt – Ansichten, die bis weit in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts von führenden sowjetischen Politikern und ihren osteuropäischen Bündnispartnern vertreten wurden. Der Plan hat gewissermaßen Enthüllungskarakter, denn



Der tschechoslowakische Kriegsplan von 1964.

anscheinend konnte die NATO-Doktrin der flexiblen Reaktion, mit der durch die Begrenzung eines möglichen Konflikts auf ein mutmaßlich kontrollierbares Niveau die Glaubwürdigkeit der Abschreckung gestärkt werden sollte, die sowjetischen Militärs nicht von der Auffassung abbringen, dass sie einen Atomkrieg gewinnen könnten. Zudem wird deutlich, dass sich die sowjetische Seite nicht der Illusion hingab, es sei möglich, entweder einen konventionellen oder einen begrenzten nuklearen Krieg zu führen.

Obwohl die atomare Überlegenheit der Vereinigten Staaten die sowjetische Führung während der beiden bedeutendsten Krisen des Kalten Krieges (Berlin 1961 und Kuba 1962) nicht von gewagten nuklearen Gratwanderungen abhalten konnte, hat man den Abschreckungseffekt der westlichen Nuklearwaffen im Allgemeinen doch als Selbstverständlichkeit betrachtet. Wie John Mueller in *Retreat from Doomsday: The Obsolescence of Major War* (Basic Books, 1989) darlegt, scheint jedoch die westliche Strategie der nuklearen Abschreckung weder die einzig denkbare, noch die verlässlichste Methode zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges gewesen zu sein.

Laut den im Rahmen des Projekts der *Parallel History* entdeckten Dokumenten hat sich die Sowjetunion in den letzten zehn Jahren des Kalten Krieges anscheinend sogar weniger über die genaue

Zahl der Atomwaffen auf den beiden Seiten als vielmehr zunehmend darüber Gedanken gemacht, dass sie bei den konventionellen Waffen und insbesondere auf dem Gebiet hoch entwickelter Präzisionswaffen ins Hintertreffen geriet, wo sie doch einmal unumstritten die Führung hatte. Obwohl die Debatte über die Wirkung der westlichen Abschre-

ckungsstrategie auf die Sowjetunion noch nicht entschieden ist, scheinen die konventionellen Waffen des Westens und die deutliche Bereitschaft zu ihrem Einsatz mindestens ein ebenso wirksames Abschreckungsinstrumentarium geboten zu haben wie die Androhung eines nuklearen Armageddons.

Kann man mit Fug und Recht sagen, dass der Ostblock unter der Last seiner eigenen Fehler zusammenbrach und der Westen dabei nur am Rande eine Rolle spielte? Oder war der Westen oder – genauer gesagt – die NATO dafür ausschlaggebend? Hierauf lässt sich vielleicht nur eine recht subtile Antwort geben. So führt Vojtech Mastny in seinem ausgezeichnet rechenierten Artikel *Learning from the Enemy: NATO as a Model for the Warsaw Pact* (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 58, 2001) aus, dass die NATO nicht nur ein Gegner war, sondern dem Warschauer Pakt in vielerlei Hinsicht auch als Modell für die Bewältigung seiner Dauerkrise diente. Wie Mastny zeigt, verschärften die verschiedenen Versuche, es der NATO gleichzutun, diese Krise jedoch letztlich nur noch mehr.

Der Unterschied zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt war ebenso offensichtlich wie entscheidend. Die NATO wurde auf Bitten westeuropäischer Regierungen gegründet und war trotz der unumstrittenen Führungsrolle der Vereinigten Staaten eine Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten. Im Gegensatz dazu war der War-

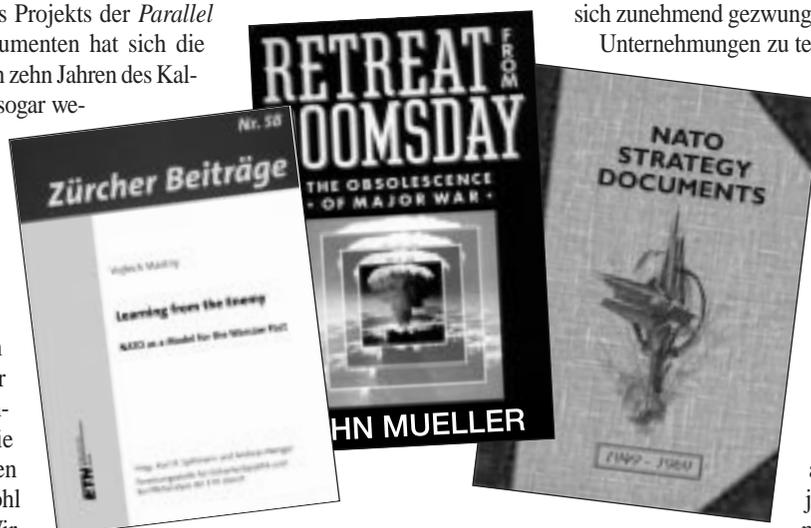
schauer Pakt das Werk der Sowjetunion, in dem die anderen Mitglieder ursprünglich nur einen minimalen Einfluss hatten. Als Nikita Chruschtschow den Warschauer Pakt 1955 angeblich als Reaktion auf den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO ins Leben rief, war diese Entscheidung vor allem ein taktisches Manöver. Chruschtschow glaubte, durch den Vorschlag zur gleichzeitigen Auflösung beider Bündnisse könne er die NATO aus der Welt schaffen und zugleich ein System bilateraler Verteidigungsverträge mit den osteuropäischen Staaten beibehalten.

Trotzdem wurde es für die sowjetische Führung, nachdem der Warschauer Pakt erst einmal gegründet worden war, immer schwieriger, den Versuchen ihrer osteuropäischen Bündnispartner entgegenzutreten, den Pakt zu einem echten Bündnis ähnlich der NATO zu machen. Als die ersten Reformversuche zu keinerlei greifbaren Ergebnissen führten, dämpfte das sowjetische Unvermögen, den Bündnispartnern mehr Gleichberechtigung zuzubilligen, deutlich den Enthusiasmus einiger osteuropäischer Staaten für das neue Bündnis. Die osteuropäischen Bündnispartner der Sowjetunion sahen sich zunehmend gezwungen, die Risiken sowjetischer Unternehmungen zu teilen, ohne bei deren Durch-

führung mitreden zu können. Nach der Kubakrise von 1962 wissen wir nun, dass Bukarest Washington die geheime Mitteilung machte, es beabsichtige im Fall eines nuklearen Konflikts neutral zu bleiben. Mastny erläutert, die Sowjetunion habe zwar gezögert, ihren osteuropäischen Partnern mehr Einfluss zu gewähren als unbedingt nötig, sei sich jedoch angesichts des zunehmenden rumänischen Widerstands und nach der Invasion

in der Tschechoslowakei (1968) der Notwendigkeit bewusst gewesen, ihren Verbündeten ein gewisses Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Die diesbezüglichen Reformen führten jedoch nur teilweise zum Erfolg. Die Sowjetunion versuchte zwar, dem Wunsch ihrer Bündnispartner nach mehr Gleichberechtigung im Warschauer Pakt gerecht zu werden, aber es wurde schnell klar, dass sie ihren Partnern nicht das geben konnte, was sie eigentlich wollten, nämlich ähnliche Konsultationsregelungen wie die der westeuropäischen Staaten in der NATO. Andererseits gelang es der Sowjetunion jedoch, durch die Herstellung stärker gleichberechtigter Beziehungen zur militärischen Führung verschiedener osteuropäischer Staaten ein moskautreues Offizierskorps aufzubauen. Dies ersparte ihr z.B. Anfang der 80er Jahre eine Invasion in Polen, als die dortige Krise vorübergehend durch den Militärputsch von General Wojciech Jaruzelski entschärft werden konnte. Als der letzte sowjetische Präsident, Michail Gorbatschow, dann versuchte, den Ostblock mit neuem Leben zu erfüllen, verschärfte seine Hoffnung darauf, ein Bündnis gleichberechtigter Partner nach westlichem Muster mit einem umgestalteten sowjetischen Regierungssystem vereinbaren zu können, jedoch nur die Krise des Warschauer Paktes und beschleunigte dessen Ende.

 Einzelheiten des oben genannten Projekts, alle wichtigen Dokumente sowie die Ergebnisse der historischen Forschung sind über Internet zugänglich: [www.isn.ethz.ch/php](http://www.isn.ethz.ch/php).



Aufschlussreiche Lektüre.

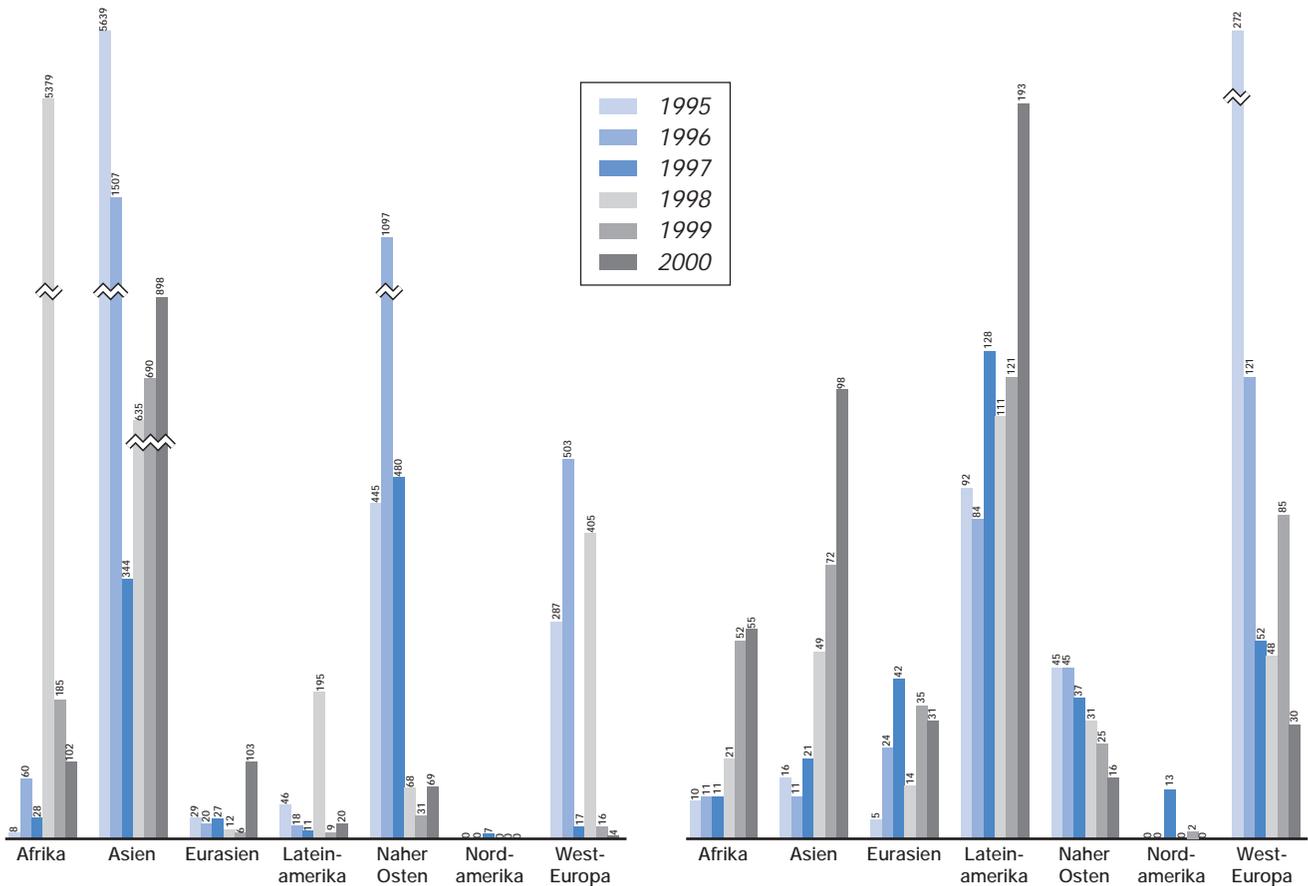
# Internationaler Terrorismus

Länder, die am 11. September 2001 Menschenleben verloren.



Internationale Verluste nach Regionen 1995-2000

Internationale Anschläge nach Regionen 1995-2000



Quelle der Landkarte und der Statistik: Website des amerikanischen Außenministeriums ([www.state.gov](http://www.state.gov)).

# WICHTIGER HINWEIS FÜR UNSERE LESER

## Der NATO *Brief* im Internet: letzte Ausgabe in gedruckter Form

Der NATO *Brief* geht mit der Zeit und wird in Zukunft nur noch elektronisch erscheinen. Dies bedeutet, dass die vorliegende Ausgabe die letzte gedruckte Fassung darstellt. Im Beschluss zur Internetveröffentlichung kommt sowohl die in den letzten Jahren zu beobachtende Revolution im Kommunikationssektor als auch der sprunghafte Anstieg des Interesses an der Arbeit der NATO zum Ausdruck. Durch die enorme Zunahme der Nutzung des Internets – die Zahl der Aufrufe der NATO-Website verdoppelt sich jedes Jahr – ist der NATO *Brief* nun einem sehr viel größeren Leserkreis zugänglich, als es in der Zeit der ausschließlich gedruckten Fassungen möglich war. Zudem sind die Kosten des Drucks einer Ausgabe in 17 verschiedenen Sprachen inzwischen so hoch, dass die NATO-Mitgliedstaaten die Ausgabenprioritäten des Bündnisses neu festsetzen mussten.

Der NATO *Brief* wird vierteljährlich in den 15 NATO-Sprachen sowie in Russisch und Ukrainisch erscheinen und so zu einer konstruktiven Erörterung von Bündnisfragen beitragen. In Zukunft wird er über die NATO-Website ([www.nato.int](http://www.nato.int)) zugänglich sein. Die Internetfassung des NATO *BRIEFs* wird mit Blick auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts umgestaltet und verbessert werden.

Wer künftige Ausgaben des NATO *BRIEFs* so bald wie möglich nach der Veröffentlichung lesen will, sollte unter Angabe der gewünschten Sprache und der eigenen E-Mail-Adresse eine entsprechende Mitteilung an [NIDS4@hq.nato.int](mailto:NIDS4@hq.nato.int) senden. Dann wird die Adresse des Interessenten automatisch in eine elektronische Verteilerliste aufgenommen und der Betreffende über das Erscheinen jeder neuen Ausgabe informiert.

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft  
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH  
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim  
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

# nordatlantikvertragsorganisation



*belgien  
dänemark  
deutschland  
frankreich  
griechenland  
grossbritannien  
island  
italien  
kanada  
luxemburg  
niederlande  
norwegen  
polen  
portugal  
spanien  
türkei  
tschechische republik  
ungarn  
usa*